Nr. 304. 15. Jahrg.

Abonnements-Bedingungen:
Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7[illegible]. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503.
Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Donnerstag, den 29. Dezember 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

## Bezugs-Einladung.

Am 1. Januar 1899 beginnt ein neues Abonnement auf den

**„Vorwärts"**

mit **Unterhaltungsblatt** und der illustrirten Sonntags-Beilage

**„Die Neue Welt".**

Im **Unterhaltungsblatt** beginnen wir am 1. Januar 1899 mit dem Abdruck des Original-Romans:

**Herrn Zickendraths Pensionäre.**
Von O. Eugen Thossan.

Für Berlin nehmen sämmtliche Zeitungsspediteure sowie **unsere Expedition, Beuthstr. 3,** Bestellungen entgegen zum monatlichen Preise von

**1 Mark 10 Pfennigen frei ins Haus.**

Für außerhalb nehmen sämmtliche Postanstalten Abonnements zum Preise von

**3 Mark 30 Pfennigen**
**für die Monate Januar, Februar und März**

entgegen. (Eingetragen ist der „Vorwärts" in der Post-Zeitungsliste für 1899 unter Nummer 7820.)

Genossinnen und Genossen! Die Verbreitung des „Vorwärts" ist Eure Pflicht gegen Euch selbst, ist Eure Pflicht gegen die Partei.

Der „Vorwärts" wird nach besten Kräften seine Schuldigkeit thun. Thut Ihr die Eure!

Die Redaktion des „Vorwärts".

## Bäckerschutz.

Auf ihrem letzten außerordentlichen Verbandstag haben die Meister vom Zentralverband der deutschen Bäckerinnungen wieder einmal gegen den spärlichen Bäckerschutz geeifert, den die Regierungen nach langem Drängen zugebilligt hatten. Auch bei der letzten Etatdebatte des Reichstages gaben einige Redner der Reaktionsparteien bereits zu erkennen, daß sie den Wünschen der Innungs-Bäckermeister entgegenzukommen und eine Rückwärtsrevision des Arbeiterschutzes im Bäckergewerbe herbeizuführen sehr geneigt seien. Diesem Beginnen im Dienste des heiligen Bäckerprofits gilt es entgegenzutreten.

Mit der ernsthaftesten Miene von der Welt behaupten die Innungsbäckermeister, all die bekannten Thatsachen bezüglich der unerhörten Mißstände im Bäckergewerbe seien nichts als Lüge und nur deshalb bis jetzt noch immer unwiderlegt, weil sie, die Meister, nicht gehört worden. Und doch weiß jeder, der sich um derartige Angelegenheiten auch nur im geringsten kümmert, daß die Kommission für Arbeiterstatistik über die Arbeitszeiten in Bäckereien und Konditoreien nicht nur im September 1892 eingehende Erhebungen angestellt, sondern auch vom 14. bis 25. Februar 1894 Bäckermeister und -Gesellen persönlich vernommen hat.

Aber auch alle anderen Behauptungen, mit denen die Meister auf ihrem Verbandstag gegen den Bäckerschutz loszogen, stehen mit der Wahrheit im unvereinbaren Gegensatz. Dies wollen wir nachweisen an der Hand der letzten amtlichen Berichte derjenigen Beamten, die mit der Ueberwachung der Bäckereien betraut sind, der „Regierungs- und Gewerberäthe".

Das Königreich Preußen hat im ganzen 27 Gewerbe-Aufsichts-Bezirke. Daher werden hier alljährlich 27 Gewerbe-Aufsichts-Berichte erstattet. Davon sind im letzten Jahrgang elf auf die mit dem Bäckerschutz gemachten Erfahrungen näher eingegangen. Hören wir nun, wie diese Berichte zu den Behauptungen der Bäckermeister passen.

Nach der Betheuerung der Wortführer auf dem Verbandstage soll die Regelung der Arbeitszeit im Bäckergewerbe „undurchführbar und schädlich" sein. In diesem Sinne spricht sich kein einziger der Berichterstatter aus. Dagegen wird vielfach das Gegentheil versichert. In der Provinz Westpreußen sowie im Regierungsbezirk Oppeln sind nachtheilige Wirkungen nicht mit Sicherheit zu erkennen gewesen. Im Regierungsbezirk Frankfurt a. O. ist man im allgemeinen auf besondere Schwierigkeiten nicht gestoßen. Im Regierungsbezirk Münster ist eine schwere wirthschaftliche Schädigung der Bäckereien allgemein nicht nachzuweisen. Und in den Regierungsbezirken Hannover, Stade, Osnabrück und Aurich hat der Berichterstatter nicht den Eindruck gewonnen, daß der Bäckerschutz bei einigem guten Willen nicht durchgeführt werden könnte.

Gründlicher behandelt diese Frage der Bericht für den Regierungsbezirk Erfurt. Dort sind 72 Bäckereien und Konditoreien in den verschiedensten Theilen des Bezirks besucht worden. Hierbei ist mit den Inhabern der Betriebe eingehend erörtert worden, ob und welche wirthschaftliche Schädigung der Bäckerschutz gebracht hat. „Das Resultat kann als eine bestimmte Widerlegung der wiederholt aufgestellten Behauptung angesehen werden, daß die Verordnung das Bäckereigewerbe erheblich schädige." Keiner der Befragten vermochte buch- und ziffernmäßig eine schwere Schädigung des Geschäfts nachzuweisen. Vor allen Dingen konnte sich keiner der Bäckermeister entsinnen. Kunden verloren oder einen Ausfall an Einnahmen, der ausschließlich dem Bäckerschutz zuzuschreiben sei, erlitten zu haben.

Dagegen wird in den Berichten öfters hervorgehoben, daß verschiedene Unbequemlichkeiten sowie kleinere Schädigungen für einen Theil der Meister in der That unvermeidlich sind. Im Regierungsbezirk Erfurt klagten die Meister oft darüber, daß sie jetzt mehr als früher im Geschäft anwesend sein müssen. Diese Klage wird begreiflich, wenn man aus dem Regierungsbezirk Potsdam erfährt, daß sich die Meister viel zu wenig um ihren Betrieb kümmern, und daß deshalb ein alter Schlendrian bei der Arbeit herrsche, der leicht beseitigt werden könne, wenn der Meister selbst den Betrieb mehr überwachte. Im Regierungsbezirk Münster waren mehrere Bäcker genöthigt, die Zahl der Arbeiter zu erhöhen; und im Regierungsbezirk Erfurt mußten in 11 Fällen zum Austragen der Waaren Mädchen angestellt werden.

Das ungünstigste Bild entwirft der Bericht für den Regierungsbezirk Schleswig. Die Mehrzahl der Bäckereien, und zwar gerade die kleineren in den Städten, welche außer Weißbrot noch Schwarzbrot backen und eine oder zwei Arbeitskräfte beschäftigen, können „nur mit Schwierigkeit" in der vorgeschriebenen Zeit die erforderlichen Arbeiten ausführen. Daher dürfe zu erwägen sein, ob von diesen kleinen Bäckereien nicht nur die Innehaltung der vorgeschriebenen ununterbrochenen Ruhezeit zu verlangen sei? Eine treffende Antwort hierauf enthält der Oppelner Bericht: „Daß den kleineren, ungenügend eingerichteten Bäckereien durch die größeren Betriebe schwere Konkurrenz bereitet wird, ist keine Frage. Deshalb kann jenen aber nicht die Berechtigung willkürlicher Ausnutzung des Personals zuerkannt werden. Wenn jene Betriebe, die mit unzulänglichen Mitteln begründet wurden, die einerseits von den Mühlen langes Ziel fordern, andererseits der Kundschaft übermäßig borgen, also von vornherein ohne thatsächliche Existenzberechtigung dastehen und sich nur durch weitgehende Ausnutzung des Personals zu halten vermögen, bei Handhabung des Bäckerschutzes in Bedrängniß gerathen sollten, so würde dafür nicht dem Gesetz, sondern der eigenen Handlungsweise der Bäcker die Verantwortung zuzuweisen sein". So schreibt nicht etwa ein sozialdemokratischer „Hetzer", sondern ein königlicher Beamter, der der Wahrheit die Ehre giebt.

Als letzten Trumpf spielen die Innungsmeister die — Autorität aus. Durch den Bäckerschutz — so lautet ihr Beschluß — wird die Autorität der Meister untergraben. Die meisten Berichte bezeugen aber ausdrücklich, daß das frühere Verhältniß zwischen den Meistern und ihren Gesellen nicht verschlechtert sei. Wo das Gegentheil berichtet wird, handelt es sich einzig und allein darum, daß die Gesellen sich die Verkürzung des gesetzlichen Schutzes nicht ohne weiteres gefallen lassen, sondern ihr Recht vertheidigen, indem sie die Uebertretungen der Polizei anzeigen. Die Meister nehmen es als ihr Recht in Anspruch, aus Bequemlichkeit oder um ihres Profites willen die körperliche und geistige Gesundheit ihrer Gesellen zu schädigen. Wenn sich aber gegen eine solche Unmenschlichkeit die Gesellen wehren, dann soll dies ein Haupt- und Staatsverbrechen gegen die Autorität sein. Ja, die Unverfrorenheit der Meister geht so weit, daß sie sich über die Gesellen bei derselben Behörde beschweren, der es erst durch diese „Verbrecher" möglich wird, die Beachtung ihrer eigenen Verordnungen zu erzwingen! Wo bleibt bei diesen Vertretern der Autorität die Autorität des Gesetzes, wo die Autorität der Behörden?

Um aber nicht mit den Schuldigen auch Unschuldige zu treffen, wollen wir nicht verhehlen, daß nicht alle Meister in das Geschrei gegen den Bäckerschutz einstimmen. Die Befragung von 42 Bäckermeistern in den Regierungsbezirken Hannover, Stade, Osnabrück und Aurich z. B. ergab, daß 32 Meister sich vollständig einverstanden mit dem Bäckerschutz erklärten. Ein Meister wünschte die Verlängerung der Arbeitszeit an den Sonntagen, und zwei Meister forderten, daß die Gesellen noch 2—3 Stunden im — Garten arbeiten müssen. Gegen den Arbeiterschutz entschieden sich nur 7 Meister.

Diese amtlichen Zeugnisse werden auch von den Gewerbe-Aufsichtsbeamten anderer deutscher Bundesstaaten bestätigt. In Bayern hat man so viele Beweise von der Durchführbarkeit des Bäckerschutzes, „daß es ungerechtfertigt wäre, von den erlassenen werthvollen Vorschriften in ihrem wesentlichen Bestandtheile wieder abzugehen". Die badische Fabrikinspektion, die allgemein als die gründlichste in ganz Deutschland anerkannt wird, hat keine „nachtheiligen Wirkungen" des Bäckerschutzes wahrgenommen.

Der einzige berechtigte Vorwurf, der gegen den jetzigen Zustand erhoben werden muß, ist — nach den amtlichen Berichten —, daß der Bäckerschutz nicht thatkräftig genug durchgeführt wird. Hierdurch werden die Meister zu ihrem Widerstande geradezu aufgemuntert. Um diesen Mißstand zu beseitigen, bedarf es des entschiedenen Eingreifens nicht nur der Beamten, sondern auch der Arbeiterschaft. Der neueste Vorstoß der Meister, der die geradezu unglaubliche Beschränktheit dieser Leute wieder einmal der Oeffentlichkeit preisgegeben hat, ist eine Lehre und eine Mahnung für die Arbeiter im Bäckereigewerbe, denn er zeigt ihnen, daß sie auf kein Entgegenkommen der Meister zu rechnen haben, und daß sie nichts erreichen können, außer durch eigene Kraft.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Dezember.

### Die Kulturaufgaben leiden nicht.

Für die neue Militärvorlage sind im Handumdrehen 28 Millionen jährlich, und 130 Millionen einmalig gefordert worden. Für die Regulirung der Flüsse in Schlesien, die im Frühling vorigen Jahres entsetzliche Verwüstungen angerichtet haben, ist der Staat nicht so freigebig. Nach einer fachmännischen Schätzung wären im Ganzen ungefähr 150 Millionen nöthig, die sich auf einige Jahre vertheilten. Voranschläge, welche im preußischen Staatsministerium gemacht wurden, erreichten nicht die Hälfte dieser Höhe — die Regierung, so hieß es, wolle 60 Millionen für Wasserbauten verwenden. Jetzt erfahren wir, daß auch dies der Regierung noch bei weitem zu viel ist: sie will nicht mehr bewilligen als 30 Millionen! Das heißt ein Fünftel dessen, was nach dem Urtheil der Fachmänner erforderlich ist. Die Arbeiten werden also ungenügend sein und die Ueberschwemmungen werden fortdauern. Es können aber mehr Liebesgaben an die Ostelbier geschenkt werden. Glückliches Deutschland! —

### Die Heldenthat einer Kaiserlichen Ober-Postdirektion.

Von der Kaiserlichen Ober-Postdirektion zu Potsdam ist dem Rentier Friedrich Vogler in Altruppin das folgende Schreiben zugegangen:

Kaiserliche Ober-Postdirektion.
A. 16 630. Potsdam, 22. September 1898.

Nach einem Bericht des kaiserlichen Postamts dortselbst sind nicht nur die Hofwohnungen Ihres Grundstücks, auf welchem das dortige kaiserliche Postamt miethsweise untergebracht ist, sondern neuerdings auch die Wohnung im zweiten Geschoß des Vorderhauses von Ihnen an **Arbeiterfamilien** vermiethet worden. Dieser Zustand muß **für die Postverwaltung als unerwünscht** bezeichnet werden und ist mit den Interessen des Betriebsdienstes umsoweniger vereinbar, als der im Vorderhause wohnende Arbeiter sogar Schlafburschen in Aftermiethe aufnimmt.

Zur Vermeidung der hieraus für den Postbetrieb sich ergebenden Unzuträglichkeiten werden Sie ergebenst ersucht, die Wohnung des Vorderhauses dem jetzigen Miether so bald als thunlich **zu kündigen** und in Zukunft in dieselbe nur solche Personen aufzunehmen, gegen deren Zulassung nach Ansicht des Postamts-Vorstehers, erforderlichenfalls nach Entscheidung der Ober-Postdirektion in Potsdam, Bedenken nicht geltend zu machen sind.

Einer zustimmenden Erklärung Ihrerseits in der Angelegenheit wird spätestens bis zum 28. d. Mts. entgegengesehen; zu diesem Zweck wollen Sie die anliegende Erklärung nach Vollziehung gefälligst hierher zurückgelangen lassen. Sollten Sie diesem Ersuchen nicht nachkommen, bezw. die gedachte Erklärung nicht abgeben, so erübrigt nur, den Vorsteher des kaiserlichen Postamts von hier aus zu veranlassen, den geltenden Miethsvertrag zum 1. Oktober 1899 zu kündigen.

Gürtler.

Wir wissen nicht, welche Gründe die Potsdamer Ober-Postdirektion geleitet haben, als sie in dieser Weise Wohnungs- und Sozialreform trieb. Ihre Absicht ist ihr jedenfalls gelungen: der Hauswirth hat dem Arbeiter die Wohnung im Vorderhause gekündigt, und in die Wohnung ist jetzt ein Arzt eingezogen. Da offenbar gegen diesen Miether von seiten der Postbehörde „Bedenken nicht geltend gemacht worden sind", andererseits der betreffende Arzt aber eine gut besuchte Sprechstunde abhält, so kann man nicht annehmen, daß die Postbehörde etwa durch ihr Vorgehen eine größere Ruhe im Hause erzielen wollte. Denn die Sprechstunde des Arztes führt erklärlicherweise ein viel stärkeres Kommen und Gehen herbei, als es der Fall war, wie noch der Arbeiter die Wohnung inne hatte.

Man muß also wohl oder übel annehmen, daß der Postbehörde — der ja schon das Wohnen von Arbeiterfamilien im Hinterhause nicht angenehm zu sein scheint — die Nachbarschaft mit Arbeitern im Vorderhause nicht vornehm genug gewesen ist. Während sich andere Leute mit der für die Arbeiterbevölkerung zur Kalamität gewordenen Wohnungsfrage und einer eventuellen Wohnungsreform beschäftigen; während sogar manche Reichsbehörden und Großindustrielle Arbeiterwohnungen bauen, begnügt sich die kaiserliche Ober-Postdirektion zu Potsdam damit, ohne irgend einen Grund anzuführen, Arbeiterfamilien aus ihren Wohnungen vertreiben zu lassen.

Nun hat die Reichspost gewiß wichtige volkswirthschaftliche Aufgaben zu erfüllen; aber es ist absolut nicht einzusehen, was es ihr bei Erledigung ihrer Aufgaben schaden kann, wenn in demselben Hause, in dem sie ihre Bureaus hat, Arbeiterfamilien wohnen. **Das Hinaustreiben von Arbeiterfamilien aus ihren Wohnungen ist nicht scharf genug zu verurtheilen.** —

* * *

## Deutsches Reich.

**Stellvertretungskosten für Abgeordnete.** Nach der „Nat.-Ztg." muß auch der Reichs- und Landtags-Abgeordnete Professor Pauli, welcher der Reichspartei angehört und Oberlehrer an dem Eberswalder städtischen Gymnasium ist, die Kosten seiner Stellvertretung aus eigenen Mitteln decken. So hat die Stadtverordneten-Versammlung auf Antrag des Magistrats beschlossen. —

**Die Isteinnahme des Reiches** an Zöllen und Verbrauchssteuern hat für die ersten acht Monate des laufenden Etatsjahres 501,5 Millionen oder 39,3 Millionen mehr als in dem gleichen Zeitraume des Vorjahres betragen. Von dem Mehr entfallen 27,6 Millionen auf die Zölle, 10,6 Millionen auf die Zuckersteuer und 1,3 Millionen auf die Branntweinverbrauchsabgabe. Von den übrigen Reichseinnahmen weisen die Reichsstempelabgaben ein Mehr von 3,3 Millionen, darunter die Börsensteuer mit 2,2 Mill.,

die Post- und Telegraphen-Verwaltung von 15,9 Millionen und die Reichs-Eisenbahn-Verwaltung von 3,0 Millionen auf.

Es ist also sicher, daß das laufende Rechnungsjahr eine noch bedeutendere Mehreinnahme aufweisen wird als das vorhergehende. Der Etatsansatz dürfte um nahezu 90 Millionen überschritten werden.

Statt diese günstigen Finanzverhältnisse zur Beseitigung drückendster Steuern oder doch zum Aufsparen für schlechtere Zeiten zu benutzen, denken unsere Reichsleiter nur daran, die gesteigerten Einnahmen den Anforderungen des Militarismus auszuantworten. —

**Konservativen und Bündler.** Die „Deutsche Tageszeitung" zeigt auch gegenüber ihren konservativen Freunden geschäftliche Gewohnheiten, die sie selbst als semitische Eigenart zu bezeichnen pflegt. In einem Rundschreiben fordert sie die Verzeichnisse der Mitglieder der konservativen Vereine ein, um alsdann an jeden „organisirten Konservativen" Probenummern des Bündlerorgans senden zu können. Das Rundschreiben beruft sich darauf, daß die konservative Presse „nicht in die breiten Schichten des Mittelstandes zu dringen vermag". Also weg mit der konservativen Presse, jeder treue Konservative abonnire die „Deutsche Tageszeitung".

Bemerkenswerth ist ferner, daß sich eine Anzahl konservativer Vereinsvorstände und Abgeordnete zur Unterzeichnung des bündlerischen Rundschreibens bereit gefunden haben. Das ist ein Anzeichen des bissigen Kleinkrieges, der in konservativ-bündlerischen Kreisen herrscht.

Arme „Kreuz-Zeitung"! —

**Schul-Vermuckerungs-Gelüste** walten beim Zentrum in unverminderter Stärke. Die „Köln. Volksztg." führt in einem Artikel über die Ernennung des Grafen Zedlitz zum Oberpräsidenten von Hessen-Nassau aus: Nicht durch das liberale Bürgerthum sei 1892 die lex Zedlitz beseitigt worden, sondern durch die Zaghaft der Regierung und durch den Umstand, daß das Zentrum sich wegen der nach seiner Ansicht ungünstigen Bestimmungen des Gesetzentwurfes nicht lebhaft habe engagiren können. „Wenn wir, fügt das Blatt hinzu, in dieser Beziehung (nämlich hinsichtlich des Fortfalles von Bestimmungen, die dem Zentrum mißliebig wären) Vertrauen hätten und die Sache noch einmal gemacht werden sollte, würde es uns aber wenig Schwierigkeiten verursachen, eine liberale Entrüstungsbewegung durch Gegendemonstrationen zu übertrumpfen. Ein zweiter liberaler Sieg nach dem Muster von 1892 ist ganz gewiß ausgeschlossen; auch die Regierung würde sich, durch Erfahrung gewitzigt, nicht zum zweiten Male so blamiren."

Die Aeußerung zeigt, daß man in Zentrumskreisen nur auf den Augenblick lauert, wo ein neuer Feldzug zur völligen Verpfäffung des Schulwesens eingeleitet werden kann.

Aber die „Köln. Volksztg." irrt sich, wenn sie — auf eine konservativ-klerikale Majorität im Landtag pochend — glaubt, den Widerstand gegen ihre Bestrebungen geringschätzen zu dürfen. Sie vergißt, daß sie es nicht nur mit der „liberalen Entrüstungsbewegung" zu thun haben würde, sondern mit den Millionen Vätern und Müttern des arbeitenden Volkes, die ihre Kinder nimmermehr der evangelischen und katholischen Verpfaffung ausliefern werden. —

**Material zur Zuchthausvorlage.** Aus Bergarbeiterkreisen schreibt man uns: Wer die Bewegung der Ruhrbergleute verfolgte, erinnert sich auch des Bergmanns Wahl aus Wattenscheid. Derselbe war zweiter Vorsitzender des nominell „christlichen" interkonfessionellen, thatsächlich aber ultramontanen Gewerkvereins der Bergleute, rieth zur Einigkeit mit den „Unchristen" und wurde dafür von den „Christen" im Gewerkverein aus dem Vorstand desselben hinaus, später ganz aus dem Verein, gewimmelt. So lange Wahl die Verhetzung der Bergleute untereinander betrieb, durfte er schalten und walten auf der Zeche Zentrum. Er bekam Urlaub zu Agitationsreisen ꝛc. Da bekehrte sich Wahl zu einem Förderer der Einigung beider Grubenarbeiter-Verbände — und wurde auf Zeche Zentrum entlassen. Der Mann bekam keine Arbeit wieder, gerieth in die größte Noth und kroch zu Kreuze. Er unterschrieb einen Vertrag, den ihm die Leitung der Zeche Zentrum vorlegte, wonach ihm (Wahl) monatlich eine bestimmte Summe vom Lohne abgehalten wird, bis, irren wir nicht, 300 M. aufgespeichert liegen bei der Verwaltung. Auf diese Summe verzichtet Wahl, wenn er sich jemals wieder einer Organisation (ganz gleich welcher!) anschließt! So lautet der Sklavenkontrakt.

Was sagt Herr Posadowsky zu einer solchen flagranten Verletzung der Gewerbe-Ordnung seitens eines Unternehmers? Kann man einen Fall anführen, wo auch nur ähnlich Arbeiter in so ungeheuerlicher Weise Terrorismus übten wie jene Zeche!? Uebrigens sind Fälle wie der Wahl's noch mehr zu verzeichnen. Aber wer belangt wohl die Verwaltung der Zeche Zentrum wegen der begangenen Ungesetzlichkeit? Niemand! Ja wenn es Arbeiter wären. —

**Solidarität des Tapetenfabrikanten-Ringes.** Die Kapitalisten der Tapetenfabrikation haben, wie wir kürzlich mittheilten, einen Ring behufs Preisregulirung und Arbeiterboykottirung geschlossen und gehen gegen jeden ihrer Fachgenossen, der sich ihren Bestrebungen nicht fügt, in einer Art vor, die, wenn Arbeiter so handelten, sie leicht mit dem Staatsanwalt wegen Nöthigung, Erpressung in Konflikt zu bringen pflegt. Es wird uns zu dieser Angelegenheit noch folgender Beitrag zugestellt:

Ein hiesiger Buchdrucker hat für eine Tapetenfirma ihm von derselben übergebene Tapetenproben auf der Rückseite mit Zahlen ꝛc. bedruckt. Weil nun das Tapetengeschäft noch nicht zum Ringe gehört, also dem Boykott der Fabrikanten zu trotzen wagt, so wurde herausgeschnüffelt, wer selbst diese ganz nebensächliche Arbeit für das verpönte Geschäft geleistet hatte.

Daß der Buchdrucker sofort in die Boykottliste aufgenommen wurde, versteht sich am Rande. Es liegt aber im Interesse der Vereinigung, daß der Boykott möglichst weit ausgedehnt wird. Deshalb wurde zunächst auch noch der Papierlieferant des Buchdruckers in die Boykottliste aufgenommen. Da aber der betreffende Papierlieferant überhaupt keine Tapetenpapiere führt und der betreffende Drucker eine solche Arbeit nur gelegentlich einmal mit vorgenommen hatte, so genügte der stillschweigende Boykott nicht. Der überaus rührige Verein, der allen Arbeitern als Ideal bei gleichen Gelegenheiten vorschweben kann, bekam aber heraus, daß ein Verwandter des Papierhändlers in einer schlesischen Stadt Tapetenhändler ist. Nun mußte ja der Streich gelingen. Diesem Verwandten wurde geschrieben, daß die Papierhandlung ihre Beziehungen zu dem Drucker in ihrem eigenen Interesse aufheben sollte, oder noch besser, mit darauf hinwirken möchte, daß das räudige Schaf von Berliner Tapetenhändler der Vereinigung beitrete.

Die ganze Geschichte hatte allerdings in diesem Falle keinen Zweck, da die Papierhandlung sich mit Lieferung von Tapetenpapier überhaupt nicht befaßt, aber sie zeigt, welcher „Terrorismus" von den Unternehmer-Organisationen angewendet wird gegenüber Fachkollegen, die den ausbeuterischen Bestrebungen ihres Ringes fernbleiben wollen. —

**Der Mordkultus.** Unser germanischer „Seelenriecher" hat allerhand Seelenverwandte; unter anderen auch einen Professor Kohl in Berlin. Dieser Herr Kohl belehrt uns — was beiläufig nicht neu ist, sondern in jeder Unteroffiziersschule gelehrt wird — daß der Krieg nothwendig sei für eine „gesunde Kultur". Eine gesunde Kultur ist also eine Mord-Kultur, gestützt auf Mord-Kultus. Wir möchten den Herrn Professor daran erinnern, daß seine Unteroffiziers-Weisheit schon vor länger als einem halben Jahrhundert von einem deutschen Professor, nämlich dem „großen" Leo in Halle weit besser begründet worden ist und vor allem weit amusanter. Leo forderte unter Fanfaren-Geschmetter einen „frischen fröhlichen Krieg", der die Welt vom „skrophulösen Gesindel" befreien sollte. Natürlich war dieser Leo, der heute noch Schutzheiliger unserer Junker ist (obgleich der „Leo" eigentlich Levy = Löwe hieß) — ein überaus frommer Christ. Sein Kriegs-Evangelium ward aber angegriffen, und ihm unter anderem entgegengehalten, daß im Kriege nicht „das skrophulöse Gesindel", sondern die körperlich Tüchtigsten weggerafft würden, also eine Umkehrung des Naturgesetzes von der „Zuchtwahl" und dem „Ueberleben der Stärksten". —

**Volksrecht und Juristenrecht.** Der Spruch der Geschworenen im Heilbronner Krawallprozeß, welcher das Delikt des Aufruhrs und Landfriedensbruchs bei den Angeklagten in jenem Prozeß verneinte, hat im Volke allgemeine Anerkennung gefunden. In schroffstem Gegensatz hierzu stehen die Urtheile der Heilbronner Strafkammer gegen drei wegen der Geringfügigkeit ihrer Strafthaten vom Schwurgericht vor ihr Forum Verwiesenen. Sie wurden wegen Widerstandes gegen die Staatsgewalt zu 8, 4 und 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. In der Begründung ist gesagt: „Strafverschärfend kam bei allen Angeklagten in betracht, daß sie versuchten, eine militärische Postenkette zu durchbrechen und ihnen bekannt war, daß kurz zuvor auf dem Marktplatz Aufruhr und Landfriedensbruch begangen worden war."

Das Schwurgericht hat durch sein Urtheil ausdrücklich anerkannt, daß auf dem Marktplatze Aufruhr und Landfriedensbruch nicht stattgefunden hat. Nun sind die drei Angeklagten, die wegen geringfügiger Vergehen nicht vor das Schwurgericht verwiesen wurden, härter bestraft, als die übrigen. — Dieses Urtheil wird nicht dazu beitragen, bei der Masse die Achtung und das Vertrauen zur Justiz zu erhöhen. Sie wird nicht begreifen, wie es möglich ist, daß diese Personen härter getroffen werden, blos weil sie vor ein anderes Gericht kamen, in diesem Falle vor — gelehrte Richter. —

**Die Epidemie der Majestätsbeleidigungs-Prozesse** wird von der „Vossischen Zeitung" echt fortschrittlich bekämpft. Das Fortschritts-Organ verlangt nämlich, daß kein derartiger Prozeß eingeleitet werden soll, ohne daß der angeblich beleidigte Monarch seine Genehmigung ertheilt habe. Die „Vossische Zeitung" vergißt, daß ein Monarch garnicht in der Lage ist, jeden einzelnen Fall zu prüfen, und daß er, wie für andere Dinge, von seinen Beamten abhängig wäre. Das liegt nun einmal im Wesen der Monarchie und kann nicht abgeändert werden, so lange die Monarchie besteht. Der Monarch, und sei er der scharfsinnigste und wohlwollendste, muß sich auf seine Rathgeber verlassen. Und erklärt er diesen nicht von vornherein: bleibt mir mit derartigem Zeug vom Hals! Niemand kann mich beleidigen und folglich kann ich nie die Genehmigung zur Einleitung eines Majestätsbeleidigungs-Prozesses geben! — stellt er sich nicht auf diesen Standpunkt, je nun, so bleibt alles beim alten, denn die Rathgeber sind ja gerade die Leute, denen die Epidemie zu verdanken. Sich Majestätsbeleidigungs-Prozesse verbitten, das kann aber der Monarch auch heute schon. Die Tante Voß hätte ihr Rezept also bei sich behalten können. —

**Die wilden Männer in der preußischen Politik.** Ueber die Ausweisungen aus Schleswig schreibt ein Offiziosus der „Münchener Allg. Ztg.": „Sobald im Landtag die Sache zur Sprache gebracht werden wird, werde auch im Süden des deutschen Vaterlandes von manchen Augen der Schleier fallen, und die „nationale Nothwendigkeit von Maßnahmen als solche erkannt werden", die, „so brutal sie sich immer vom Standpunkt der Humanität ausnehmen mögen", doch unumgänglich seien. Noch heute werde das preußische Wappen von zwei Männern flankirt, die als Wilde dazustehen scheinen." Vielleicht danke man es „noch nach Jahren der preußischen Krone, daß sie ebensowenig wie dies Symbol ihrer Kraft die letztere selbst dem Geschmack höherer Töchter angepaßt hat." Die „Münchener Allgemeine Zeitung" selbst schreibt zu dieser ergötzlichen Vertheidigung der preußischen Politik: „Die Kraft des preußischen Staates soll immer vom Geist der Menschlichkeit durchdrungen bleiben, und vor allen Dingen müssen die wilden Männer, wenn sie ihre Keulen gebrauchen, nicht Unschuldige zwecklos niederschlagen." —

**Fahnenflüchtige im Auslande.** Um den Deutschen, die sich der Fahnenflucht oder der Verletzung der Wehrpflicht überhaupt schuldig machen, den Aufenthalt im Auslande zu erschweren und sie dadurch zur Rückkehr zu bewegen, ist schon früher angeordnet worden, daß die Gemeindebehörden sich der Bekanntmachung des Aufgebotes zum Zwecke der Eheschließung für die bezeichneten Personen zu enthalten haben. Nunmehr sollen auch noch der Minister des Innern und der Kriegsminister bestimmt haben, daß Auszüge aus dem Standesregister, welche früher im Auslande sich aufhaltenden Fahnenflüchtigen und ausgetretenen Militärflüchtigen nachgeliefert werden, nur dann durch die zuständige Gemeinde- und Aufsichtsbehörde die vorgeschriebene Beglaubigung erhalten dürfen, wenn der Nachweis geführt wird, daß die Auszüge nicht zur Förderung eines persönlichen Interesses gewöhnlicher Art der in Rede stehenden Personen nachgesucht worden sind, sondern zu anderen Zwecken, insbesondere zum amtlichen Gebrauch des ausländischen Staates verwendet werden sollen.

**Baupolizei.** Das Ober-Verwaltungsgericht hat unter dem 3. November d. J. eine für die Fernhaltung gewerblicher Anlagen von Wohnvierteln wichtige Entscheidung gefällt. Unter Festhaltung einer bereits früher zum Ausdruck gebrachten Auffassung hat es eine Polizeiverordnungs-Vorschrift für rechtsgiltig erklärt, wonach, wenn Fabriken, Werkstätten mit geräuschvollem oder feuergefährlichem Betriebe oder sonstige, durch Rauch, Ruß, üblen Geruch oder schädliche Ausdünstungen lästig fallende gewerbliche Anlagen innerhalb eines Wohnviertels errichtet werden, sämmtliche zum Betriebe gehörigen Gebäude auf allen Seiten eine bestimmte Entfernung von den Grundstücksgrenzen und von der Straße einhalten müssen. (Vergl. auch Entsch. Bd. XXIII. S. 349 ff., 351, 352). Hierbei ist der Gerichtshof davon ausgegangen, daß derartige Bestimmungen der Sorge für Leben und Gesundheit des Publikums, der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs auf öffentlichen Straßen ꝛc. dienen und daher nach § 6 f und b des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 bezw. in den neuen Provinzen der Verordnung vom 20. September 1867 gerechtfertigt seien. Dagegen erachtet er solche polizeiliche Gesichtspunkte nicht für gegeben, wenn eine Verordnung die Einhaltung eines gewissen Abstandes allgemein nur zwischen Vordergebäuden in bestimmten Bezirken vorschreibt, für jedes Gebäude aber, welches gewerblichen Zwecken dient — z. B. auch für Lagergebäude — die Wahrung dieses Abstandes von allen Nachbargrenzen, demnach nicht nur für Vordergebäude fordert. Er nimmt an, daß die Absicht, im gesundheitspolizeilichen Interesse für reichliche Zuführung von Licht und Luft zu sorgen, hier nicht obgewaltet haben kann, weil dann, wie für Vordergebäude, so auch für die Seiten- und Hintergebäude allgemein und nicht nur in bezug auf gewerblichen Zwecken dienende Baulichkeiten, ein Abstand von der Nachbargrenze hätte vorgeschrieben werden müssen, und bezeichnet eine Bestimmung dieser Art als nicht rechtsgiltig. Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat von dieser Entscheidung den nachgeordneten Behörden zur Beachtung beim Erlasse von Baupolizei-Verordnungen Kenntniß gegeben. —

## Ausland.

### Schwarzkoppen und Esterhazy.

Unter diesem Titel veröffentlicht Jaurès in der „Petite République" einen längeren Artikel, der Herrn Schwarzkoppen, den ehemaligen deutschen Militär-Attaché in Paris, in wenig vortheilhaftem Lichte erscheinen läßt. Es wird darin von neuem die Behauptung aufgestellt, daß sich dieser Offizier von Esterhazy geheime Dokumente habe mittheilen lassen. Damit habe er sich der Diskretion Esterhazy's ausgeliefert. Als Esterhazy im „Matin" die Publikation des Bordereau's sah, bekam er Furcht und sei zu Schwarzkoppen gelaufen, zu dem er bemerkte: „Sie können mich verderben, aber wenn Sie ein Wort sagen, werde ich mich rächen. Sie sind der Liebhaber der Frau ...." Esterhazy nannte den Namen einer Dame der Pariser Gesellschaft, den Jaurès verschweigt „Es giebt einen Skandal, wenn Sie sprechen." Schwarzkoppen habe bald darauf Paris verlassen. Als während des Zolaprozesses Schwarzkoppen als Zeuge genannt wurde, bekam die betreffende Dame Furcht und suchte resolut Zola auf, zu dem sie sagte: „Wenn Schwarzkoppen, durch Fragen gedrängt, Esterhazy denunzirt, wird dieser seine Drohungen ausführen. Ich flehe Sie an, verhüten Sie, daß ich in diesem Prozeß kompromittirt werde." Jaurès fügt hinzu, daß Zola nach seiner Zeugenaussage vor dem Schwurgericht ihm sagte: „Ich möchte Ihnen alles von der Affäre erzählen, was ich selbst weiß." Darauf besuchte Jaurès Zola und Zola erklärte ihm, wie seine Ueberzeugung sich gebildet und begründet habe, und erzählte auch die abscheuliche Erpressung Esterhazy's gegen Schwarzkoppen. „Ich bin," sagte Zola, „dessen ganz sicher; denn jene Frau kam selbst zu mir und erzählte mir alles. Ach, welche Infamien in diesem Drama!"

Jaurès schließt: Esterhazy hielt mit seiner Banditenlogik, die durch keinerlei moralische Bedenken eingeschränkt, jeden in der Schlinge, der ihm selbst gefährlich werden konnte. Er drohte Schwarzkoppen, wie Henry; jetzt aber ist sein Spiel aus; er ist soweit gesunken, daß durch ihn niemand mehr kompromittirt werden kann. Es müsse deshalb alles ausgesprochen werden, was geeignet ist, Licht in die dunkle Angelegenheit zu bringen.

Wir geben die obigen Mittheilungen natürlich unter allem Vorbehalt wieder, die deutschen Behörden werden kaum umhin können, Aufklärung zu geben. —

### Oesterreich.

**In den österreichischen Kronländern** wurden am Mittwoch die Landtage eröffnet. Der Kaiser richtete an sie eine Botschaft, in der unter anderem hingewiesen wird auf den geistigen und materiellen Aufschwung des Landes. Ferner giebt der Kaiser der Hoffnung und dem Wunsche Ausdruck, daß über alle Gegensätze der Anschauungen und Bestrebungen hinaus der ernste Wille zu sachlicher Förderung der geistigen und materiellen Wohlfahrt ein von gegenseitiger Rechtsachtung und Billigkeit getragenes Zusammenwirken aller Kräfte zeitigen möge.

Der letzte Satz spielt wohl auf den Nationalitätenstreit an. Dieser besteht natürlich unvermindert weiter. Im ebenfalls eröffneten böhmischen Landtage fehlten, der Verabredung gemäß, sämmtliche deutsche Abgeordnete. —

**Die Fragen der ungarischen Politik** werden jetzt durch eine allgemeine große Duellpaukerei gelöst. Der nicht zu stande gekommene Zweikampf Banffy-Horanszky hat sechs weitere Duelle zwischen den Zeugen und Kartellträgern im Gefolge, die alle am Mittwoch zum Austrag kommen sollten. Es handelt sich um Paukereien des Honvedministers Baron Fejervary mit dem Grafen Stefan Karolyi auf Pistolen, das Duell Fejervary-Nikolaus Szemere auf Degen, Edmund Gajari gegen Graf Karolyi und Szemere auf Degen; endlich wird der alte Ehrenhandel Kenedi-Kubik auf Degen gleichfalls ausgetragen werden.

Der Zweikampf auf Säbel zwischen Gajari und Szemere fand Mittags statt. Beim ersten Gange erhielt Szemere einen Kopfhieb, welcher von den Aerzten verbunden wurde. Nach Wiederaufnahme des Zweikampfes erhielt beim zweiten Gange Szemere einen zweiten Kopfhieb, welcher starken Blutverlust verursachte. Gajari erhielt einen Hieb mit der flachen Klinge auf den Arm. Das Duell wurde nunmehr für beendet erklärt. Die Gegner versöhnten sich. — Das Duell zwischen Fejervary und Karolyi hat stattgefunden. Der erstere schoß und traf nicht, die Pistole Karolyi's versagte. Bei dem Säbelduell zwischen Kenedi und Kubik wurden beide Gegner leicht verletzt.

Die Sache scheint im allgemeinen ziemlich ungefährlich von statten zu gehen. Aber der Welt wäre auch kein Schade geschehen, wenn sich diese „Staatsmänner" mit den Korpsburschenmanieren gegenseitig ins Jenseits befördert hätten. —

### Schweiz.

**Zürich,** 27. Dezember. (Eig. Ber.) In der Stadt Zürich sind vorige Woche nach einer kurzen Pause wieder **Anarchistenverhaftungen** vorgenommen worden und zwar wurden davon fünf italienische Arbeiter betroffen, die **Sozialdemokraten,** also Gegner der Anarchisten sind. Auf Intervention des von dem Vorfalle sofort verständigten Arbeitersekretärs Greulich wurden vier wieder freigelassen und bezüglich des fünften hofft man ebenfalls, daß er außer Verfolgung gesetzt werden wird. Diese fortwährenden ungerechtfertigten Verhaftungen sind offenbar auf die erbärmlichen Denunziationen und falschen Anschuldigungen von hin der Schweiz lebenden italienischen Polizeispitzeln zurückzuführen. Die hiesige Arbeiterunion hat beschlossen, durch die sozialdemokratischen Vertreter im Kantonsrath die Regierung über diese Vorgänge interpelliren zu lassen. —

**Bern,** 27. Dezember. (Eig. Ber.) Die Session der Bundesversammlung ist am vorigen Freitag nach zirka dreiwöchiger Dauer geschlossen worden. Im Gegensatz zum Ständerathe, der sich bemüht hatte, das im Budget für 1899 vorgesehene Defizit etwas zu vermindern, hat es der Nationalrath noch um einige tausend Franken erhöht. Dabei ging es nicht ohne einige Merkwürdigkeiten ab. Die vom Arbeitersekretariat verlangte Erhöhung der Subvention von 25 000 auf 30 000 Franks lehnte auch der Nationalrath ab, dagegen erhöhte er freiwillig die Subvention für das neugegründete Bauernsekretariat von 18 000 auf 20 000 Franks. Die von unserem Genossen Wullschleger befürwortete Erhöhung der Besoldung der Posthalter wurde abgelehnt, aber mit 87 gegen 7 Stimmen einem Postulat betreffend Erhöhung der Gehälter der Bundesräthe zugestimmt. Die Opposition gegen diese Erhöhung vertraten Wullschleger, Dr. Hoffmann und Curti-St. Gallen. Ersterer betonte, wie unzeitgemäß es sei, angesichts der gegenwärtigen Finanzlage eine solche Besoldungserhöhung vorzunehmen, die auf das Volk den schlechtesten Eindruck machen müßte. Die Bundesräthe seien zwar nicht glänzend, aber auskömmlich besoldet, außerdem sind sie steuerfrei und können gratis auf der Eisenbahn fahren. Gegenwärtig beträgt das Jahresgehalt eines Bundesrathes 12 000 Fr., des Bundespräsidenten 13 500 Fr., wozu noch 15 000 Fr. Repräsentationskosten kommen. Für die projektirte Gehaltserhöhung sollen ca. 25 000 Fr. in betracht kommen.

**Einen handelspolitischen Erfolg** hat die Schweizer Regierung über die Vereinigten Staaten errungen. Sie hat es durchgesetzt, daß in Washington die dort geltende Auffassung des Meistbegünstigungsrechts gegenüber der Schweiz aufgegeben worden ist. Bisher war es Brauch, daß, wenn sich zwei Staaten durch einen Handelsvertrag wechselseitig die Behandlung auf dem Meistbegünstigungsfuße zusichern, jede Zollherabsetzung oder sonstige Vergünstigung, die ein Land einem zweiten einräumt, ohne weiteres, ohne Gegenleistungen, auch jedem anderen Lande gewährt wurde, das mit dem ersteren im Meistbegünstigungsverhältnisse steht. Vor mehreren Monaten, nach Abschluß des amerikanisch-französischen Reciprocitäts-Abkommens, beanspruchte der schweizerische Gesandte in Washington im Auftrage seiner Regierung auf grund des Meistbegünstigungs-Verhältnisses für die Schweizer Einfuhr dieselben Zollvergünstigungen, die durch jenes Abkommen gewissen Gegenständen der französischen Einfuhr bewilligt worden waren. Dieses Verlangen wurde abgewiesen. Die Schweizer Regierung gab sich jedoch nicht zufrieden. Sie ließ mit ihren Vorstellungen nicht nach, und nun sind ihre Ansprüche als berechtigt anerkannt worden. Der Washingtoner Schatzamtssekretär hat die Zolleinnehmer angewiesen, der schweizerischen Einfuhr dieselben Zollherabsetzungen zu bewilligen, wie sie der französischen eingeräumt sind. Für Schweizer Waaren der betreffenden Gattung, die seit dem letzten 1. Juni, an welchem Tage das Abkommen mit Frankreich in kraft trat, in den Vereinigten Staaten eingeführt worden sind, ist den Importeuren der zu viel bezahlte Betrag zurückzuerstatten.

Diese Angelegenheit hat eine prinzipielle Bedeutung auch für Deutschland, da die Vereinigten Staaten auch Deutschland gegenüber ihre unberechtigte Auslegung der Meistbegünstigung versucht haben. —

## Belgien.

**Brüssel,** 27. Dezember. („Voss. Ztg.") An den beiden Weihnachtsfeiertagen hat in Antwerpen unter dem Vorsitze des suspendirten Abbé Daens der Kongreß der christlich-demokratischen Partei getagt. Daens führte aus, daß die Partei die Freiheit und Rechte der Kirche vertheidige, aber in weltlichen und materiellen Dingen die unbedingteste Unabhängigkeit fordere und die Sklaverei abweise. Beschlossen wurde das einfache allgemeine Stimmrecht — „ein Mann, eine Stimme" und die verhältnißmäßige Vertretung, Staatspensionen für alle über 60 Jahre alten arbeitsunfähigen Arbeiter und die Errichtung eines „Daens-Pfennigs", auf daß Daens, der für das vlämische Volk gekämpft und gelitten, auch durch das Volk lebt. Bemerkenswerth ist, daß Daens unter allseitigem Beifalle für ein Wahlbündniß der Liberalen, Fortschrittler, Sozialisten und Christlich-Demokraten eintrat, um das jetzige konservative klerikale Regiment zu beseitigen. Nicht minder bezeichnend ist es, daß die Regierung und die klerikale Rechte eine neue Eintheilung der Wahlkreise vorbereiten, um bei den Neuwahlen den klerikalen Sieg zu retten und das antiklerikale Bündniß ohnmächtig zu machen. —

## Frankreich.

**Betreffs Mittheilung der Geheimakten** an den Kassationshof wird jetzt berichtet, der Kassationshof habe sich verpflichtet, dem Advokaten Mornard nur diejenigen Schriftstücke der Geheimakten zu übermitteln, welche ein neues Element für die Vertheidigung bilden können. Mornard müsse sich auf Ehrenwort verpflichten, nur die vom Kassationshof bezeichneten Akten Frau Dreyfus zu zeigen. Das „Echo de Paris" meldet gerüchtweise, Dreyfus habe sich vorgestern nach Frankreich eingeschifft. —

## Rußland.

**Russische Denkmals-Einweihung.** Aus Warschau wird berichtet: Die Enthüllung des Denkmals für den großen polnischen Nationaldichter Mickiewicz, welche, wie bereits kurz gemeldet, Sonnabend, den 24. Dezember, stattfand, verlief in ganz eigenthümlicher Weise und zwar so, wie wohl noch keine Denkmalsenthüllung je stattgefunden hat. Nicht bloß die Hauptstraßen Warschau's, wie die „Neue Welt", die „Krakauer Vorstadt" und alle Straßen in der Nähe des Denkmals, sondern auch die abgelegeneren Straßen waren mit einem dichten Kordon Soldaten besetzt und die Geschäftsläden geschlossen. Sämmtliche Gratulationstelegramme, welche für das Denkmalskomitee eintrafen, wurden von der Zensur angehalten und den Komiteemitgliedern nicht ausgehändigt. Auch die zahlreich von außerhalb anlangenden Kränze — es waren darunter etwa 20 silberne — durften nicht am Denkmal niedergelegt oder sonst an öffentlicher Stelle aufgehängt werden. Die silbernen Kränze sind nach Krakau geschickt und sollen im dortigen polnischen Nationalmuseum aufbewahrt werden. Die Denkmalsenthüllung selbst dauerte, genau gerechnet, zwölf Minuten. Als die Hülle fiel, entblößte die gewaltige Menschenmenge, ohne daß eine Aufforderung ergangen wäre, wie auf Kommando das Haupt und verharrte einige Minuten in unheimlichem Schweigen. Auch in den entfernteren Straßen, wo die Massen sich drängten, nahmen die Männer die Kopfbedeckung ab, und die Menschenmassen standen einige Minuten regungslos in eisigem Schweigen. In dem Augenblicke, wo die Denkmalshülle entfernt wurde, erfolgte doch eine Demonstration, welche die Behörden nicht vorgesehen hatten. Aus der Menge ergoß sich nämlich ein förmlicher Blumenregen über das Denkmal, besonders warfen einige hundert Studenten zahlreiche Blumen auf die Stufen und den Sockel. Der kurze Weiheakt selbst war in lateinischer Sprache vollzogen worden.

## Asien.

**In Ostasien** hat die englische Diplomatie soeben einen sehr bedeutsamen Erfolg davon getragen. Wie man weiß, wird der Kampf in und um China zwischen England und Rußland jetzt auf dem Gebiete der Eisenbahn-Politik geführt. Rußland, unterstützt von Frankreich, ist bemüht, sich Eisenbahn-Konzessionen zu sichern, durch welche es die Herrschaft über weite Landgebiete erlangt, so daß eine Eisenbahnkonzession der Eroberung einer Provinz gleich käme. Nach der letzten Palastrevolution schien der chinesische Staatsrath, der Tsung-li-Yamen, geneigt, auf die russischen Forderungen einzugehen. Jetzt ist es nun aber dem englischen Gesandten Macdonald gelungen, den Staatsrath zum erlassen eines Dekrets zu bestimmen, welches alle territoriellen Konzessionen an auswärtige Mächte kategorisch verbietet. Dies bedeutet jedenfalls eine Niederlage für Rußland. —

**Unruhen in Shantung.** Aus Peking einlaufenden Telegrammen zufolge soll es in der Provinz Shantung gähren und an einigen Orten bereits zu Ausschreitungen gegen die Fremden gekommen sein. In Berlin liegt eine amtliche Bestätigung dieser Nachricht jedoch nicht vor.

Vielleicht wird Prinz Heinrich also doch noch Gelegenheit finden, mit „gepanzerter Faust" dreinzufahren? —

## Amerika.

**Besitzergreifung Kuba's.** Aus Washington wird gemeldet, Mac Kinley habe angeordnet, daß die amerikanische Flagge vom 1. Januar ab ohne besondere Feierlichkeit auf Kuba gehißt werde. —

**New-York,** 13. Dezember. (Eig. Ber.) Die Botschaft des Präsidenten Mac Kinley an den Bundeskongreß, ein zwölf Zeitungsspalten füllendes Schriftstück, enthielt als Schlußpassus ganze dreizehn Zeilen über Arbeiter-Angelegenheiten, und zwar bezogen sich dieselben auf diejenigen Punkte, über welche vor kurzem der Präsident der „Federation of Labor" Gompers in einer „Audienz" bei jenem „Vortrag gehalten" hatte; nämlich das Einwanderungs-, Matrosen-, Achtstunden- und Schiedsgerichts-Gesetz, welche Gesetzesvorlagen in der vorigen Kongreßsession entweder abgethan, oder von dem einen Haus angenommen, von dem anderen abgelehnt oder liegen gelassen worden sind. Nicht, daß Mac Kinley sich in bestimmter Weise über die Erledigung jener Vorlagen ausgelassen hätte; es waren nur Redensarten, welche in beliebiger Weise gedeutet werden können. Und das Bundes-Repräsentantenhaus hat denn auch gleich nach seiner Eröffnung gezeigt, wie es die präsidentlichen Hinweise auffaßt, indem es einen Dringlichkeitsantrag bezüglich des in der vorigen Session vom Senat angenommenen, vom Repräsentantenhaus aber nicht erledigten Matrosengeses (durch welches einige der schreiendsten Mißstände abgeschafft werden sollten) ablehnte und statt dessen einen solchen für einen anderen, ebenfalls nicht zur Erledigung gelangten Gesetzentwurf beschloß, welcher im Interesse der großen Eisenbahn-Gesellschaften liegt. Freilich haben unsere Herren Gesetzgeber in Bund und Einzelstaaten sehr großes Interesse an den Aktien dieser Gesellschaften! —

Wie bekannt, reiten unsere konservativen Gewerkschaftsführer mit Vorliebe das Steckenpferd der Einwanderungsbehinderung, hierbei sich besonders auf die Forderung nach Schaffung solcher Gesetze verlegend, welche die Einführung von Arbeiten unter Kontrakt unmöglich machen sollen. Wie wenig aber diese in bezug auf die Vermehrung des „Angebots von Händen" in betracht kommt, geht daraus hervor, daß — obwohl schon ein dem Wortlaut nach ziemlich scharfes Gesetz jener Art vorhanden ist — im letzten Jahr von 229 269 Einwanderern nur 417 auf grund desselben zurückgewiesen wurden. Und dies, obwohl während jener Periode ein Mann an der Spitze der New-Yorker Einwanderungsbehörde stand (Powderly), welcher zur Zeit seiner Amtirung als Führer einer großen nationalen Arbeiterorganisation, des Ordens der „Knights of Labor", ebenfalls das Heil für die Arbeiter in einer Beschränkung der Einwanderung erblickte. Während der letzten Wahlkampagne hat übrigens einer unserer anglo-amerikanischen Agitatoren an der Hand reichlichen Materials nachgewiesen, daß es — abgesehen von der Ueberflüssigmachung menschlicher Arbeitskraft durch die Vervollkommnung vorhandener und Erfindung neuer Maschinen — hauptsächlich eingeborene Arbeiter sind, welche in gewissen Landestheilen als „Lohndrücker" fungiren, nämlich die Söhne und Töchter der sehr zahlreichen kleinen Farmer, deren Scholle — ob mit Hypotheken belastet oder nicht — keine zahlreiche Familie mehr ernähren kann, so daß die Kinder, vielfach schon in sehr jugendlichem Alter, gezwungen sind, in den Fabriken Beschäftigung zu suchen. Von gleicher geringfügiger Bedeutung sind die Gesetzesvorlagen bezüglich der achtstündigen Arbeitszeit, da es sich dabei lediglich um die an — staatlichen oder bundesstaatlichen — Regierungsarbeiten beschäftigten Arbeiter handelt, welche Gesetze in den verschiedenen Staaten, in denen sie schon eingeführt sind, fast ausschließlich nur den Bureau-Angestellten zu gute kommen.

Aber selbst wenn sie auf die eigentlichen Lohnarbeiter Anwendung fänden (bezüglich deren, da sie mit vereinzelten Ausnahmen nicht im direkten Dienste der Regierungen stehen, sondern von Kontraktoren beschäftigt werden, die Gerichte mit seltenen Ausnahmen bisher entschieden haben, daß jene Gesetze nicht auf sie anwendbar sind), so hätten sie doch im entferntesten nicht die Bedeutung, welche ihnen von den schwanzpolitischen Arbeiterführern zugesprochen wird. —

Die französischen Genossen in Jeanette, Pennsylvanien, beabsichtigen, anfangs kommenden Jahres ein Wochenblatt herauszugeben, welches den Titel „Le Bourdon" (Sturmglocke) führen wird.

# Parlamentarisches.

**Die Reichstags-Abgeordneten nach dem Lebensalter.** Die meisten Reichstags-Abgeordneten haben für das amtliche Reichstags-Handbuch ihr Lebensalter angegeben, so daß auch hierüber eine vergleichende Statistik möglich ist. Vor 1810 ist nur ein Abgeordneter geboren, der dem Zentrum angehörige Weingutsbesitzer Dieden. Zwischen 1811 und 1820 sind 2 Abgeordnete geboren, der dem Zentrum angehörige Dr. Lingens und der freisinnige Dr. Langerhans. Im dritten Jahrzehnt haben ihren Geburtstag 18 Abgeordnete, 83 sind zwischen 1831 und 1840 geboren, 143 zwischen 1841 und 1850 und 119 zwischen 1851 und 1860. Nach 1860 bis 1870 sind 26 Abgeordnete geboren und nach 1870 nur 2. Die jüngsten Reichstags-Abgeordneten sind Rechtsanwalt Bayer vom Zentrum, geboren 1868, Schriftsteller Calwer, Sozialdemokrat, geboren 1868, Redakteur Wiemer, freisinnige Volkspartei, geboren 1868, Redakteur Hauß, Elsässer, geboren 1871, und Redakteur Rosenow, Sozialdemokrat, geboren 1871.

**Konzessionspflichtigkeit der Stellenvermittler.** Es darf nach den „B. P. N." mit ziemlicher Sicherheit darauf gerechnet werden, daß dem Reichstage noch in der gegenwärtigen Tagung ein Gesetzentwurf vorgelegt werden wird, durch welchen das Gewerbe der Gesindevermiether und Stellenvermittler konzessionspflichtig gemacht wird. Bekanntlich hat der preußische Landwirthschaftsminister schon in der vorigen Landtagstagung während der Berathung über den Arbeitermangel auf dem Lande angekündigt, daß die preußische Staatsregierung im Bundesrathe beantragen werde, dem nächsten Reichstage einen solchen Gesetzentwurf vorzulegen. Der Entwurf ist denn auch schon seit längerer Zeit in Vorbereitung. —

# Partei-Nachrichten.

## Theoretische Erörterungen.

In dem soeben erschienenen Hefte der **„Neuen Zeit"** veröffentlicht Heinrich Cunow seinen dritten und letzten Artikel über die Zusammenbruchstheorie. Es heißt darin:

„Wenn auch die kapitalistische Entwickelung entschieden viel weiter vorgeschritten ist, als sie nach Bernstein's Rechnung erscheint, so läßt sich doch andererseits nicht bestreiten, daß sich die Akkumulation nicht entfernt in dem schnellen Tempo vollzogen hat, wie Marx und Engels Ende der vierziger Jahre annahmen, und wie ersterer selbst noch zur Zeit der Veröffentlichung des ersten Bandes seines „Kapital" annehmen zu können glaubte. Der Grund des Nichtzutreffens der Marx'schen Diagnose liegt jedoch, wie der Rückblick über die bisher von der Entwickelung zurückgelegte Wegstrecke lehrt, nicht darin, daß er sich überhaupt in der Erkenntniß der Tendenzen des kapitalistischen Wirthschaftssystems geirrt hat, sondern daß er als Wirkungsfeld dieser Tendenzen auch für die Zukunft den damaligen Absatzmarkt mit den durch dessen Begrenztheit bedingten spezifischen Qualitäten unterstellte und sich demgemäß die weitere Entwickelung gewissermaßen nur als Verlängerung des sich vor seinen Augen abspielenden Prozesses dachte.

Der Fehler der Marx'schen Prognose liegt in gewisser Hinsicht also in demselben Rückschlußverfahren begründet, durch welches Bernstein's entgegengesetzte Auffassung entstanden ist, nämlich darin, daß er die in einer bestimmten Phase des Entwickelungslaufs hervortretenden spezifischen Wirkungen der wirthschaftlichen Tendenzen (oder sagen wir meinetwegen Gesetze) verallgemeinert und sie als sich gleichbleibend in allen Stadien auffaßt. So nahmen Marx und Engels den damaligen „Weltmarkt" und den aus der Enge dieses Absatzgebietes sich ergebenden Gegensatz zwischen der rapide steigenden Produktivität und der Konsumtionsfähigkeit des Marktes als etwas Gegebenes hin, ohne zu untersuchen, ob nicht die Wirkung dieses Gegensatzes Modifikationen erleidet, wenn mit der Kapitalakkumulation und den Produktivkräften auch der Absatzmarkt sich ausdehnt und differenzirt. Und genau ebenso folgert nun wieder Bernstein aus der Lage des Kapital- und Industriemarkts der letzten Jahrzehnte, daß das jetzige Tempo und die jetzige Richtung der wirthschaftlichen Entwickelung — oder vielmehr die von ihm gefolgerte Richtung — auch in Zukunft sich gleich bleiben werden, ohne sich die Frage vorzulegen, ob denn auch die Bedingungen für eine fernere mit der Produktionsentwickelung maßhaltende Ausdehnung des Weltmarkts vorhanden sind. Er übersieht gänzlich die Thatsache, daß, wie jede Periode der wirthschaftlichen Entwicklung ihre besonderen Gesetze hat, so auch wieder in jeder Phase die Entwickelungstendenzen sich nicht mit derselben Wirksamkeit und in derselben Stärke durchsetzen. Erscheinungen, die im Anfang eines Entwickelungsprozesses sehr scharf hervortreten, können in einem späteren Stadium abnehmen, um in einem noch späteren wieder mit erneuter Wucht durchzubrechen."

„Es bedarf heute" — fährt Cunow fort — „nachdem Englands Entwickelung in der letzten Hälfte unseres Jahrhunderts sich ziemlich übersehen läßt, keines Nachweises, daß wenn die Absatzverhältnisse für die englische Industrie und noch mehr die Anlagemöglichkeit für die in England überschüssigen Kapitalien dieselben geblieben wären, wie in den vierziger, fünfziger Jahren, dann thatsächlich England längst vor einem Konflikt zwischen der Konsumtionsfähigkeit seines inneren und äußeren Marktes und der riesigen Steigerung seiner kapitalistischen Akkumulation stehen würde. Die extensive (äußere) wie intensive (innere) Ausdehnung des europäischen kontinentalen Marktes, die steigende Aufnahmefähigkeit Amerika's, speziell der nordamerikanischen Union, für englische Industriewaaren seit den sechziger Jahren, die Erweiterung des englischen Kolonialbesitzes mit seinem in den siebziger, achtziger Jahren stetig wachsenden Konsum haben dem englischen Kapital- und Industriemarkt Luft verschafft."

„Ist aber die heutige Situation, wie ja auch Bernstein zugiebt, im wesentlichen die Folge der in den letzten Jahrzehnten eingetretenen Erweiterung der Absatzmärkte, so ergiebt sich damit die Frage: Wird diese extensive und intensive Ausdehnung des Marktes auch ferner in gleicher Weise zunehmen? Mit dieser Frage hängt auf das engste die andere zusammen, ob unsere wirthschaftliche Entwickelung einem Zusammenbruch zutreibt. Bestreiten läßt sich nun nicht, daß vorläufig noch die Aufnahmefähigkeit mancher Absatzgebiete einer bedeutenden Steigerung fähig ist, Ostasien, Afrika, Ozeanien können noch weit mehr Waaren aufnehmen, wie heute; immerhin ist schon jetzt ein gewisses Ende abzusehen, und zwar um so mehr, als es sich heute nicht mehr allein um Englands Industrie und Geldkapital handelt. Neben ihm sind andere Industriestaaten entstanden, die ebenfalls auf den Export angewiesen sind, soll nicht ihre innere Wirthschaft zusammenbrechen."

„Wird für dieses stetig steigende Absatzbedürfniß das vorhandene und vielleicht noch zu erringende Absatzgebiet reichen? Die Frage stellen, heißt sie mit „Nein" beantworten. Fraglich kann nur sein, wie lange sich noch die kapitalistische Produktionsweise in den einzelnen Ländern erhalten und unter welchen Umständen sich der Zusammenbruch vollziehen wird. Hierauf aber eine halbwegs zuverlässige Antwort zu finden, ist heute noch unmöglich; denn selbst wenn sich das Tempo der wirthschaftlichen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte genau vorausbestimmen ließe, würde doch wahrscheinlich die Rechnung nicht stimmen, da über den Zeitpunkt nicht die ökonomische Bereitschaft allein entscheidet."

Ueber Bernstein's Meinung, wir hätten keinen Grund, den baldigen Zusammenbruch des heutigen Systems zu wünschen, da die noch vorhandene Zersplitterung der Betriebe uns vor eine unlösbare Aufgabe stellen würde, unter solchen Umständen unsere sozialistischen Grundsätze durchzuführen, — über diese Meinung Bernstein's sagt Cunow:

„Dieser Einwand könnte seine Berechtigung haben, wenn es sich darum handelte, durch irgend welche Gewaltmittel, Aufstände, Generalstreiks ꝛc. den Zusammenbruch gewaltsam herbeizuführen. Aber von Anwendung solcher Mittel ist im vorliegenden Falle gar keine Rede; es handelt sich hier ganz einfach darum, ob die wirthschaftlichen Bedingungen für einen Zusammenbruch gegeben sind, resp. ob sie vorhanden sein werden, und darüber entscheidet nicht unser Wünschen und Wollen. Ob unsere wirthschaftliche Entwickelung den in ihr wirkenden Tendenzen nach auf eine allgemeine Katastrophe hintreibt, das ist der Kernpunkt der ganzen Frage; alles Wünschen unsererseits hat nicht mehr Werth, wie das Wünschen irgend einer anderen Partei, etwa der Nationalliberalen oder Antisemiten. Bisher hat noch in allen großen Umwälzungen, in der englischen Revolution nicht minder als in der französischen, die siegende Partei sich vor schier „unlösbar" scheinende Schwierigkeiten gestellt gefunden, mit denen sie sich abfinden mußte, gut oder schlecht, wie es gehen wollte. Und nicht anders wird es wohl auch in der kommenden proletarischen Revolution sein. Auch sie wird die siegenden Massen vor Aufgaben stellen, die wir heute noch kaum ahnen; und ebenso wie früher werden Mißgriffe und Rückschläge nicht ausbleiben. Darüber kann kein Mensch, der sich etwas mit Sozialgeschichte beschäftigt hat, im Zweifel sein. Aber dies alles ist kein Grund, daß der Zusammenbruch nicht eintreten wird. Zudem wissen wir heute noch nicht, unter welcher politischen wie wirthschaftlichen Konstellation sich die Umwälzung vollziehen wird. Sicher ist jedenfalls, daß die Riesenkonkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt, die uns bevorstehen, auch auf unsere gesammten inneren Verhältnisse nicht ohne umbildende Rückwirkungen bleiben werden."

---

**Die in Hamburg projektirte Konsumgenossenschaft,** die im „Vorwärts" vom 25. Dezember besprochen ist, hat die bürgerliche Presse veranlaßt, von einer „neuen sozialdemokratischen Gründung" zu reden. Dazu bemerkt das „Hamburger Echo":

„Es handelt sich um das Projekt einer Anzahl Gewerkschaftsmitglieder, die einen Konsum-, Spar- und Bauverein „Produktion" ins Leben rufen wollen. Die Sozialdemokratie hat selbstverständlich mit dieser Gründung nicht das mindeste zu thun, was wir von vornherein konstatiren wollen, um einer Legendenbildung vorzubeugen. Die Gründung von Spar- und Konsumvereinen kann und wird niemals als die Aufgabe der Sozialdemokratie betrachtet werden, sondern muß denjenigen überlassen bleiben, die da glauben, mit solchen Gründungen die Interessen der Arbeiter fördern zu können. Die Sozialdemokratie hat also, wie gesagt, mit der geplanten Gründung gar nichts zu thun."

**Der Verlag des „Süddeutschen Postillons"** hat von der Nummer 26, die wegen des schönen Weihnachtsgedichtes auf Veranlassung der Münchener Staatsanwaltschaft beschlagnahmt wurde, eine neue Ausgabe veranstaltet, in welcher an stelle dieses Gedichts das vielsagende Wörtlein: „Konfiszirt!" prangt. Die Parteigenossen werden durch eifrige Propaganda unter ihren Bekannten das ihrige thun, um der auch sonst sehr interessanten Nummer des beliebten Arbeiter-Witzblattes einen vermehrten Absatz zu sichern.

**Ein Brief Rosegger's.** Unser Partei-Organ in Graz, der „Arbeiterwille", hatte irrthümlich gemeldet, Peter Rosegger, der Dichter der Steiermark, habe den Titel Regierungsrath erhalten. Es hatte sich aber um eine Ordensverleihung gehandelt. Rosegger schrieb nun dem sozialdemokratischen Blatte folgenden hübschen Brief:

„Lieber Arbeiterwille! Daß Du mich in Deiner Nummer vom 8. Dezember 1898 zum Regierungsrath gemacht hast, hätte ich Deiner sonst sehr demokratischen Neigung nicht zugetraut. Doch muß ich Dir dafür dankbar sein, weil ich es auf anderem Wege wohl nie geworden wäre. Eine weitere Aufmerksamkeit von Dir ist es, daß Du mich zum Verfasser eines Gedichtes „Der Heufresserhiasl" ernanntest. Allerdings trifft diese Ernennung so wenig zu als die erstere, aber mich freut Dein guter Wille, mich geistig wie sozial so ausgezeichnet als möglich zu machen. Deine schneidigen Artikel, wenn sie auch manchmal tapfer über die Schnur hauen, lese ich mit Vergnügen. Den Freimuth, seine ehrliche Ueberzeugung auszusprechen, achte ich unter allen Umständen sehr hoch. Leider sorgt unsere Zensur dafür, daß die Tugend der Aufrichtigkeit nicht allzusehr überhand nimmt. Ich meine, wer es gut meint mit den Menschen, und sollte er sich auch zehnmal irren, der soll gesegnet sein! Ich grüße Dich! Rosegger, Graz, 11. Dezember 1898."

## Polizeiliches, Gerichtliches u. s. w.

— **Wegen Beleidigung des Kommerzienraths Scipio** wurde vom Landgericht in Mannheim der Redakteur des lokalen Theils der „Volksstimme", Genosse Herzberg, zu 2 Monaten Gefängniß verurtheilt, der mitangeklagte Redakteur des politischen Theils, Genosse Jaeckh, aber freigesprochen. Herzberg, über den bekanntlich die Untersuchungshaft verhängt worden war, aus welcher man ihn auch trotz Kautionsangebotes nicht entlassen hatte, wurde jetzt sofort auf freien Fuß gesetzt und ihm 3 Wochen der Untersuchungshaft angerechnet. Wir haben über die Anklage wiederholt berichtet und können uns daher mit der kurzen Bemerkung begnügen, daß der Kommerzienrath Scipio im badischen Landwirthschaftsrathe die thatsächlich bestehende Fleischnoth geleugnet hatte und dafür in der „Volksstimme" derb getadelt worden war. Auf Veranlassung des badischen Justizministeriums wurde dann die Aktion gegen die „Volksstimme" eingeleitet.

— **Wegen angeblicher Theilnahme an einer geheimen Versammlung** sind in Elberfeld polizeiliche Nachforschungen im gange. Wie die „Freie Presse" mittheilt, wurden bis jetzt 9 Arbeiter vor den Polizeikommissar ihres Bezirks geladen und von diesem inquirirt. Das genannte Blatt meint zu dieser überflüssigen Aktion der Polizei: Als wir uns die Namen der betreffenden Personen ansahen, fragten wir uns unwillkürlich: Wer mag da die politische Polizei wieder einmal auf das Glatteis geführt haben? Hat sie denn ihre Niederlage aus dem großen Geheimbundsprozeß schon ganz vergessen? Oder soll die Nothwendigkeit der nach unserer Ueberzeugung überflüssigen Institution des Distriktskommissars dokumentirt werden?!

— **Vom sächsischen „Juwel".** Nach dem sächsischen Vereins- und Versammlungsrecht muß unter den Einberufern einer Versammlung mindestens ein Gemeindemitglied desjenigen Ortes sein, wo die Versammlung abgehalten werden soll. Den bürgerlichen Parteien bereitet diese Bestimmung keine ernstlichen Hindernisse, denn sie werden in der Regel überall jemand finden, der sich zur Einberufung ihrer Versammlungen herbeiläßt. Anders bei den Arbeitern. Eine Uebertretung des Versammlungsrechts hat nun das Landgericht in Bautzen auf Anweisung des Oberlandesgerichts darin gefunden, daß der Parteigenosse Diener aus Löbau sich in einem Dorfe vorübergehend als Einwohner angemeldet hatte, um als Einberufer einer öffentlichen Wählerversammlung fungiren zu können. Darin hat, wie

uns aus Sachsen geschrieben wird, dort bisher kein Mensch etwas Unrechtes gefunden. Schöffen- und Landgericht hatten deshalb den Parteigenossen Diener auch freigesprochen, das durch seine Urtheile gegen Sozialdemokraten bekannte Oberlandesgericht hob aber das Urtheil auf, und so haben nun die Leute ihren Willen, die immer noch des belustigenden Glaubens leben, es sei möglich, in Sachsen die Sozialdemokratie auszurotten.

## Generalversammlung des Zentralverbandes der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter Deutschlands.

Kassel, 26. Dezember 1898.

Nach Beendigung der Debatte über den Punkt „Presse" gelangt folgender Antrag zur Annahme:

„Der „Courier" erscheint ab 1. Januar 1899 alle 14 Tage und zwar so, daß er jedesmal Freitags in Händen der Ortsverwaltungen ist. Der Datum der betreffenden Nummer ist der auf den Freitag folgende Sonntag. Aus praktischen Gründen bleibt die Form des „Courier" die bisherige und werden nach Bedarf einfache resp. doppelte Beilagen beigegeben."

Die Einleitung über den folgenden Punkt: „Wie betreiben wir in Zukunft unsere Agitation?" giebt Dreher. Die Ansichten des Referenten kamen durch Annahme folgender Resolutionen zur Geltung:

Die Generalversammlung beschließt, den Ortsverwaltungen zu empfehlen, wo es die örtlichen Verhältnisse gestatten, die Einkassirung der Beiträge einzuführen. Eine zweite Resolution lautet: Da in unserer Organisation eine schablonenmäßige Agitation nicht angebracht erscheint, überläßt die Generalversammlung es den einzelnen Ortsverwaltungen resp. den Bevollmächtigten, die Agitation zu betreiben, wie es die örtlichen Verhältnisse erheischen. Um aber den Ortsverwaltungen geeignetes Material an die Hand zu geben, beauftragt die Generalversammlung den Vorstand, eine Statistik über die Arbeits-, Lohn- und gesammten Verhältnisse in unserem Berufe aufzunehmen. Das Ergebniß derselben ist zu einer Agitationsbroschüre zu verarbeiten und den Ortsverwaltungen gratis zur Verfügung zu stellen.

Schumann referirt sodann über die Bedeutung der Arbeitsnachweise in der Organisation, und wie hat sich die Arbeitslosen-Unterstützung bewährt? Redner schildert die verschiedenen Arten Arbeitsnachweise, die für die Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter in betracht kommen. Die Erfahrungen haben gelehrt, daß auch selbst die städtischen Arbeitsnachweise für die Kollegenschaft nicht von Vortheil sei. Der eigene Arbeitsnachweis sei nicht nur ein nicht zu unterschätzendes Agitationsmittel unter den Indifferenten, sondern auch eine wirksame Kontrolle der zu unterstützenden Arbeitslosen. Himpel-Hamburg giebt seine Erfahrungen als Arbeitsvermittler zum besten und ist für Ausbau des Arbeitsnachweises der Organisation schon in Rücksicht darauf, daß die Stellenvermittler privater Natur, die zum größten Theile Schwindler schlimmster Sorte sind, aufs energischste bekämpft werden müssen. Höschle berichtet über die Einführung des Arbeitsnachweises der Verwaltungsstelle Stuttgart und schildert die Kämpfe, deren es bedurfte, um diese Institution hochzubringen. Auch Röske (G.-K.) tritt für Schaffung von Arbeitsnachweisen in der Organisation ein. Die General-Versammlung beschließt, an allen Orten, wo eine Möglichkeit vorhanden ist, sollen Arbeitsnachweise seitens des Verbandes eingeführt werden. Ferner wird ein Antrag Hamburg angenommen, welcher besagt, der Vorstand hat für alle Verwaltungsstellen gleiche Regulative für Arbeitsnachweis auszuarbeiten.

Ueber die Frage: Wie verhalten wir uns bei Arbeitseinstellungen? spricht Schumann und betont, daß leider die Zentralverwaltung bei der größten Zahl der vorgekommenen Streiks zu spät verständigt worden ist, woraus auch das Mißlingen zweier Streiks resultirt. Die Ortsverwaltungen müssen sich daran gewöhnen, diesbezüglich streng an die statutarischen Bestimmungen hierüber zu halten. Es müsse bei Streiks die größte Vorsicht angewandt werden, um die Organisation vor Schaden zu bewahren.

Es wird hierauf nach einer längeren Debatte beschlossen, in § 20 des Statuts Absatz 4 und 5 zu streichen und dafür zu setzen: Das Recht auf Unterstützung bei Ausständen haben nur Mitglieder. Sodann wird die Resolution der Berliner Gewerkschaftskommission, betreffend den Privatpost-Streik resp. den Zentralvorsitzenden Schumann zur Kenntniß genommen und über die hierzu gestellten Anträge zur Tagesordnung übergegangen.

Als Sitz des Zentralvorstandes wird Berlin bestimmt. Dettmaring beantragt, den Vorsitzenden anzustellen und ihm ein monatliches Gehalt von 140 M. zu geben. Die Versammlung beschließt demgemäß. Die Festanstellung des Kassirers wird abgelehnt, dafür aber beschlossen, demselben eine monatliche Entschädigung von 20 M. zu gewähren. Bezüglich des Redakteurs wird beschlossen, es bei dem bisherigen Verhältniß zu belassen, jedoch denselben so zu besolden, daß er pro Monat 140 M. erhält.

Dem Vorschlage des Zentralvorstandes, den Kollegen Eckardt in Mannheim für den dortigen Bezirk als Organisator anzustellen, wird zugestimmt. Derselbe soll 25 M. Wochenlohn erhalten. Das Verhältniß mit der Generalkommission bleibt dasselbe. Als Vorsitzender wird Schumann, als Kassirer Kaßler, als Redakteur Dreher, als verantwortlicher Redakteur Schumann, als Sekretär Hoffmann gewählt.

## Gewerkschaftliches.

### Deutsches Reich.

**Zur Lohnbewegung der Krefelder Weber.** Ueber das Resultat der Verhandlungen mit den Vertretern der Sammetfabriken ist zu berichten, daß sich die Unternehmer bereit erklärten, für die Vorarbeiten (Andrehen, Beipassiren, Umändern u. s. w.) eine besondere Bezahlung zu gewähren. Im Anschluß daran wurde aber auch eine gemeinsame Lohnliste aufgestellt, die nach den Berechnungen aus mehreren Fabriken den Durchschnittslohn enthalten soll. Gegen die Annahme dieser Lohnliste, die für einige Firmen eine Reduzirung der Löhne bedeutet, wenden sich die Arbeiter, und haben auch die Vertreter der Arbeiter bei den Verhandlungen erklärt, daß sie mit der Abmachung nicht einverstanden sind.

Bei der Firma Scheibler Nachf. tritt die Lohnliste bereits am 28. d. M. in kraft und sind hier die Arbeiter in den Ausstand getreten, da nur eintägige Kündigungsfrist herrscht.

Auch der Ausstand bei der Firma Ebeling dauert fort. Die Firma ist eifrig bemüht, Streikbrecher heranzuziehen, bisher ohne Erfolg.

Bei zwei anderen Firmen soll die Lohnliste am 6. Januar eingeführt werden; auch hier haben die Arbeiter erklärt, daß sie mit der Aenderung nicht einverstanden sind. Dieselbe Unzufriedenheit ist in zahlreichen anderen Betrieben vorherrschend und so ist sicher anzunehmen, daß der Streik in der Sammetbranche bald eine größere Ausdehnung annehmen wird. Wenn bis zum 15. Januar eine Einigung nicht erzielt worden ist, so stehen am 16. Januar zwei bis dreitausend Sammetweber Krefelds im Ausstand.

Ein in später Nachtstunde eintreffendes Telegramm meldet: Heute Abend **kündigten sämmtliche Sammetweber** der Firma Scheilleckes u. Ko. die Arbeit; es treten nunmehr die Arbeiter von vier Sammetwebereien in den Ausstand.

**Zur Zuchthausvorlage.** Aus Baden schreibt man uns:

In der Nummer des „Vorwärts" vom 15. Dezember befindet sich die Skizze eines interessanten Streites um die Anwendung des § 153 der Gewerbe-Ordnung zur Bestrafung einiger streikbaren Glasergehilfen in Konstanz. Das Schöffengericht sprach am 4. November zwei Mitglieder des Glaser-Fachvereins von der Anklage eines Vergehens gegen §§ 153, 152 der Gewerbe-Ordnung frei. Die beiden Arbeiter hatten einen Kollegen durch Ehrverletzung und Androhung körperlichen Zwanges zu veranlassen gesucht, aus dem Geschäfte des Glasermeisters Messinger in Konstanz auszutreten, weil dieser Meister sich nicht des vom Glaser-Fachverein errichteten Arbeitsnachweises bediene. In Uebereinstimmung mit der Vertheidigung verneinte das Schöffengericht die Anwendbarkeit des § 153 Gewerbe-Ordnung auf diesen Thatbestand, weil es in dem zufälligen Streit der drei Glasergehilfen nicht eine Verabredung zu erblicken vermochte, welche die Erreichung günstiger Lohn- oder Arbeitsbedingungen bezweckt. Wie in dem zitirten Artikel bereits erwähnt wurde, war die Anschuldigung wegen Bedrohung (§ 240 Strafgesetzbuches) vom Amtsanwalt nicht erhoben worden. Jetzt holte er in der Berufungsklage das Versäumte nach. Obschon der Vertreter der Anklage seiner Sache sicher war, daß auch in diesem Falle „der Terrorismus" gegenüber den Arbeitswilligen seine schwere Buße in irgend einer der zahlreichen Gesetzesparagraphen noch erlangen werde, legte er doch seine ganze juristische Energie darauf, die vom Schöffengericht am § 153 der Gewerbe-Ordnung entdeckte schwache Seite schleunigst wieder zu beseitigen. Der Glaser-Fachverein, so deduzirte der Amtsanwalt, ist ein Interessenverein zur Erzielung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen und vermag durch ein offizielles Arbeitsnachweisbureau einen weitgehenden Einfluß in jener Richtung auszuüben. Und in der Sperre liege die Tendenz der Erlangung günstiger Arbeits- und Lohnbedingungen, weil sie den Meister zur Benutzung des vom Fachverein eingerichteten Nachweisbureaus zwingen will. Der Revisionstermin vor der Strafkammer Konstanz wurde am 13. d. M. auf den 27. vertagt. Das freisprechende Urtheil des Schöffengerichts wurde aufgehoben und die Angeklagten zu drei Tagen Gefängniß wegen Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung verurtheilt.

**Die Konferenz der Zimmerer Thüringens** tagte am 26. Dezember in Gera. Nach dem Bericht des Agitationskomitees waren im Jahre 1896 bei rund 8000 Zimmerern Thüringens etwa 800 organisirt. Zum Zwecke der besseren Bearbeitung der entlegenen Distrikte wurden engere Agitationsbezirke gebildet. Es wurden in den letzten 2 Jahren 19 neue Zahlstellen gegründet, wovon sich 2 wieder aufgelöst haben.

Im Anschluß hieran werden die Situationsberichte aus den einzelnen Orten erstattet. In vielen Fällen gab schon das Abhalten einer Versammlung oder die bloße Gründung einer Zahlstelle den Unternehmern Anlaß, die Löhne bis zu 3 Pf. pro Stunde zu erhöhen, in anderen Städten wurden die gestellten Forderungen im Wege des Vergleichs bewilligt, oder schließlich durch Streiks durchgedrückt. Am meisten sträuben sich die Unternehmer gegen die Festsetzung eines Minimal-Lohnsatzes und es ist statistisch festgestellt worden, daß in einzelnen Orten 10—12 verschiedene Lohnsätze bestehen. In mehreren Orten stehen für das kommende Frühjahr Lohnbewegungen in Aussicht.

Bei Besprechung der Agitation findet eine Resolution Annahme, welche das bisherige System bezüglich der Agitation beibehalten aber die aus den Lokalkassen an die Agitationskomitees der Bezirke abzuführenden Beträge von 10 auf 20 Pf. pro Mitglied und Jahr erhöht wissen will. Als Sitz für das Agitationskomitee wird Erfurt wiederum bestimmt.

**Wegen fortgesetzter Maßregelung** sind bei der Firma Löblein u. Krafft in Nürnberg Differenzen ausgebrochen. Zuzug ist streng fernzuhalten.

**In Mannheim:** befinden sich die Former und Kernmacher der Firma Gebr. Reuling im Streik.

### Ausland.

**Die Buchdrucker in Basel** haben von den Prinzipalen den Neunstundentag bewilligt erhalten; dagegen haben die Unternehmer die verlangte Erhöhung des wöchentlichen Lohnminimums von 32 auf 35 Fr. und des Akkordlohnes um 7 pCt. abgelehnt. Die Arbeiter haben nun ihre Forderung auf 33 Fr. resp. 2 pCt. herabgesetzt und hoffen auf ein Entgegenkommen sowie friedliche Verständigung.

**Der Streik der Angestellten der Kolonialwaarenbranche** zu Paris ist in eine neue Phase eingetreten. Die Streikenden haben beschlossen, die Arbeit in allen Geschäften, deren Inhaber die Forderungen bewilligten, wieder aufzunehmen, währenddem sie früher beabsichtigten, so lange im Ausstand zu verharren, bis alle Prinzipale die Forderungen anerkannt haben. Die Folge davon ist, daß ein großer Theil der Streikenden ihre Plätze wieder eingenommen haben, andere schließen sich dem Ausstande an; die Zahl der Ausständigen dürfte die gleiche geblieben sein.

## Unternehmer-Verbände.

**Ueber ein Welt-Petroleum-Monopol** gingen in den letzten Wochen die verschiedensten Mittheilungen durch die Presse. Vor allem fiel es auf, daß die russischen Interessenten keine Anstrengungen machten, den deutschen Markt zu gewinnen, und noch sonderbarer erschien es, daß die russischen Eisenbahntarife erhöht wurden. Man sprach ganz offen die Vermuthung aus, daß die Standard Oil Co. ihre Hand im Spiele habe und nun auch die russischen Produzenten gewonnen habe. Dem wurde widersprochen, aber es scheint doch, daß die Vermuthung nicht unberechtigt war. Die „Frankfurter Zeitung" ist in der Lage, das Urtheil eines russischen Exporteurs anführen zu können, der sich in einem Briefe in folgender Weise über die Manipulation ausläßt:

„Das Monopol ist thatsächlich in den Händen der Standard Co.; die Pure Oil Co. und ähnliches seien nur „nette Dekorationsstücke"; „zu kommandiren habt Ihr im Petroleumgeschäft nichts mehr." Man spreche immer von „Russen", aber eine russische Petroleumfirma existire gar nicht mehr, seit J. Schibaeff u. Co. im vorigen Frühjahr eine englische Aktiengesellschaft geworden, ebenso wie Tagioff, Budagoff ꝛc. ꝛc. Die großen leistungsfähigen Petroleumraffinerien in Baku sind damit alle in englischen Händen und die Standard Co. wird wissen, wer die Hälfte + 1 aller Aktien besitzt. Ebenso verhält es sich mit der Firma Nobel. Es wird hier von dem Vertreter der Standard Oil Co. ganz offen zugestanden, daß diese Kompagnie die Hälfte der Nobel-Aktien aufgekauft hat. Das war noch dazu ein gutes Geschäft. Denn vor vier Jahren standen die Nobel-Antheilscheine auf pari mit 5000, heute stehen sie 10 000! Statt daß die Russen dem deutschen Markt zu Hilfe kommen könnten, sind sie selbst still und wirksam monopolisirt worden."

## Soziales.

**Krankenversicherung.** Der Bauhandwerker-Krankenkasse (E. H.) in Berlin ist vom preußischen Handelsministerium die Bescheinigung ertheilt worden, daß sie, vorbehältlich der Höhe des Krankengeldes, den Anforderungen des § 75 des Krankenversicherungs-Gesetzes genügt.

**Ueber die Zunahme der Telegraphen-Anstalten** im preußischen, norddeutschen und Reichs-Telegraphengebiet in den Jahren 1849 bis 1896 bringt die „Statist. Korr." eine Zusammenstellung, aus der sich ergiebt:

Im preußischen und norddeutschen Telegraphengebiet bestanden 1849 nur 25 Staats-Telegraphen-Anstalten, erst 1858 wurde mit 100 das erste Hundert überschritten, 1862 waren es 197, und seitdem wächst die Zahl beträchtlich, auf 294 in 1863, auf 388 in 1864, 486 in 1865, 538 in 1866. Von 1866 bis 1867 kommen fast 300 neue Anstalten hinzu, wodurch die Zahl auf 830 steigt, und bis Ende 1871 sind es 1130 geworden. Seit 1858 waren auch die Eisenbahntelegraphen-Stationen, damals 384 an der Zahl, zur Annahme und Beförderung von Privatdepeschen ermächtigt worden, die sich bis Ende 1871 auf 1485 vermehrt haben, so daß um diese Zeit im ganzen 2615 Telegraphen-Anstalten vorhanden waren. Im Durchschnitt des Zeitraums von 1849 bis 1871 betrug die jährliche Zunahme aller Telegraphen-Anstalten 30,13 pCt. Die starke Zunahme des Jahres 1867 erklärt sich aus der Uebernahme des Telegraphen-Netzes der neu erworbenen Landestheile und des Königreichs Sachsen. Im Deutschen Reiche waren 1871 einschließlich der 919 bayerischen und württembergischen Anstalten 3534 Telegraphen-Anstalten vorhanden. 1881 waren es schon 10 306, 1891 bereits 18 234 und bis 1896 stieg die Zahl auf 21 445, davon 2269 in Bayern, 712 in Württemberg und 18 464 im Reichspostgebiet. Außerdem bestehen seit 1890 in den Schutzgebieten Telegraphen-Anstalten, deren Anzahl sich Ende 1896 auf 10 belief.

**Neunuhr-Ladenschluß in Braunschweig.** Die Handelskammer von Braunschweig macht bekannt, daß sie beschlossen hat, den Anträgen der Kaufmannschaft entsprechend, die Inhaber sämmtlicher Ladengeschäfte in der Stadt Braunschweig aufzufordern, vom 1. Januar k. J. ab ihre Geschäfte um 9 Uhr Abends zu schließen. Ausnahmen sollen nur gelten für jeden Sonnabend, die beiden Meßmontage, die letzten drei Tage vor dem Oster- und Pfingstfeste und die letzten 14 Tage vor Weihnachten. Nicht einbezogen in diese Aufforderung sind die Zigarren- und Tabakgeschäfte. Die Handelskammer erwartet „zuversichtlich", daß die Kaufleute dieser im Interesse der Prinzipale und der Angestellten erlassenen Aufforderung ausnahmslos Folge leisten werden, und richtet gleichzeitig an das kaufende Publikum das Ersuchen, seine Einkäufe nicht noch über die neunte Abendstunde hinaus auszudehnen.

Der „Braunschweiger Volksfreund" erkennt diesen Beschluß der Handelskammer als einen Fortschritt an und fordert die Arbeiter zur Unterstützung seiner Durchführung auf, tadelt jedoch mit Recht, daß die Zigarren- und Tabakgeschäfte ausgenommen sind.

**Für die Errichtung einer Konsumgenossenschaft** hat sich, wie die „Freie Presse" mittheilt, auch die Gewerkschaftskommission von Elberfeld-Barmen prinzipiell erklärt. Eine Kommission ist gewählt, die die Frage zu prüfen hat, ob in jenen beiden Städten die Bedingungen für das Gedeihen eines solchen Unternehmens vorhanden sind.

**Gegen die wucherische Ausbeutung der Wohnungsnoth des arbeitenden Volkes** zieht die vom Gemeinderath der Stadt **Straßburg i. E.** niedergesetzte städtische Wohnungskommission mit anerkennenswerther Energie zu Felde. Die von derselben aus Tageslicht geförderten Wohnungsverhältnisse in einzelnen Stadttheilen spotten geradezu jeder Beschreibung. Es wurden Fälle nachgewiesen, wo Familien von 7 und mehr Köpfen in Löchern von einigen 30 Kubikmetern Rauminhalt, zum theil ohne Fenster, untergebracht sind. Da existiren Wohnungen, in welchen die Leute Kaninchen, Meerschweinchen, Geflügel ꝛc. frei herumlaufen lassen. Besonderes Aufsehen erregt ein Fall, wo 16 Miethsparteien in einem alten Hause mit zusammen ca. 60 Personen einen einzigen Abort benutzen; das Haus ist dabei total verwahrlost, da der Besitzer sich um dasselbe, ausgenommen was die Einziehung der Miethe betrifft, nicht im geringsten kümmert. Einzelne Zimmer haben kein Licht; die Thüren sind mit Bindfaden zugebunden; an stelle der Wände sind halb verfaulte Bretterverschläge vorhanden, in denen sich Risse vorfinden von einer Ausdehnung, daß man mit der Hand durchfahren kann. In einer ganzen Anzahl von Häusern verfügt keine einzige der darin untergebrachten Familien über einen Küchenraum. Dabei sind die Miethspreise für derartige Löcher geradezu wucherisch hoch; Jahresrenten von 30 und mehr Prozent zählen nicht zu den Seltenheiten. Aus einem Hause z. B., das für ganze 7000 M. angekauft wurde, zieht der Hauptvermiether, der an den Eigenthümer 700 M. Jahresmiethe zu zahlen hat, nicht weniger als 2200 M. pro Jahr. Unter diesen Umständen beschloß die erwähnte Kommission, eine Reihe der krassesten Fälle vorerst einmal prinzipiell zum Austrag zu bringen und beim Gemeinderath die Schließung der betreffenden Häuser wegen Ueberfüllung und im Hinblick auf ihren schlechten baulichen Zustand zu beantragen. Ist diese Maßregel, nöthigenfalls durch die Autorität einer richterlichen Entscheidung, zur Durchführung gekommen, so soll auch gegen die schlimmsten Mißstände in anderen Häusern in derselben Weise vorgegangen werden. Das Hauptaugenmerk der Kommission bleibt dabei selbstverständlich auf die Erbauung von gesunden und billigen Arbeiterwohnungen aus städtischen Mitteln oder solchen der Landes-Versicherungsanstalt gerichtet, welche die bisherigen Miether der zu schließenden Häuser aufnehmen sollen. Das thatkräftige Vorgehen der Straßburger Wohnungskommission, der auch ein sozialistisches Mitglied des dortigen Gemeinderaths, Genosse Böhle, angehört, verdient auch anderwärts Nachahmung.

**Der Basler Konsumverein** hat beschlossen, mit einer Summe von 300 000 Franken eine große Metzgerei zu errichten. Der Verein zählt 18 000 Mitglieder.

## Bergsturz in der Schweiz.

Der im Kanton Tessin am St. Gotthard gelegene Ort Airolo droht verschüttet zu werden. Es wird von dort gemeldet: Die hiesigen Einwohner waren seit längerer Zeit in großer Unruhe, da der Berg Sasso Rosso die Ortschaft zu zerstören drohte. Ingenieure hatten kürzlich an Ort und Stelle Untersuchungen angestellt. Die angesammelten Schnee- und Eismassen beschleunigten die Katastrophe. Gestern früh trat der erste Bergsturz ein; die Bewegung der Massen dauerte bis zum Mittag und richtete erheblichen Schaden an. In der vergangenen Nacht verließen die Bewohner ihre Wohnungen. Gegen 2½ Uhr früh lösten sich große Felsmassen, stürzten herab und zerstörten das Hotel Airolo und einige benachbarte Gebäude. Der Gotthardbahn-Verkehr ist nicht unterbrochen. Bis zum Mittwoch Nachmittag wurden drei Todte unter den Trümmern von vier eingestürzten Häusern gefunden. Ein erheblicher Theil des Airolo schützenden Waldes ist durch die Felsmassen fortgerissen worden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

**Brünn,** 28. Dezember. (W. H.) Wegen der **Verweigerung des allgemeinen, direkten Landtags-Wahlrechtes** veranstalteten die Arbeiter hier große Demonstrationen. Die Polizei trieb die Demonstranten auseinander und nahm mehrere Verhaftungen vor.

**Paris,** 28. Dezember. (W. H.) In Brest wüthet seit gestern ein heftiger **Orkan,** weshalb die Schiffahrt unterbrochen ist.

**Paris,** 28. Dezember. (W. H.) Der Abgeordnete Millevoye wird die Regierung interpelliren über **Unregelmäßigkeiten,** die im Revisionsverfahren beim Kassationshofe vorgekommen sind, sowie über die Zurechtweisung des Kassationsrathes Bard.

**Paris,** 28. Dezember. (W. H.) Wie gerüchtweise verlautet, hat die russische Regierung den zum französischen Botschafter in Petersburg ausersehenen früheren Ministerpräsidenten Bourgeois **abgelehnt.**

**Paris,** 28. Dezember. (W. T. B.) Die „Agence Havas" erklärt das Gerücht, daß Dreyfus nach Europa **eingeschifft** sei, für **unbegründet.**

**Paris,** 28. Dezember. (W. T. B.) Nach Barthou vernahm der Kassationshof heute den ehemaligen Präsidenten der Republik Casimir Périer.

**Brüssel,** 28. Dezember. (W. T. B.) Das Blatt „Petit Bleu" meldet, die Expedition van Doorne, welche mit der **Bestrafung der Menschenfresser** am Ubanghi beauftragt war und aus 6 Weißen, unter denen sich auch Lothaire befindet, und 350 Schwarzen bestand, ist einem ihr von dem menschenfresserischen Stamme der Bunjas gelegten Hinterhalte entgangen und hat den Stamm völlig zerstreut.

**Rom,** 28. Dezember. (W. T. B.) Wie die Abendblätter melden, soll am Neujahrstage ein **Gnadenerlaß** veröffentlicht werden, welcher sich auf alle Personen erstrecken soll, die wegen der Ruhestörungen im Mai d. J. von Militärgerichten oder Zivilgerichten verurtheilt worden sind, sofern die über sie verhängte Strafe nicht mehr als 2 Jahre Gefängniß beträgt.

**Kanea,** 28. Dezember. (Meldung der „Agence Havas".) Der Präsident der Nationalversammlung Sphakianakis unterbreitete dem Oberkommissar Prinzen Georg ein Programm, nach welchem die **Nationalversammlung** in zwei Monaten einberufen werden soll, um die von dem Exekutivkomitee ausgearbeiteten Gesetzentwürfe zu berathen. Prinz Georg soll die Mitglieder der Regierung aus der Majorität der Nationalversammlung wählen, welche alsdann innerhalb fünf Jahren nicht mehr einberufen werden soll. Das Programm findet lebhaften Widerspruch.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin. Hierzu 1 Beilage u. Unterhaltungsblatt.

## Konferenz der sozialistischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg.

(Schluß der Berathungen.)

Es folgt Punkt 8 des Programm-Entwurfs:

„Für die im Gemeinde-Auftrag beschäftigten Arbeiter und Beamten ist ausreichende Bezahlung sowie eine Arbeitszeit von acht Stunden täglich herbeizuführen; desgleichen sind Pensions-, sowie Wittwen- und Waisen-Unterstützungskassen für die Arbeiter zu errichten und die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung für sämmtliche in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter in Anwendung zu bringen. Das Koalitionsrecht der Arbeiter ist sicher zu stellen und darf in keiner Weise eingeschränkt werden. In allen städtischen Betrieben sind Arbeiterausschüsse zu errichten."

Der Referent Bruns-Berlin führt aus: Wir verlangen, daß für die im Gemeinde-Auftrag beschäftigten Arbeiter und Beamten ausreichende Bezahlung sowie eine Arbeitszeit von 8 Stunden täglich herbeigeführt wird. Für die höheren Beamten werden wir hier wahrscheinlich wenig einzutreten haben. Es wird sich also wohl hauptsächlich um Unterbeamte handeln. Für die sogenannten Hilfsarbeiter im städtischen Betrieb wird aber die Gesetzgebung in Preußen wahrscheinlich Schritte thun. Es bleiben also hauptsächlich die Arbeiter übrig, deren Interessen die sozialdemokratischen Vertreter wahrzunehmen haben. Das Ausland ist in dieser Beziehung uns weit vorangegangen. Vielleicht hat auch Einfluß darauf gehabt, daß bei uns das Reich früher als in anderen Ländern mit der Reichsversicherung der Arbeiter vorgegangen ist. Deshalb hat sich ein Theil der Kommunen darauf berufen, daß ja für Alter, Unfall und Invalidität schon von Reichs wegen gesorgt werde. In neuerer Zeit hat man auch bei uns angefangen, in dieser Beziehung Sorge zu tragen. So ist in Berlin schon verschiedenartig versucht worden, einen begrenzten Arbeitstag für städtische Arbeiter und für die indirekt bei städtischen Anlagen beschäftigten Arbeiter herbeizuführen. Das hält aber sehr schwer. Als hier in Berlin der Vertrag mit der Straßenbahn-Gesellschaft verlängert wurde, da gelang es unseren Bemühungen, zu bewirken, daß wenigstens die Wagenführer höchstens 10 Stunden täglich beschäftigt werden dürfen. Wenn wir eine Arbeitszeit von 8 Stunden verlangen, so wollen wir sie nicht mit einem Male eingeführt sehen. Wir wollen nur in den Gemeindevertretungen dahin wirken und jede Begrenzung der Arbeitszeit mit Freuden begrüßen. Wir verlangen eine ausreichende Bezahlung. Wir verlangen weiter, daß Pensions-, sowie Wittwen- und Waisen-Unterstützungskassen für die Arbeiter zu errichten sind. Auch mit der Einführung solcher Kassen steht es bei uns in Deutschland noch sehr schwach. Man hat sie mehr oder minder gut einführt in Dresden, München, Frankfurt a. M., Darmstadt und auch in Mainz und Karlsruhe. Es entspricht der sozialpolitischen Einsicht nicht mehr, wenn man Arbeiter, die im städtischen Betrieb alt geworden sind, auf Armenunterstützung verweist. Das hat auch der Oberbürgermeister Rümelin in Stuttgart ausgesprochen. Auch große Privatbetriebe haben derartige Kassen, bei denen die Arbeiter von ihrem Lohn einen gewissen Prozentsatz für die Pensionskasse zu leisten haben. Einem dahingehenden Antrag, den wir für Berlin gestellt hatten, haben unsere Gegner entgegengehalten, man müsse doch einen gewissen Unterschied machen zwischen einem Beamten und einem Kutscher. Wir dürfen aber die Arbeiter im städtischen Betrieb nicht auf die Wohlthätigkeit verweisen, wenn sie dabei in einzelnen Fällen auch vielleicht besser wegkämen. Ich lasse dabei die Frage offen, ob es nöthig ist, daß bei den städtischen Arbeitern ein Abzug des Lohnes für die Pensionskasse stattfinden soll. In Darmstadt oder Stuttgart wurde es geradezu für ein Unrecht erklärt, daß den am schlechtesten gestellten Arbeitern eine Beitragsleistung auferlegt werde, wo doch sämmtliche Beamten ihre Pension erhalten, ohne vorher Beiträge dazu geleistet zu haben. In Essen ist allerdings eine Beitragspflicht vorgesehen. Zu dem Wunsch, daß die Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung für sämmtliche in städtischen Betrieben beschäftigten Arbeiter in Anwendung gebracht werden soll, möchte ich bemerken, daß in Berlin eine ganze Reihe von Arbeitern existiren, die diesen Gesetzen nicht unterstehen. Von 10 679 Angestellten, die keine Beamtenqualität haben, sind 2350 nicht krankenversicherungspflichtig, 3108 nicht unfallversicherungspflichtig. Am 1. April sollen allerdings diese Arbeiter auch der Reichsversicherung unterstellt werden. Es wird solchen Bestrebungen immer entgegengehalten, daß das die Gemeinde wieder neu belaste; aber dadurch wird auf der anderen Seite wieder die Armenlast vermindert. Dann soll das Koalitionsrecht der Arbeiter sicher gestellt werden. Man sagt wohl oft, die städtischen Arbeiter brauchten sich nicht gewerkschaftlich zu organisiren. Aber auch in städtischen Betrieben können sich die Arbeiter nicht darauf verlassen, daß ihnen das, was sie zu verlangen haben, von den städtischen Verwaltungen so wie so gewährt wird. Selbst in Berlin versucht man den Arbeitern das Koalitionsrecht zu verschränken. Daß endlich Arbeiterausschüsse errichtet werden, ist eine so selbstverständliche Forderung, daß sie kaum noch begründet zu werden braucht. Die Arbeiterausschüsse selbst in städtischen Werken lassen noch viel zu wünschen übrig. Sie wagen gar nicht, Anträge zu stellen, wenn Mißstände vorhanden sind. Da müssen doch wieder die sozialdemokratischen Vertreter die Sache zur Sprache bringen. Ich bitte, Punkt 8 anzunehmen. (Beifall.)

Dupont-Berlin: Ich beantrage nur eine redaktionelle Aenderung. Wenn wir hier eine achtstündige Arbeitszeit programmatisch festlegen, wie wird es dann für die, die eine kürzere Arbeitszeit haben? Die Steinbildhauer hier in Berlin haben zum Beispiel eine kürzere als die achtstündige Arbeitszeit. Ich beantrage zwischen die Worte „von und acht Stunden" zu setzen „nicht länger als".

Mit diesem Amendement wird Punkt 8 angenommen.

Punkt 9 lautet:

„Uebernahme der Markt-, Bau-, Wohnungs-, Verkehrs-, Gesundheits- und Sicherheitspolizei in die Gemeindeverwaltung."

Bruns-Berlin führt hierzu aus: Es würde sich hier hauptsächlich um größere Städte handeln. In letzter Zeit ist diese Frage ja in Fluß gekommen durch eine Reihe von Mißgriffen, die die Berliner Sittenpolizei gemacht habe, wodurch selbst in bürgerlichen Kreisen eine gewisse Opposition entstanden ist. Im übrigen haben wir namentlich in Berlin alles zu zahlen, was die Polizei kostet, haben dafür aber wenig oder gar nicht mitzusprechen. Alle diese polizeilichen Befugnisse müssen in städtische Verwaltung übergehen. Selbst der preußische Städtetag hat einen dahingehenden Beschluß gefaßt. Ich bitte um Annahme von Punkt 9.

Pieck-Spandau: Die Polizei bei uns soll in eine königliche umgewandelt werden. Diese würde nur 1,10 M. pro Kopf kosten, während uns jetzt die Polizei über 100 000 M. kostet. Ich möchte darüber eine Aufklärung erbitten.

Gerischer-Luckenwalde: Ich habe auch die Erfahrung gemacht, daß da, wo die Polizei königlich ist, man leicht in Unannehmlichkeiten kommt. Ich hatte mir eine Frage an den Polizei-Chef erlaubt, und habe mir dadurch eine Beleidigung desselben zu schulden kommen lassen.

Singer: Ich würde der Kommune noch größere Lasten auferlegen, wenn es gelänge, die Polizei in städtische Regie zu bekommen. Wir müssen den Grundsatz hochhalten, wo wir mitthaten, müssen wir auch mitrathen. Die Städte mit städtischer Polizei sind nicht schlechter bestellt, als die mit königlicher Polizei. Die königliche Polizei hat hier durch den Umstand, daß wir in der Residenz leben, auch so viel mit Absperrungen bei fürstlichen Besuchen, Paraden 2c. zu thun, daß sie die Sicherheitspolizei ruhig der Stadt überlassen kann. Wir müssen die Forderung aufstellen, wenn wir auch überzeugt sind, daß sie sich von heute auf morgen nicht verwirklichen wird. In einer Zeit aber, wo uns verboten wird, die Märzgefallenen zu ehren, ja wo uns die polizeiliche Bau-Erlaubniß für ein Gitter um den Märzgefallenen-Friedhof verweigert wird, müssen wir es aussprechen, daß wir es müde sind, unter dieser Art von Polizei-Aufsicht und Polizei-Bevormundung zu leben.

Gerstenberger-Weißensee bittet in den Vororten dahin zu wirken, daß nicht auch die Berliner kgl. Polizei auf die Vororte ausgedehnt wird.

Bruns-Berlin referirt hierauf kurz über Punkt 10 des Programm-Entwurfes:

„Errichtung von Gewerbegerichten. Ausdehnung der Krankenversicherung auf die Hausindustrie."

Borgmann-Berlin richtet den Appell an die Parteigenossen, die ihnen durch die Krankenversicherungs-Gesetzgebung verliehenen Rechte auch gehörig auszunutzen. Er schätzt die in der Hausindustrie thätigen Arbeiter und Arbeiterinnen allein in Berlin auf 150 000. Gerade diesen Aermsten der Armen müssen die Wohlthaten des Krankenversicherungs-Gesetzes zu theil werden.

An der Diskussion betheiligen sich noch Gerischer-Luckenwalde, Pieck-Spandau und Retzerau-Rixdorf. Nach einem Schlußwort von Bruns wird Punkt 10 angenommen.

Punkt 11 lautet: „Unentgeltlichkeit des Bestattungswesens".

Bruns hebt in seinem Referate die wirthschaftliche Bedeutung dieser Forderung hervor, die in der Schweiz schon verwirklicht sei in Verbindung mit der Leichenverbrennung. Sei die Leichenverbrennungsfrage bei uns erst geregelt, werde sich auch der hier in Rede stehende Programmpunkt leicht verwirklichen lassen.

Punkt 11 wird ohne Diskussion angenommen, ebenso das Programm in seiner Gesammtheit.

Es folgt nun der zweite Punkt der Tagesordnung: Anträge.

Singer begründet den von ihm gestellten Antrag:

Die Konferenz wolle beschließen:

Zum Zweck der einheitlichen Förderung der sozialdemokratischen Bestrebungen in Gemeinde-Vertretungen findet alle zwei Jahre eine Konferenz der sozialdemokratischen Gemeindevertreter der Provinz Brandenburg statt.

Obst-Schöneberg empfiehlt, die Konferenz alle Jahre einzuberufen.

Thomas-Rixdorf spricht für den Antrag Singer, da man jetzt erst einmal Erfahrungen sammeln solle, auch die Gemeindevertreter-Wahlen nur alle zwei Jahre stattfinden.

Der Antrag Singer wird darauf angenommen.

Karow-Weißensee beantragt:

Die Konferenz wolle beschließen, daß geeignete Schritte unternommen werden, um eine für sozialdemokratische Gemeindevertreter geeignete Zeitschrift herauszugeben, worin alle rechtlichen und prinzipiellen Fragen, welche Gemeinde-Angelegenheiten betreffen, ihre Erörterungen finden und welche dadurch zur Aufklärung und Belehrung beiträgt.

Thomas-Rixdorf meint, ein solcher Antrag habe noch Zeit, im jetzigen Augenblick sei er überflüssig.

Sonnenburg-Friedrichshagen ist der gleichen Meinung, er empfiehlt, von den heutigen Verhandlungen ein Protokoll herauszugeben, das den Gemeindevertretern dann als Richtschnur dienen kann.

Singer erwidert, die Berichterstattung für den „Vorwärts" werde so ausführlich sein, daß die Herstellung eines Protokolls leicht sein werde. Voraussetzung sei, daß die Gelder von der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg bewilligt werden.

Graßhold, Mitglied der Agitationskommission, ist nicht im stande, eine Erklärung darüber abzugeben, ob die Agitationskommission die Kosten für ein Protokoll aufbringen wird.

Bruns räth dazu, die Herausgabe des Protokolls nur unter der Bedingung zu beschließen, daß die Brandenburger Agitationskommission die Kosten übernimmt.

Retzerau empfiehlt einen Beschluß ohne Rücksicht auf die Agitationskommission.

Auch Singer meint, die Kostenfrage werde nicht so erheblich ins Gewicht fallen.

Die Herausgabe eines Protokolls wird beschlossen.

Auf Anregung Singer's wird eine Kommission, die die heute eingeleitete Bewegung in Fluß erhalten soll, eingesetzt. Der Kommission sollen drei Vertreter der Berliner Stadtverordneten-Fraktion und je ein Vertreter aus den Landgemeinden Friedrichshagen und Weißensee angehören. Die Bestimmung der Personen soll den einzelnen Fraktionen überlassen bleiben.

Damit sind die Verhandlungen erschöpft.

Singer: Es erübrigt nur noch, Ihnen für die rege Theilnahme an unseren Verhandlungen und für das immerhin zahlreiche Erscheinen besten Dank auszusprechen. Ich glaube, wir haben heute nicht umsonst gearbeitet, und wenn auch scheinbar der Erfolg im Augenblick kein sehr großer ist, so wird doch zweifellos aus unserer Arbeit die Verbreitung der Erkenntniß hervorgehen, wie nothwendig es für die Sozialdemokratie ist, als Vertreterin der Arbeiterklasse in den Gemeindevertretungen den Platz einzunehmen, der ihr gebührt. Heute haben unsere Verhandlungen — darin stimme ich einem der Vorredner bei — ein durchaus erfreuliches Bild der Uebereinstimmung gegeben. Denn wenn auch in einzelnen Punkten sich Meinungsverschiedenheiten geltend gemacht haben, so hat sich doch in dem Umstand, daß wir die großen Grundsätze, die uns politisch zusammengeführt haben, auch in unserem Programm hier zum Ausdruck gebracht haben, diese Einmüthigkeit auch hier wieder bewiesen, und das glaube ich wird auch in der ferneren Agitation für unsere Verhandlungen sich als fruchtbar erweisen. Aber ich möchte diese Verhandlungen nicht schließen, ohne die Genossen zu bitten, nun in ihren Gemeinden, nicht nur in den Gemeinde-Vertretungen, sondern auch in den Gemeinden selbst für eine rege Betheiligung an den Gemeindewahlen zu sorgen, und ich möchte vor allem unsere Genossen in den Gemeindevertretungen bitten, bei ihrer Agitation sowohl als ihrer Thätigkeit in den Gemeindevertretungen nie zu vergessen, daß wir Sozialdemokraten in den Gemeindevertretungen sind, daß alles, was wir thun, in Uebereinstimmung sein muß mit den großen Prinzipien, die wir vertreten, daß wir uns durch den Reiz, der zweifellos durch eine praktische Thätigkeit ausgeübt wird, nicht dazu bringen lassen, von der Linie abzugehen, über die ein Sozialdemokrat nicht hinauskann. Wir wollen praktisch arbeiten, thätig sein allüberall da, wo wir unsern Einfluß ausüben können zum besten der Arbeiterklasse. Wir wollen aber eines augenblicklichen kleinen Vortheiles wegen unsere Grundsätze nicht verkaufen, und es ist besser, wenn unsere Anträge schlimmstenfalls abgelehnt werden, als wenn wir uns dazu herbeilassen, Anträgen zuzustimmen, die wir unseren Grundsätzen gemäß nicht vertreten können. (Sehr richtig!) Wir arbeiten in den Gemeindevertretungen als das Gewissen der bürgerlichen Gesellschaft. Wir wollen auch dort kritisiren das, was da ist. Wir wollen zeigen, daß auch die Gemeindevertretungen nur im kapitalistischen Geiste geführt werden, und wir wollen für die Arbeiterklasse alles mögliche herausschlagen. Aber wir wollen uns nicht verkaufen, sondern wir wollen bei dem, was wir erringen, mit gutem Gewissen sagen können, es entspricht unseren sozialdemokratischen Prinzipien, und je tiefer wir eindringen in diese Thätigkeit, desto sicherer werden wir auch in der Beurtheilung dieser Dinge werden. Ich habe keinen Zweifel, daß für den Fall heute noch Genossen unter uns gewesen sein sollten, die meinen, daß man den örtlichen Verhältnissen um jeden Preis Rechnung tragen müsse, auch diese im Laufe ihrer Thätigkeit darüber belehrt werden, daß es bei der bürgerlichen Gesellschaft genau so wie beim Teufel heißt, wenn man ihm den kleinen Finger giebt, nimmt er die ganze Hand. Vergessen wir nie, daß wir auch in den Gemeindevertretungen allein für uns dastehen, daß die Kluft, die uns von der bürgerlichen Gesellschaft im politischen Kampfe trennt, uns auch von ihr trennt im Kampfe um die Erweiterung der Rechte der Arbeiterklasse in der Gemeinde. Wenn wir in diesem Sinne arbeiten, dann erfüllen wir unsere Pflicht, und daß wir das thun wollen, das wollen wir auch hier in diesem kleineren Kreise bekräftigen. Auch in der Gemeinde wollen wir als Sozialdemokraten nur für die Sozialdemokratie, die politische Organisation der Arbeiterklasse, wirken. Wir schließen unsere heutigen Verhandlungen mit dem Rufe: die Sozialdemokratie, sie lebe hoch.

Die Versammlung stimmt dreimal begeistert in den Ruf ein.

Singer erklärt die Verhandlungen für geschlossen.

Schluß 7½ Uhr.

---

## Die Zentralisation der Orts-Krankenkassen Berlins

wurde bekanntlich schon im Jahre 1893 von Mitgliedern dieser Kassen angeregt; ein entsprechender Antrag ward der Gewerbedeputation des Magistrats damals übermittelt. Ferner trat eine von Kassenmitgliedern gewählte Kommission mit der Aufsichtsbehörde behufs Anbahnung der Zentralisation in Verhandlung und legte in einem Statutenentwurf ihre Wünsche in bezug auf den Zusammenschluß der hiesigen Orts-Krankenkassen, deren Zahl heute 56 beträgt, nieder.

Die Gewerbedeputation ernannte alsdann aus ihrer Mitte eine Subkommission, der auch unser Parteigenosse Stadtverordneter Borgmann angehört. Diese Kommission sollte die von der oben erwähnten Arbeiterkommission ausgehenden Vorschläge prüfen, mit den Orts-Krankenkassen über die Zentralisationsfrage in Verhandlung treten und hierauf dem Plenum der Gewerbedeputation Bericht erstatten, bezw. ihre Anträge in dieser Sache stellen.

Durch Zeitungsberichte hatte auch der Oberpräsident v. Achenbach von der angestrebten Zentralisation der Orts-Krankenkassen Kenntniß erhalten. In einem Schreiben vom 3. Juli 1895 empfahl er der Gewerbedeputation, die beabsichtigte Zentralisation der betreffenden Krankenkassen thunlichst zu fördern; in einem späteren Schreiben forderte er Bericht über den Stand der Angelegenheit.

In der letzten Sitzung der Gewerbedeputation am 21. Dezember hat nun endlich die Subkommission derselben ihren Bericht erstattet.

Der Referent Stadtverordneter Rosenow wies zunächst darauf hin, daß die Zentralisation aus Arbeiterkreisen selbst angeregt worden sei und daß man mit derselben in Leipzig die günstigsten Erfahrungen gemacht habe. Die dortige Zentralkasse liefere selbst den Familien-Angehörigen der versicherten Kassenmitglieder unentgeltliche ärztliche Hilfeleistung und Medikamente auf Kosten der Kasse; dabei sei die Grenze der Familienangehörigkeit ziemlich weit gezogen, indem selbst die Mütter 2c. der Kassenmitglieder auf die Unterstützung seitens der Kasse Anspruch hätten, eine Einrichtung, wie sie zur Zeit keine der Berliner Orts-Krankenkassen biete. — Im Interesse der Stadtgemeinde Berlin würde es sicher liegen, wenn sich auch hier die Zentralisation verwirklichen ließe. Leider scheine ihm (Redner) zur Zeit hierzu wenig Aussicht vorhanden zu sein, denn infolge eines Rundschreibens der Subkommission an die Vorstände aller 56 Orts-Krankenkassen hätten nur vier Kassen bezw. Kassenvorstände sich unbedingt für die Zentralisation erklärt, neun hätten ihre Zustimmung von zum theil unerfüllbaren Bedingungen abhängig gemacht, während 43 sich überhaupt gegen die Zentralisation erklärt hätten. Da man die Zentralisation aber nicht zwangsweise einführen könne und wolle, hierzu vielmehr die Zustimmung der Generalversammlungen aller betheiligten Orts-Krankenkassen und die freiwillige Auflösung dieser Kassen erforderlich sei, schlage die Subkommission vor, die Aufgabe dieser Kommission für erledigt zu erklären und die ganze Angelegenheit so lange ruhen zu lassen, bis die Kassenmitglieder bezw. die Generalversammlungen der Kassen aufs neue mit Vorschlägen bezüglich der Zentralisation der Orts-Krankenkassen an die Gewerbe-Deputation herantreten.

Unser Parteigenosse Stadtverordneter Borgmann als Korreferent erklärte sich mit dem Referenten insoweit einverstanden, als auch er die Zentralisation der Kassen für einen großen Nutzen sowohl für ihre Mitglieder als auch für die Stadt Berlin halte, indem durch Einrichtungen, ähnlich den in Leipzig bestehenden, so manches Kassenmitglied davor bewahrt werden könnte, die öffentliche Armenunterstützung in Anspruch zu nehmen. Es sei auffallend, daß jetzt die Kassenvorstände und theilweise auch die Generalversammlungen der Orts-Krankenkassen sich gegen die Zentralisation erklärten, während doch die ganze Angelegenheit von den Arbeitern selbst angeregt wurde und ursprünglich auch die Kassen selbst im Prinzip für die Zentralisation gewesen seien. — Ihm scheine es, als wenn das Rundschreiben der Subkommission in die Kassenvorstände den Umschwung in der Ansicht über die Zentralisation hervorgerufen habe. Die Frage z. B.: „Wie würde die Generalversammlung der Kasse vermuthlich stimmen, wenn es sich um Auflösung der jetzigen Kasse und Einführung einer Zentralkasse handelt", hätte man den Kassenvorständen nicht zur Beantwortung vorlegen sollen. Erstens kennen sie die Ansicht der Generalversammlung nicht und zweitens seien sie, wenn es sich um Auflösung der jetzigen Kassen handelt, persönlich zu sehr interessirt, insoweit wenigstens, als es sich um besoldete Vorstandsmitglieder handle. Sympathie für die Zentralisation sei bei den Arbeitern allgemein vorhanden; er zweifle nicht daran, daß bei sachgemäßer Darstellung der Angelegenheit sich heute noch die Mehrheit der Kassen und Kassenmitglieder für die Zentralisation erklären würden. Freilich dürfe man den Mitgliedern nicht sagen: „Ihr werdet große Opfer zu bringen haben, wenn die Zentralisation durchgeführt werden soll", wie es durch das Rundschreiben an die Kassenvorstände geschehen, sondern die Stadt Berlin dürfe ihrerseits vor materiellen Opfern nicht zurückschrecken. Die Leipziger Zentral-Ortskrankenkasse z. B. habe bei ihrer Begründung eine Unterstützung von 60 000 M. à Konto der Stadtkasse erhalten. Auch sei in Leipzig der tägliche Verpflegungssatz in den Krankenhäusern für die Mitglieder der dortigen Orts-Krankenkasse bedeutend herabgesetzt worden. Gehe man hier ähnlich vor, so würden die Generalversammlungen der Kassen gewiß freudig für die Auflösung ihrer jetzigen Kassen und Uebertritt zu einer neu zu gründenden Zentralkasse stimmen. Schließlich beantragte Redner, die Subkommission weiter bestehen zu lassen und die Zentralisation der Orts-Krankenkassen in jeder Hinsicht zu fördern.

Magistrats-Assessor Dr. Meyer trat dem Vorredner entgegen. Die Subkommission habe gethan, was in ihren Kräften stand. Allerdings müßten einige Kassen erhebliche Opfer bringen, wenn die Zentralisation durchgeführt werden solle. Einige größere Kassen zahlen jetzt ihren kranken Mitgliedern volle 52 Wochen Unterstützung, das sei offenbar zu viel, wenn man bedenke, daß die gesetzliche Mindestleistung auf 13 Wochen festgesetzt sei. Ein Theil der besoldeten Vorstandsmitglieder klebe so an seinen Aemtern, daß von ihm eine Förderung der Zentralisations-Bestrebungen nicht zu erwarten sei. Andere vielleicht sehen sich schon im Geist als Beamte der Zentralkasse angestellt. Er empfehle die Annahme des Antrages des Referenten der Subkommission.

Stadtrath Dr. Münsterberg empfiehlt, die Zentralisation der Orts-Krankenkassen schon im Interesse der Armenverwaltung nach Kräften zu unterstützen. Seien nicht alle Orts-Krankenkassen gleich dafür zu haben, so empfehle es sich vielleicht, den Versuch mit einem Theil der Kassen, solchen, die sich schon jetzt dazu bereit erklärt haben, zu machen. Die Erfahrungen in Leipzig seien so günstig, daß die Angelegenheit das volle Interesse der städtischen Behörden verdiene.

Genosse Tutzauer (Bürger-Deputirter) tritt den Ausführungen des Herrn Dr. Meyer entgegen. Wenn man so oft betone, die Zentrali-

fation der Orts-Krankenkassen würde die öffentliche Armenpflege entlasten, so dürfe man auf der anderen Seite nicht diejenigen Arbeiter, die jetzt volle 52 Wochen in Krankheitsfällen versichert sind, der öffentlichen Armenpflege überweisen und zwar gegen ihren Willen überweisen. Dies aber geschehe, wenn man denen, die das Unglück hätten, ein ganzes Jahr krank zu sein, die Unterstützung für 52 Wochen, auf die sie jetzt Anspruch hätten, theilweise entzieht. Die Arbeiter wüßten zu gut, daß mit der Gewährung von Armenunterstützung leider der Verlust gewisser politischer Rechte, auf deren Ausübung die Arbeiter großen Werth legten, verbunden sei. Statt die Unterstützungsdauer von 52 Wochen bei den Kassen, die sie eingeführt hätten, abzuschaffen, solle man danach trachten, sie allgemein einzuführen; dadurch würde eine bedeutende Entlastung des Etats der Armenverwaltung herbeigeführt werden. Wenn ein Theil der jetzigen Kassen die Kranken-Unterstützung schon für 52 Wochen gewähre, so müsse eine Zentralkasse mit ihrer großen Mitgliederzahl erst recht dazu im stande sein. Diese Einrichtung würden sich die Kassen, welche sie eingeführt hätten, so leicht nicht rauben lassen. Er (Redner) sei davon überzeugt, daß sich die betreffenden Mitglieder eher mit einer Erhöhung der Beiträge einverstanden erklären würden, als mit der Herabsetzung der Dauer der Krankenunterstützung.

Sache der Subkommission hätte es sein müssen, statt das mehrfach erwähnte Rundschreiben an die Kassenvorstände zu richten, ein Statut für eine Zentral-Orts-Krankenkasse auszuarbeiten, welches den Forderungen der Arbeiter Rechnung trage, soweit es gesetzlich zulässig sei. Ein solches Statut den Generalversammlungen der bestehenden Kassen zur Abstimmung unterbreitet, würde sicher eine große Mehrheit für die Zentralisation ergeben. Er empfehle deshalb ebenfalls, die Subkommission fortbestehen zu lassen, welche dann die Ausarbeitung eines Statutenentwurfs für ihre rechte Aufgabe halten müßte. In diesem Sinne gearbeitet, würde die geplante Zentralisation sich bald verwirklichen lassen.

Nachdem noch die Bürger-Deputirten Dr. Becker und Steuer und der Magistrats-Assessor Dr. Hamburger für den Antrag der Subkommission eingetreten waren, beschloß die Gewerbedeputation, die Subkommission weiter bestehen zu lassen und die Bestrebungen nach Zentralisation der Orts-Krankenkassen nach Kräften zu fördern.

Sache der Arbeiter wird es nun sein, ihrerseits dafür zu sorgen, daß die Angelegenheit nicht im Sande verläuft, daß der Zusammenschluß der 56 Orts-Krankenkassen Berlins nicht länger ein frommer Wunsch bleibt, sondern recht bald vollendete Thatsache wird.

## Kommunales.

**Die Deputation der städtischen Irrenpflege** hat unter Vorsitz des Stadtraths Struve beschlossen, den Gemeindebehörden die Wiederwahl des Direktors der Irrenanstalt zu Dalldorf, Geheimen Medizinalraths Dr. Sander, des Direktors der Irrenanstalt Herzberge-Lichtenberg, Geheimen Medizinalraths Professor Dr. Moeli, sowie der Oberärzte der Irrenanstalt Herzberge-Lichtenberg Dr. Otto und Dr. Kortum, deren Wahlzeit demnächst abläuft, auf fernere sechs Jahre in Vorschlag zu bringen.

**Des bevorstehenden Neujahrsfestes wegen** werden die städtischen Bureaus und Kassen am nächsten Sonnabend bereits um 1 Uhr mittags geschlossen, mit Ausnahme des Zentralbureaus, das zur Entgegennahme von wichtigen Sachen bis 4 Uhr nachmittags geöffnet bleibt.

## Lokales.

**Die Mitglieder des Wahlvereins Berlin VI.** werden ersucht, an der heute Abend 8 Uhr stattfindenden Flugblattvertheilung regen Antheil zu nehmen und sich zu diesem Zweck ihrem Bezirksführer rechtzeitig zur Verfügung zu stellen. Gleichzeitig diene zur Kenntnißnahme, daß die nächste Generalversammlung am 10. Januar stattfinden wird. Der Vorstand.

**Freie Volksbühne.** Die vom Vorstand und der Ordner-Kommission beschlossene Einrichtung einer neuen 6. Abtheilung erfordert, obwohl zahlreiche Meldungen neuer Mitglieder bereits vorliegen, dennoch die Mitwirkung aller Mitglieder des Vereins, zur baldigen Füllung dieser Abtheilung. Zur Vermeidung finanzieller Schwierigkeiten mögen daher die Mitglieder in ihren Familien- und Bekanntenkreisen für diesen Zweck wirken. Da die erste Vorstellung der 6. Abtheilung bereits bestellt ist, liegt es im Interesse aller Mitglieder, Interessenten baldigst auf unsere Zahlstellen aufmerksam zu machen. Mitglieder zu den anderen Abtheilungen können zur Zeit nicht aufgenommen werden. Ferner werden diejenigen, welche das Recht der Mitgliedschaft behalten wollen, darauf aufmerksam gemacht, ihre Beitragsreste zu berichtigen, da nach dreimonatlicher Rückständigkeit der Beiträge die Mitgliedschaft erlischt. Die Aufnahme neuer Mitglieder erfolgt durch den Vorstand nach der Anmeldung in einer Zahlstelle gegen Hinterlegung des Einschreibegeldes und eines Beitrages von je 65 Pf.

Am Neujahrs-Sonntag beginnt die nächste Serie der Vorstellungen unter Leitung des Ober-Regisseurs A. Steinert und der Gäste Herren Gustav Kober, Aschenbach, Franz Haid vom Lessing-Theater, vom Deutschen Theater Richard Sormeo, Friedrich Kaißler, Fräulein Marie Holgers mit **„Wallenstein's Tod"** von Fr. Schiller. Die Vorstellungen folgen im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater am 1., 8., 15., 22., 29. Januar und 5. Februar, nachmittags 2¾ Uhr.

Der Vorstand.
J. A.: C. Winkler, Kirchhofstr. 46, II, Rixdorf-Berlin.

### Aus den städtischen Anstalten für Verwahrloste

theilt der neueste Jahresbericht der städtischen Waisenverwaltung (pro 1897/98) folgendes mit. Im Erziehungshause für verwahrloste Knaben waren am 31. März 1897 214 Zöglinge, im Laufe des Jahres 1897/98 wurden 142 neu aufgenommen und 205 ehemalige Zöglinge wieder aufgenommen, in derselben Zeit gingen 363 ab, am 31. März 1898 waren 198 in der Anstalt. Unter den neu aufgenommenen Knaben waren 72 zur Zwangserziehung verurtheilte, 41 waren verwahrlost, ohne daß bereits die Voraussetzungen der Verurtheilung zur Zwangserziehung vorlagen, 29 waren verwaist, bezw. verlassen oder obdachlos, wurden aber hier untergebracht, weil für sie die Anstalt ebenfalls geeignet schien. Die Erziehungsmethode ist bei allen 3 Gruppen dieselbe. 73 Knaben waren bei der Aufnahme noch nicht 12 Jahre alt, 57 zwischen 12 und 14 Jahren, 12 Knaben über 14 Jahre. 117 kamen aus dem Elternhause, der Rest aus anderen Anstalten, Waisen-Kostpflege, Lehre, Gefängniß (4). 63 Knaben hatten noch beide Eltern, die aber in 19 Fällen getrennt lebten, 13 nur noch den Vater, 38 nur die Mutter, 4 Vater und Stiefmutter, 14 Mutter und Stiefvater, 10 keine Eltern. Unehelich geboren waren 20, also 14 pCt. (in den letzten Vorjahren zwischen 18—25 pCt.). Das ist verhältnißmäßig sehr viel; denn die Unehelichen machen in Berlin selbst unter den Neugeborenen in der Regel weniger als 14 pCt. aus, und unter den schulpflichtigen Kindern sind sie mit einem noch geringeren Antheil vertreten, da von ihnen in den ersten Lebensjahren weit mehr als von den Ehelichen wegsterben. Von den wieder aufgenommenen ehemaligen Zöglingen kehrten 66 aus Lehre oder Dienst in die Anstalt zurück, die übrigen aus anderen Anstalten, Kostpflege, Lazareth, Gefängniß (19), vom Entlaufen (60) u. s. w. Von den 66 aus Lehre oder Dienst zurückgekehrten Jungen blieben 15 zu weiterer Erziehung in der Anstalt, 1 wurde zu den Eltern entlassen, 17 in ihre Stellung zurückgebracht. Dagegen wurden 15 einem anderen Dienst- bezw. Lehrherrn desselben Berufs übergeben und 18 in einen anderen Beruf gebracht. Vielfach sind also nicht die Jungen schuld an der vorzeitigen Rückkehr aus ihrer Stellung, vielmehr werden oft nicht die geeigneten Berufe bezw. Arbeitgeber für sie ausgesucht. Von den 363 aus der Anstalt abgegangenen Knaben kamen 141 in Lehre oder Dienst, die übrigen kamen in andere Anstalten, Kostpflege, Lazareth, Gefängniß (5), zu den Eltern oder entliefen (72). — Im Erziehungshause für verwahrloste Mädchen waren am 31. März 1897 32 Mädchen (12—18 Jahre alt), 1897/98 wurden 18 aufgenommen (12 neu, 1 wieder; 5 als verwahrlost, 8 als verwaist u. s. w., aber auch für die Anstalt geeignet). In derselben Zeit wurden 20 entlassen (meist in Dienst, auch nach anderen Anstalten u. s. w.), am 31. März 1898 waren 25 in der Anstalt. Unter diesen 25 waren 6 unehelich (24 pCt.), 2 ohne Vater, 4 ohne Mutter, 4 ganz verwaist; bei den übrigen lebten noch beide Eltern, denen aber in 6 Fällen das Erziehungsrecht abgesprochen war. — Ueber die Erfolge der erziehlichen Behandlung schweigt der Bericht der Knabenanstalt, dagegen äußert sich der der Mädchenanstalt hierzu sehr eingehend. Diese Anstalt besteht erst 4½ Jahre. Die Erfolge waren hier „im ganzen günstig", „nicht bei allen Mädchen gleich gut", aber „bei vielen recht gut", doch gab's auch Mißerfolge. Die Mehrzahl „fand sich sehr bald in die geordneten Verhältnisse" und „fühlte sich bei Reinlichkeit und guter Pflege recht wohl". „Es sind wenige, die sich in ihren früheren Sumpf zurücksehnen, in den sie oft durch unglückliche häusliche oder soziale Verhältnisse geriethen." Die meisten „sind gut zu leiten", selbst Träge „arbeiten bald mit Lust und Liebe". Diese den verwahrlosten Kindern in dem Bericht gespendete Anerkennung bedeutet eine Anklage gegen die bestehende Gesellschafts-„Ordnung", die es mit sich bringt, daß so manche Proletarierfamilie in recht ungeordneten Verhältnissen leben muß und so manches Proletarierkind der Gefahr der Verwahrlosung ausgesetzt ist.

---

**Den angehenden Radfahrern** kommt die Polizei mit einer wesentlichen Erleichterung entgegen. Das Polizeipräsidium giebt bekannt: Die polizeilich vorgeschriebenen Fahrkarten für Radfahrer werden vom 1. Januar k. J. ab in Berlin nicht mehr im Bureau des Kommissariats für öffentliches Fuhrwesen, sondern in den Polizeirevier-Bureaus ausgestellt werden. Gesuche um Ausfertigung müssen in den zuständigen Revieren während der Amtsstunden angebracht werden. Da wegen der Erneuerung der alten Fahrkarten noch nichts bekannt gegeben worden ist, scheinen diese auch für nächstes Jahr Geltung zu behalten.

**In den wenigen Zivilistendenkmälern** in der Hauptstadt des Kasernenstaates Preußen soll sich nächstes Jahr ein neues gesellen. Die Enthüllung des Schulze-Delitzsch-Denkmals wird nämlich bei Gelegenheit des nächstjährigen 40. Allgemeinen Genossenschaftstages, der Anfang August in Berlin abgehalten wird, geplant. Das Denkmalkomitee hat bereits an den Magistrat den Antrag gestellt, den für die Errichtung des Denkmals bestimmten Platz am Treffpunkte der Insel-, Neuen Jakob- und Köpenickerstraße herrichten zu lassen. Ob nun nicht doch noch von der solcher Denkmäler ganz ungewohnten Regierung einige Schwierigkeiten erhoben werden, mag dahingestellt bleiben.

**Vom Statistischen Jahrbuch der Stadt Berlin** ist soeben der neue dreundzwanzigste Jahrgang erschienen. Er umfaßt die Statistik des Jahres 1896 nebst den weiteren Ergebnissen der beiden Volkszählungen vom Jahre 1895. Gegen das Vorjahr ist der Band nur um wenige Seiten, von 595 auf 613, gewachsen. Auch der Inhalt des Jahrbuchs hat keine wesentliche Erweiterung erfahren. Dagegen sind die in den letzten Jahrgängen anhangsweise mitgetheilten Ergebnisse der Volkszählung von 1895 und die an diese sich anschließenden Untersuchungen über die kriminelle Bestrafung der Bevölkerung und über die Arbeitslosigkeit fortgesetzt worden. Bearbeitet ist das neue Jahrbuch wieder vom Herausgeber, Direktor R. Böckh, Direktorial-Assistent Dr. Hirschberg, Heinecke, Dr. Meinerich, Saudner und Dr. Kuczinski.

**Vor einer gewissen Sorte von Krankenkassen** ist schon häufig in der Arbeiterpresse gewarnt worden; leider nicht immer mit dem wünschenswerthen Erfolg. Unser Dresdener Parteiblatt berichtet jetzt über einen Fall, in dem die örtliche Leitung der Kranken-Zuschußkasse sämmtlicher Berufs- und Erwerbszweige Deutschlands (Sitz Berlin) eine fragwürdige Rolle spielt. Einem erkrankten Steinmetzen war die beanspruchte Unterstützung unter ungehörigem Vorwand vorenthalten worden. Der Vertreter der Kasse am Orte, ein Herr v. Oertzen, wurde darauf aufmerksam gemacht, daß in dieser Handlungsweise, ganz abgesehen von den Verletzungen des Krankenversicherungs-Gesetzes, ein Vergehen gegen § 263 des Strafgesetzbuchs enthalten sei, und daß nicht nur Anzeige erstattet würde, sondern auch der geschädigte Arbeiter auf dem Wege der Zivilklage sich helfen würde. Der Herr erwiderte auf diese Vorhaltungen: „Ich selbst habe manche Bedenken gegen die Kasse und ist es mir ganz lieb, wenn die Geschichte vor Gericht einmal zum Austrag kommt." Und als der Kranke darauf hinwies, daß eine Besprechung dieser Verhältnisse in der „Arbeiter-Zeitung" jedenfalls der Kasse viele Mitglieder abwendig, sie vielleicht überhaupt in Dresden unmöglich mache, hatte der Agent nur die Antwort: „Es schadet gar nichts, wenn die Steinmetzen in Masse austreten, die nehmen sowieso die Kasse jetzt im Winter in Anspruch." Gespannt darf man sein, welchen Ausgang die oben erwähnten Prozesse nehmen.

**Zur Invaliditäts- und Altersversicherung.** Die im Jahre 1895 ausgestellten Quittungskarten müssen noch vor Ablauf dieses Jahres umgetauscht werden, damit sie ihre Giltigkeit nicht verlieren. Es ist dabei gleich, ob sie bereits mit Marken beklebt sind oder nicht. Im Herbst entlassene Reservisten haben die Karten zugleich mit dem Militärpaß vorzulegen, um die abgedient Militärzeit, welche bekanntlich als „geklebt" berechnet wird, in die Karten eintragen zu lassen. Die Giltigkeit der nicht rechtzeitig umgetauschten Karten wird im allgemeinen nachträglich nicht mehr anerkannt.

**Vorortverkehr in der Sylvesternacht.** Vom Wannsee-Bahnhof verkehrt in der Nacht des 31. Dezember ein Sonderzug um 12 Uhr 50 Minuten und einer um 1 Uhr 45 Minuten bis Zehlendorf, auf der Anhalter Bahn gehen Sonderzüge um 1 Uhr und 1 Uhr 45 Minuten nach Groß-Lichterfelde. Auf der Stadt- und Ringbahn scheint man auch in der kommenden Neujahrsnacht keine Extrazüge einrichten zu wollen.

**Die Direktion der Großen Berliner Straßenbahn-Gesellschaft** wird für die Sylvesternacht einen besonderen Fahrplan herausgeben. Der Nachtbetrieb wird bis gegen 3 Uhr morgens auf den Hauptstrecken erhalten bleiben, so daß in dieser Nacht der Straßenbahnbetrieb im ganzen nur etwa 1½ Stunden ruhen wird.

**Militärische Zurückstellungsgesuche.** In Gemäßheit des § 123 ad 2 der deutschen Wehrordnung vom 22. November 1888 macht die Ersatzkommission bekannt, daß die verstärkten Ersatzkommissionen zur Entscheidung über Gesuche um zeitweise Zurückstellung bei nothwendigen Verstärkungen oder Mobilmachungen bezw. bei Bildung von Ersatztruppentheilen am 5. April 1899 ihre nächste Sitzung halten werden. Diejenigen in Berlin wohnenden Mannschaften der Reserve, Marinereserve, Landwehr, Seewehr, Ersatzreserve und Marine-Ersatzreserve, welche auf Zurückstellung Anspruch machen, werden aufgefordert, ihre Gesuche unter Angabe ihrer Militärverhältnisse und der Nummern, unter denen sie in den Listen der kgl. Bezirkskommandos I—IV Berlin geführt werden, im Laufe des Monats Januar 1899 beim Militärbureau des hiesigen Magistrats einzubringen. Ebenso werden die auf Zurückstellung Anspruch machenden und sich hier aufhaltenden ausgebildeten Landsturmpflichtigen des zweiten Aufgebots aufgefordert, ihre Gesuche unter Angabe ihrer bisherigen Militärverhältnisse in der angegebenen Zeit bei dem bezeichneten Bureau einzureichen. Hierbei wird ausdrücklich bemerkt, daß die bereits früher berücksichtigten Mannschaften ihre Anträge auf weitere Zurückstellung im Bedarfsfalle zu erneuern haben und die nach dem 31. Januar k. J. eingehenden Gesuche nicht berücksichtigt werden können.

**Den Tod im Wasser** suchte vorgestern Abend ein unbekannter Mann, indem er sich von der Waisenbrücke in die Spree stürzte.

**Von einem Zechpreller** gebissen wurde gestern Nachmittag der Schankwirth Karl Kolms aus der Mühlenstraße 88. Bei ihm kehrten um 4½ Uhr zwei Männer ein, ein älterer und ein jüngerer, und tranken jeder zwei Glas Bier und einen Schnaps. Nach ungefähr einer Stunde wollten sie aufbrechen, ohne zu bezahlen. Als der Wirth sie an die Zeche erinnerte, behaupteten sie, schon bezahlt zu haben. Da sie frech waren und lärmten, verzichtete der Wirth auf das Geld und drängte die unangenehmen Gäste zur Thür hinaus. Nun versuchte einer der Kerle von draußen die Thür mit dem Fuße einzustoßen. Das wollte sich Kolms denn doch nicht gefallen lassen. Er ging hinaus, packte den zunächst stehenden Störenfried und nahm ihm, um sich jetzt Deckung für die Zeche zu verschaffen, eine goldene Damenuhr mit Nickelkette und den Hut ab. Hierbei biß ihn der Mann und verletzte ihm den Goldfinger der rechten Hand so schwer, daß das erste Glied von einem Arzte abgenommen werden mußte, das zweite hängt auch nur noch lose am Finger, kann aber voraussichtlich erhalten bleiben. Der Gebissene ist bettlägerig krank geworden. Die beiden Zechpreller sind entkommen und werden von der Polizei gesucht. Die Uhr ist wahrscheinlich gestohlen: sie trägt die Nr. 55 749; darüber befindet sich ein Stiefmütterchen, unter der Nummer ein Strich und unter diesem die Zahl 4.

**Aus Furcht vor Strafe** hat sich der Friseur und Barbier Paul Georgi aus der Fürstenstr. 13 mit Sublimat vergiftet. Er wird mehrerer Sittlichkeitsverbrechen gegen kleine Schülerinnen beschuldigt. Der 28 Jahre alte Mann war erst seit Anfang November dieses Jahres verheirathet und selbständig. Seine Frau hatte von dem Treiben ihres Mannes keine Ahnung. Die Mutter eines Mädchens, an dem Georgi sich vergangen hatte, machte gestern Vormittag auf dem Bureau des 42. Polizei-Reviers Anzeige. Bald darauf erschien in der Wohnung der Kriminalbeamte des Reviers und bestellte den Friseur zur Wache. Georgi ging nun aus dem Geschäftsladen in die Privatwohnung und sagte zu seiner Frau, daß er sich anziehen wolle. Als er nicht wieder zum Vorschein kam, wollte die Frau schließlich einmal nachsehen und fand nun ihren Mann als Leiche wieder. Wiederbelebungsversuche, die zwei Aerzte anstellten, hatten keinen Erfolg.

**Von der Staatsanwaltschaft beschlagnahmt** ist die Leiche des Handelsmannes Hermann Scheer aus der Hagenauerstr. 10. Scheer wurde am Montag todt im Bette gefunden.

**Ein unfreiwilliges Spreebad** nahm Mittwoch früh der Fleischermeister J. aus Charlottenburg. Er befand sich mit seinem Fuhrwerk auf dem Wege nach der Zentral-Markthalle, als kurz vor der Museumsbrücke sein Pferd scheute und durchging. Dabei schleuderte der Wagen gegen den an der Brücke befindlichen eisernen Laternenständer mit solcher Wucht, daß J. in weitem Bogen über das Brückengeländer hinweg in die Spree flog. Glücklicherweise befand sich der Schiffer Schröter aus Topkwitz mit seinem Obstkahn in der Nähe der Unfallstelle. Er und sein Gehilfe Löser eilten dem J. im kleinen Kahne zu Hilfe, brachten ihn in ihre Kabine und sorgten für trockene Kleidung. Das Pferd war die Neue Friedrichstraße entlang bis zur Zentral-Markthalle gerast, wo es erst zum Stehen gebracht werden konnte. J. hat eine starke Verletzung am Kopfe davongetragen.

**Opfer eines Unfugs.** Neuerdings sind wieder mehrfach Unfälle vorgekommen, deren Ursache achtlos auf den Bürgersteig geworfene Fruchtschalen und Kerne sind. Namentlich mit Apfelsinenschalen wird dieser Unfug stark getrieben. Auf einer solchen glitt vorgestern, Dienstag, Abend in der Fehrbellinerstraße der pensionirte Postbeamte W. aus und stürzte so unglücklich zu Boden, daß er sich einen Bruch des linken Fußknöchelgelenks zuzog und mittels Droschke nach seiner Wohnung in der Chorinerstraße gebracht werden mußte.

**Durch die muthige That** eines Radfahrers wurde gestern Nachmittag ein junges Menschenleben gerettet. Als das fünfjährige Töchterchen der Sager'schen Eheleute an dem Schnittpunkt der Andreas- und Großen Frankfurterstraße den Damm überschreiten wollte, strauchelte es über die Pferdebahnschienen und kam auf dem Geleis zu Fall. In demselben Augenblick aber sauste durch die Andreasstraße ein elektrischer Straßenbahnwagen heran und das Kind wäre sicher überfahren worden, hätte nicht ein Radfahrer, der Mechaniker Schlözer, Friedenstr. 54 wohnhaft, die Situation sofort erfaßt. Schnell lenkte er sein Rad auf das Kind zu und es gelang ihm auch, dasselbe noch kurz vor dem Wagen zu erreichen und zu sich emporzuziehen. Leider vermochte er nicht mehr dem Wagen auszuweichen, derselbe ergriff das Hinterrad seiner Maschine und schleuderte ihn auf die Bordschwelle der Straße. Während das Kind mit einigen Hautabschürfungen davonkam, erlitt der muthige Retter außer einem Knöchelbruch nicht unerhebliche Verletzungen im Gesicht und an den Händen, so daß man ihn mittels Droschke in seine nahe gelegene Wohnung schaffen mußte.

**In der klaren Winternacht** zu gestern war die Mondfinsterniß außerordentlich gut zu beobachten. Eine bevorzugte Gelegenheit, dies Naturschauspiel wahrzunehmen, bot sich den Mitgliedern des Vereins von Freunden der Treptow-Sternwarte, die sich am Abend im Bürgersaal des Rathhauses zu einem vom Direktor Archenhold gehaltenen Vortrag versammelt hatten, um dann nach Treptow hinauszufahren. Hier wurde die Finsterniß auf der oberen Plattform der Sternwarte unter sachkundiger Leitung observirt.

**Die Arbeiter-Gesangvereine** „Kreuzberger Harmonie", „Freie Liedertafel", „Norddeutsche Schleife" und „Sorgenfrei" veranstalteten [illegible] 27. d. M. in der Aktienbrauerei Friedrichshain ein [illegible] bei dem sie von dem Symphonie-Orchester unter Leitung des Herrn H. Gratz in trefflichster Weise unterstützt wurden; besonders zeichnete sich das Streichquartett aus. Von besonderer Bedeutung war aber dieses Konzert dadurch, daß die Gesangvereine das Oratorium von Max Bruch: „Frithjof" zur Aufführung brachten, ein Werk, dessen korrekte und stimmungsvolle Wiedergabe große Ansprüche an die Schulung des Chors stellt. Herr Musikdirektor H. Bleil hatte die mühevolle und langwierige Einstudirung des Bruch'schen Werkes übernommen und erntete wie die genannten Gesangvereine für die durchaus achtenswerthe Leistung wohlverdienten und lebhaften Beifall, der von der außerordentlich zahlreichen Zuhörerschaft auch der Konzertsängerin Frau Petterson-Münnich, welche die Ingebor'g sang, und Herrn Oratoriensänger A. Pfitzner (Frithjof) zu theil wurde. Die Aufführung litt, trotz der musterhaften Ruhe, die von den Zuhörern bewahrt wurde, unter der ungünstigen Akustik des Saales. Da dieser immer mehr für künstlerische Aufführungen in Anspruch genommen wird, entspräche die Verwaltung einem lebhaften Wunsche der Sänger wie des Publikums, wenn eine baldige Abänderung dieses Mißstandes herbeigeführt würde. —

**Die Volks-Hochschule Humboldt-Akademie** hat soeben ihr Lehrprogramm für das am 9. Januar n. J. beginnende Lehrquartal erscheinen lassen. Es enthält die Anzeigen von 82 populärwissenschaftlichen Vortragszyklen und Unterrichtskursen aus allen Wissensgebieten, welche in den Lehrstätten NW., W. und W II. (Architektenhaus) von 44 Dozenten vor Herren und Damen abgehalten werden. Im Herbstquartal wurden in den 5 Berliner Lehrstätten (die Programme für S. und NO. erscheinen gesondert) zusammen 101 Zyklen und Kurse von 3285 eingeschriebenen Hörern besucht, eine Zunahme von 22 Zyklen und 735 Hörern gegen das Herbstquartal 1897, zum Beweise, daß auch die Konkurrenz ähnlicher Veranstaltungen das Fortschreiten der seit zwei Jahrzehnten wirkenden Humboldt-Akademie nicht beeinträchtigt. Gerade die großentheils von den arbeitenden Klassen besuchten „volksthümlichen Vortragsreihen" in den Lehrstätten S. und NO. weisen einen besonders starken Zuwachs auf. Im neuen Quartal werden neben den meisten bisherigen Dozenten als neugewonnene Lehrkräfte ihre Thätigkeit beginnen die Herren Direktor F. S. Archenhold für Astronomie, Dr. R. Burdinski für Nationalökonomie, Dr. Mich. Cohn für Säuglings- und Schulhygiene, Dr. E. Schwedeler-Meyer für Kunst- und Kunstgewerbe-Geschichte, Dr. M. Wittenberg für Staatswissenschaften; außerdem, wieder eintretend: Professor Dr. W. Parow für englische Verfassungsgeschichte. Die neuen Programme sind zu 10 Pf. käuflich im „Invalidendank" und in den

Bureaus der Akademie, den Buchhandlungen von Skopnik, Dorotheenstraße 8 (am Kastanienwäldchen, nicht mehr B. Behr, Unter den Linden) E. Haase, Potsdamerstr. 118a, Selmar Hahne, Prinzenstr. 54, und Th. Fröhlich, Landsbergerstr. 32.

**Die volksthümliche Kunstausstellung im Bürgersaale** des Rathhauses war Sonntag außerordentlich besucht. Es waren zum größten Theil Mitglieder der Neuen Freien Volksbühne, die sich eingefunden hatten und Dr. Bruno Wille hielt um 3½ und 4½ Uhr den erläuternden Vortrag. An die beiden Vorträge schloß sich eine lebhafte Unterhaltung mit den Besuchern, die in angeregtester Weise ihre Fragen stellten. Wille und der künstlerische Leiter der volksthümlichen Kunstausstellungen, Otto Feld, hatten vollauf zu thun, um die wißbegierigen Frager zu befriedigen. Die 1. Serie der Kunstausstellung, in der sich Werke von ersten Meistern, wie Fechner, Herrmann, Herter, Klein, Leistikow, Meyerheim, Scheurenberg, Skarbina, Stassen, Uhde, Vogel befinden, wird nur noch einmal Sonntag, den 1. Januar 1899, zu sehen sein. Am 8. Januar soll die 2. Serie zum ersten Male vorgeführt werden. Der Kreis der „Führer" wächst mit jedem Tage. Zu den Herren Dr. Osborn und Fritz Stahl ist nun auch Dr. Bruno Wille getreten und einige andere haben sich für die weiteren Serien gemeldet. Der Leiter der Ausstellungen, Otto Feld, ist stets zugegen und widmet sich der Führung mit großer Begeisterung.

**Theater.** Im Deutschen Theater geht am Sylvesterabend neu einstudirt „Lumpazi vagabundus" in Szene. Von dem lustigen Kleeblatt der Handwerksburschen wird der Schuster Knieriem zum ersten Mal von Hanns Fischer dargestellt; den Schneider Zwirn und den Tischler Leim spielen wie früher Josef Kainz und Rudolf Rittner. — Im Schiller-Theater beginnt die Aufführung von Grillparzer's dramatischem Märchen „Der Traum ein Leben", die heute Nachmittag stattfindet, um 3 Uhr. Diese Schiller-Ferien-Vorstellung findet, wie bereits mitgetheilt, zu kleinen Nachmittagspreisen statt. — Olympia-Theater. „Dornröschen" geht in dieser Woche mit Ausnahme des Freitags, an jedem Nachmittag in Szene. Diese Vorstellungen beginnen um 3½ Uhr. Die Donnerstag-Nachmittag-Vorstellung findet zum Besten des Vereins für Kinder-Volksküchen statt.

**Feuerbericht.** Ein gefährlicher Kellerbrand, der Mittwoch früh 4 Uhr An der Stralauer Brücke 8 zum Ausbruch kam, machte infolge starker Verqualmung der Wehr viel zu schaffen. Es brannte ein großer Posten Zeltstoffe und Wagenplane, und den Löschmannschaften war ein Vordringen zum Brandherde nur mittels Rauchhelme möglich. Das Feuer konnte dann in einer Stunde mit zwei Schlauchleitungen abgelöscht werden. Kurz vorher hatte Pallisadenstraße 61 eine Holzwand Feuer gefangen. Müllerstraße 138 gingen Kleidungsstücke in Flammen auf, während Rüdersdorferstr. 54 der Fußboden in der Küche eingeäschert wurde. Nachmittags waren Ackerstr. 44 und Blumenstr. 55 Zimmerbrände zu beseitigen, die Gardinen und Möbel zerstörten. Dienstag Abend erfolgte Alarm nach Schwatzkopfstr. 2, wo ebenfalls ein Zimmerbrand ausgebrochen war. Bei den Löschungsversuchen erhielt die Wohnungsinhaberin Brandwunden im Gesicht. Schwedterstr. 48 verbrannte am selben Abend ein Weihnachtsbaum.

## Aus den Nachbarorten.

**Die geplante Einverleibung Friedenaus in Schöneberg** hat in Verbindung mit der noch in der Schwebe befindlichen Frage des Ausscheidens der Stadt Schöneberg aus dem Kreise Teltow für den Kreisausschuß und speziell den Landrath eine ganz eigenthümliche Lage geschaffen. Bekanntlich sträubt sich der Landrath Studenrauch mit äußerster Entschiedenheit dagegen, daß außer Schöneberg und Rixdorf noch weitere Vororte „seines" Kreises die Stadtrechte erlangen und aus letzterem ausscheiden, damit dem Kreise von den ergiebigen Steuerquellen, welche die Vororte bilden, nicht noch weitere versiegen. Aus diesem Grunde wird auch das Bestreben der Gemeinde Friedenau, die bei ihrer geringen Ausdehnungsfähigkeit kaum jemals die nöthige Einwohnerzahl (25 000) zum selbständigen Ausscheiden aus dem Kreise erlangen dürfte, in ihre nächste und größte Nachbarstadt Schöneberg aufzugehen, um mit dieser aus dem Kreise herauszukommen, vom Landrathe aufs heftigste bekämpft. Und namentlich ist derselbe bemüht, zu verhindern, daß diese Absicht, welcher auch die Stadt Schöneberg sehr sympathisch gegenüberstehen, der Gemeinde Friedenau gelingt, bevor das Ausscheiden Schönebergs erfolgt ist, weil bis zu diesem Moment der Zusammenschluß der beiden Kommunen noch sehr leicht zu vollziehen wäre und fast nur von der Entscheidung des Bezirksausschusses abhinge, während später, sobald eben Schöneberg einen eigenen Stadtkreis bildet, die Eingemeindung Friedenaus in diesen, mit welcher zugleich dann ja auch dessen Ausscheiden aus dem Landkreise Teltow geschehen müßte, nur auf gesetzlichem Wege vollzogen werden könnte, was natürlich wesentlich langsamer von statten gehen würde, so daß dann Friedenau noch länger in dem Kreise festgehalten würde. Nun sind andererseits aber die Verhandlungen, welche Schöneberg seines Ausscheidens aus dem Kreise wegen mit diesem angebahnt hat, bisher an der hohen Abfindungsforderung des Landraths (2 250 000 M.) und an der konsequenten Weigerung desselben, auf die bedeutend niedrigeren „Gegenvorschläge" Schönebergs nur im mindesten einzugehen, vollständig gescheitert, so daß die Stadt bei dem Bezirksausschuß hat den Antrag stellen müssen, Schöneberg zum 1. April 1899 auf der Basis seiner Gegenvorschläge vorbehaltlich der nachträglichen endgiltigen Auseinandersetzung mit dem Kreise als ausgeschieden zu erklären. Der Landrath will also Schöneberg so lange im Kreise festhalten, bis die Stadt unweigerlich der Forderung von ihm verlangte Abfindung in voller Höhe zu zahlen, so daß, wenn es nach dem Willen des Landraths ginge, Schöneberg wohl noch ein oder zwei Jahre in dem Kreise bleiben müßte. Hierdurch würde jedoch der Gemeinde Friedenau eine mehr als ausreichende Zeit geboten, ihre Eingemeindung in Schöneberg auf dem Wege einfacher Entscheidung des Bezirksausschusses zu betreiben, was der Gemeinde vielleicht nicht gelingen wird, wenn Schöneberg bereits am 1. April 1899 vom Kreise freikommt.

**Die von dem Barbier Friedrich Busse** in Charlottenburg ermordete Person ist durch deren Wirthin als die 22jährige Kellnerin Sidonie Herrmann festgestellt worden. Sie wohnte bis zum 24. Oktober in Berlin, zog dann nach der Kantstraße in Charlottenburg und war zuletzt dort in der Cauerstraße in Stellung. Durch diese Personenfeststellung wird die Behauptung Busse's, daß er das Mädchen ohne Ueberlegung getödtet habe, stark erschüttert. Es gewinnt nach den Ermittelungen, die bisher über das Leben der Getödteten gemacht werden konnten, den Anschein, als ob der Barbier die That mit Vorbedacht verübt habe. Wie ferner mitgetheilt wird, hat die Herrmann ein Verhältniß mit einem Studenten unterhalten, der augenblicklich auf Ferien ist. Ihre Bekannten behaupten, daß sie ausschließlich zu diesem jungen Manne gehalten, sich mit anderen nicht eingelassen habe. Am ersten Feiertag schickte der Student ihr Geld und einen Brief. Am zweiten Feiertage verließ sie gegen 10 Uhr vormittags ihre Wohnung und traf um 11 Uhr im Geschäft ein. Hier war sie bis abends um 10 Uhr thätig. Fünf Minuten später ging sie weg, nachdem sie mit einem Unteroffizier den Besuch eines Tanzsaales verabredet hatte. Als sie das Geschäft verließ, hatte sie über 10 M. in ihrem Portemonnaie. Bei der Leiche fand man das Portemonnaie ziemlich leer; es enthielt nur noch 30 Pf. Busse behauptete nun von Anfang an, er habe das Mädchen von der Straße weg mitgenommen und sei mit ihm in der Wohnung nicht einig geworden. Darüber habe es Streit gegeben, der zu dem verhängnißvollen Ausgange geführt habe. Diese Darstellung erscheint denen, die das Mädchen kennen, haltlos. Die Herrmann, bekunden sie, würde wohl schwerlich von der Straße weg Jemanden begleitet haben. Dazu kommt, daß sie nach der Bekundung ihrer Wirthin an jenem Tage leidend war. Man nimmt vielmehr an, daß Busse sie im Tanzsaal kennen lernte und unter irgend einem Vorwande, vielleicht auch nachdem er sie betrunken gemacht hatte, in seine Wohnung zu locken wußte. Busse bleibt hartnäckig dabei, daß er das Mädchen auf der Straße getroffen und mitgenommen habe. Er habe am Abend des zweiten Feiertags mehrere Wirthschaften am Stuttgarter Platz besucht und sei erst spät heimgegangen. Die Prüfung seiner Angaben nimmt viel Zeit in Anspruch. Gestern Nachmittag wurde Busse in einer Droschke nach Charlottenburg in das Obduktionshaus gebracht, um der Leiche gegenübergestellt zu werden. Um 2 Uhr wurde Busse in das Untersuchungsgefängniß zurückgebracht.

**Ein trauriger Unglücksfall hat sich am zweiten Feiertag** Abend in Schöneberg auf der elektrischen Straßenbahn ereignet. Als um etwa ½7 Uhr ein Akkumulatorwagen der Linie: Alexanderplatz—Schöneberg mit einem Anhängewagen von Berlin her nach der Maxstraße zu die Tempelhoferstraße passirte, spielten dort eine Anzahl Knaben mitten auf der Straße, und einer derselben, der 12 Jahre alte Sohn des in der Hauptstr. 99 wohnenden Buchdruckereibesitzers H., wollte im Uebermuth auf den ziemlich schnell vorbeifahrenden Akkumulatorwagen aufspringen. Er verfehlte dabei aber das hohe Trittbrett zum Hinterperron, stürzte zu Boden und wurde, bevor von den Fahrgästen noch jemand wußte, was vor sich ging, von dem nachfolgenden Anhängewagen über beide Beine gefahren. Die entsetzt hinzueilenden Augenzeugen des Vorfalles hoben den Knaben, dem das rechte Bein über dem Gelenk vollständig zermalmt und das linke an derselben Stelle schrecklich zerquetscht war, sorgsam auf und trugen ihn zu einem mit im Hause seiner Eltern wohnenden Arzte, der zum Glück zu Hause war und ihm schleunigst einen Nothverband anlegen konnte. Dann wurde der unglückliche Knabe, dem wenigstens der rechte Fuß kaum erhalten bleiben wird, in einem Wagen der Unfallstation nach dem Elisabeth-Krankenhause gebracht. Den Schaffner des Akkumulatorwagens trifft an dem Unfall keine Schuld.

**Ein von seinen Trägern verlassener Sarg mit einer Frauenleiche,** der auf dem Bürgersteig vor dem alten Thomas-Kirchhofe in der Hermannstraße zu Rixdorf aufgefunden wurde, rief, wie nachträglich berichtet wird, am Weihnachtsheiligabend unter den zahlreichen Passanten große Aufregung hervor. Die telephonisch von dem merkwürdigen Funde benachrichtigte Polizei ließ den Sarg sofort nach der Leichenhalle des neuen Rixdorfer Kirchhofes schaffen. Wie die polizeilichen Recherchen ergeben haben, handelte es sich um die Leiche der Frau des Steinsetzers Br. aus der Wrangelstraße, welche mittels eines von vier Trägern begleiteten Leichenwagens nach Rixdorf gebracht worden war, um bis zur Beerdigung in die Leichenhalle des genannten Kirchhofes eingestellt zu werden. Da sich jedoch die über die Todte ausgestellten Legitimationspapiere nicht in gehöriger Ordnung befanden, so wurden die Träger vom Kirchhofsinspektor mit ihrem Anliegen abgewiesen, obwohl sie sich zur Zahlung der Gebühren bereit erklärten. Da während der mit dem Kirchhofsbeamten gepflogenen Verhandlungen der Leichenwagen wieder nach Berlin zurückgefahren war, so stellten die Träger den Sarg kurz entschlossen direkt vor dem Kirchhofe auf das Trottoir und entfernten sich dann, um in einem Lokale der Kopfstraße in Rixdorf einen Trunk zu sich zu nehmen. Hier wurden sie später von einem Gendarmen angetroffen, welcher ihre Personalien feststellte. Eine Strafanzeige gegen sie ist bereits erstattet. — Die weitere Frage, ob das Verfahren des Kirchhofsinspektors nach Lage der Dinge korrekt war, wird hoffentlich an zuständiger Stelle eingehend geprüft werden.

**Um die Freigabe der ganzen Sylvesternacht** sowie der Nacht vom 1. zum 2. Januar bis zwei Uhr waren die Gastwirthsvereinigungen der östlichen Vororte bei den Amtsvorstehern vorstellig geworden; sie sind aber abschlägig beschieden worden. Eine einheitliche Befreiung aller Gast- und Schankwirthschaften von der Polizeistunde sei für die beiden Nächte unthunlich, doch sollen die Gesuche der einzelnen Wirthe sorgfältig geprüft und nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Inwieweit bei dieser „Möglichkeit" an bestimmten Orten die „gute Gesinnung" der Wirthe eine Rolle spielt, wird sich vielleicht bald ergeben.

**Eine 18 Centimeter im Durchmesser große Kanonenkugel** aus rothbrannem Stein, die anscheinend aus einem schwedischen großkalibrigen Geschütz zur Zeit des 30jährigen Krieges abgeschossen wurde, hat man auf der Feldmark des Rittergutes Kotzen im Kreise Westhavelland ausgegraben. Sie wurde abgeschliffen und polirt, um dem märkischen Museum überwiesen zu werden.

## Gerichts-Zeitung.

**Um die Pietät vor dem Tode** handelte es sich bei einer gestern vor dem hiesigen Schöffengericht verhandelten Privatklage des Kommerzienraths Leichner wider den Redakteur der „Berliner Zeitung", Rudolf Klahre. Am Sonntag, den 15. Mai, fand die Beerdigung des pensionirten Schutzmanns Bodenstein statt, der seit 14 Jahren im Hause des Kommerzienraths Leichner, Schützenstraße 31, Hof 3 Treppen, wohnte. Eine Abordnung des Veteranenvereins, dem der Verstorbene angehörte, gab ihm das letzte Geleit. Als die Träger den Sarg die enge Treppe hinabgetragen hatten, wollten sie ihn durch den Haupteingang zur Straße tragen, der Portier erklärte aber dem Führer der Veteranen-Abordnung, daß er dies nicht gestatten dürfe, die Leiche vielmehr durch den tunnelartigen Nebeneingang, zu welchem acht Stufen hinunter und dann wieder hinauf führen, getragen werden müsse. Das ist denn auch geschehen. — Ueber diesen Vorfall brachte die „Berl. Ztg." in ihrer Nr. 226 einen kurzen Bericht, der für den Kommerzienrath Leichner nicht schmeichelhaft war und mittheilte, daß die Aufregung des Trauergefolges über diese Pietätlosigkeit groß gewesen sei und sich in lauten Bemerkungen Luft gemacht habe. — Kommerzienrath Leichner sandte darauf eine Berichtigung, wonach die Verweigerung der Passage durch das Hausportal keineswegs auf seine Anordnung zurückzuführen sei; an diese Berichtigung knüpfte aber die „Berl. Ztg." abermals eine für Herrn L. nicht schmeichelhafte Bemerkung. In der gestrigen Verhandlung wurde zunächst festgestellt, daß in der That Herr Kommerzienrath Leichner keinen direkten Befehl zur Verweigerung des Durchgangs durch das Hauptportal gegeben hat, auch von keiner Seite ihm der Wunsch vorgetragen worden ist, die Leiche durch den Haupteingang zu tragen. Der Portier hat nur die allgemeine Anweisung, Personen mit großen Gepäckstücken 2c. auf den Nebeneingang zu verweisen. Andererseits ergab die Beweisaufnahme durch Vernehmung des Führers der Abordnung, Herrn Weise, daß der Portier direkt gesagt habe, er habe vom Kommerzienrath den Befehl, die Leiche nicht durch den Thorweg, sondern durch den Kellereingang bringen zu lassen und daß der Sohn des Herrn Leichner dem Portier zugerufen habe: „Sie kennen doch Ihre Instruktion!" Herr Weise bekundete auch, daß der Vorfall thatsächlich das Trauergefolge in Aufregung versetzt habe. — Rechtsanwalt Dr. Halle beantragte daraufhin die Freisprechung des Angeklagten. Der Gerichtshof verurtheilte den Angeklagten zu 50 M. Geldstrafe event. 5 Tagen Gefängniß und sprach dem Kläger die Publikationsbefugniß zu. Die Strafe — so führte der Vorsitzende aus — würde zweifellos ganz gering ausgefallen sein, wenn das Verhalten des Portiers gegenüber der Leiche auf die Initiative des Privatklägers zurückzuführen wäre. Das sei aber in keiner Weise dargethan. Jedenfalls wäre es besser gewesen, einen solchen Vorfall zu vermeiden, was aber nicht in der Hand des Klägers gelegen habe. Andererseits habe sich der Beklagte in gutem Glauben befunden, da er nach den Worten des Portiers annehmen konnte, daß dessen Verhalten auf eine Anweisung des Klägers zurückzuführen sei.

**Das Schwurgericht** des Landgerichts I wird bereits am Montag, den 2. Januar, eine neue Tagung unter dem Vorsitze des Landgerichtsraths Kempfer beginnen. Als erste Sache wird gegen Seifenhändlerin Bertha Dormann verhandelt werden, welche des versuchten Mordes, begangen am 26. September d. J. gegen die Wirthschafterin Meta Heilmann beschuldigt ist. Am 5. und 6. Januar wird der umfangreiche Meineidsprozeß zum Nachtheil der Preußischen Hypotheken-Aktienbank gegen den Kupferschmiedemeister Barschow stattfinden. Die Verhandlung soll interessante Streiflichter auf die Verhältnisse unseres modernen Baulebens werfen.

**Ein Vaterlandsretter.** Der „Dziennik Kujawski" berichtet aus Inowrazlaw: Zu einem Dorfe fand im vergangenen Sommer ein Sommerfest des dortigen polnischen Rustikalvereins statt. Zwei Bauern (Mitglieder des genannten Vereins) haben aus diesem Anlaß auf einen Bogen weißen Papiers eine Begrüßung der erschienenen Gäste mit rother Tinte niedergeschrieben und diese an sichtbarer Stelle des Festortes angeheftet. Nachdem der Gendarm die verbotenen und infolge dessen strafbaren Farben gesehen hatte, ließ er das Blatt Papier sofort entfernen, weil, wie er meinte, mit rothe Tinte nicht geschrieben werden darf.

## Versammlungen.

**Die Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker** hielt am 20. d. M. ihre Monatsversammlung ab. Als Revisoren für 1899 wurden die Mitglieder Wernsdorf, Pascholl und Longaro gewählt. Die Entscheidung über die Krankenkasse wurde bis zur nächsten Versammlung vertagt, desgleichen die Verlegung des Börsenlokals. Die Sperre über das Lokal Nieft ist für die Mitglieder mit dem 20. Dezember aufgehoben.

**Arbeiter-Bildungsschule, Annenstr. 16,** Saal 1 Treppe. Wiederbeginn der Vortragsabende in Nationalökonomie am Montag, den 16. Januar (Vortragender: Schriftsteller Richard Calwer); in Redeübungen am Donnerstag, den 19. Januar (Vortragender: Rechtsanwalt Dr. Roth; in Geschichte am Freitag, den 20. Januar (Vortragender: Schriftsteller Dr. Rudolf Steiner). Die Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr und in der Pause geöffnet. Beginn des Unterrichts 9 Uhr, Ende ½11 Uhr. Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf.; Unterrichtsgeld jedes Fach per Kursus 1 M. Aufnahmen finden statt am besten bei Beginn der Schule im Schullokal Annenstr. 16 und in folgenden Zahlstellen: Gottfr. Schulz, Admiralstr. 40a; Reul, Barnimstr. 42; Schiller, Rosenthalerstraße 57; Gleinert, Müllerstr. 7a. Vorsitzender: Hermann Lamm, Tempelhof-Berlin, Berlinerstr. 36, Kassirer H. Königs, S 59, Dieffenbachstraße 30.

**Magnetische Gesellschaft Nordost.** Heute Abend 8 Uhr Landsbergerstraße 37 Familienabend.

**Verband deutscher Barbiere, Friseure und Perrückenmacher-Gehilfen.** Heute Abend 10½ Uhr, bei Schiller, Rosenthalerstraße 57: Versammlung. Erledigung der Fachschul-Angelegenheiten. Gäste willkommen.

## Briefkasten der Redaktion.

**Die juristische Sprechstunde wird Dienstags, Donnerstags und Freitags abends von 7½ bis 8½ Uhr abgehalten.**

**O. M. 18.** Die Thüringisch-Anhaltische Staatslotterie ist in Preußen nicht genehmigt.

**N. Kantstraße.** Ueber das Zentralkomitee zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke wird der Vorsitzende der Invaliditäts- und Altersversicherungsanstalt Berlin, Herr Dr. Freund, Klopstockstr. 41, Ihnen vielleicht Auskunft geben können.

**Schumann.** Wir beantworten Fragen nicht schriftlich. Die Marke steht Ihnen zur Verfügung. Stellen Sie noch einmal schriftlich Antrag an die Berufsgenossenschaft. Dagegen giebt es dann Beschwerde beim Schiedsgericht und Rekurs an das Reichsversicherungsamt.

**Witterungsübersicht vom 28. Dezember 1898, morgens 8 Uhr.**

| Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. | Stationen | Barometerstand mm | Windrichtung | Windstärke | Wetter | Temp. n. C. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Swinemde. | 762 | SSW | 7 | wolkig | 3 | Haparanda | 723 | NO | 4 | Schnee | —4 |
| Hamburg | 750 | SW | 6 | bedeckt | 7 | Petersburg | 745 | E | 1 | Regen | 2 |
| Berlin | 755 | SW | 2 | heiter | 2 | Cork | 753 | WSW | 5 | halb bed. | 4 |
| Wiesbaden | 758 | S | 1 | halb bed. | 0 | Aberdeen | 756 | NW | 3 | bedeckt | 5 |
| München | 762 | SW | 4 | wolkenl. | —4 | Paris | 756 | SSW | 4 | Regen | 6 |
| Wien | 764 | SW | — | Nebel | —5 | | | | | | |

**Wetter-Prognose für Donnerstag, den 29. Dezember 1898.**
Etwas kühler, veränderlich, vorwiegend trübe, mit Niederschlägen und starken westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.


Beim **Quartalswechsel** empfehlen sich folgende

# Partei-Speditionen:

**Berlin vierter Wahlkreis O.:** Robert Wengels, Fruchtstraße 30, Hof II. — **SO.:** Fritz Thiel, Skalitzerstr. 35 v. part. — **Sechster Wahlkreis (Nonbit):** Karl Anders, Salzwedelerstraße 8, part. im Laden. — **Wedding und Oranienburger Vorstadt:** Emil Stolzenburg, Wiesenstraße 14. — **Gesundbrunnen:** Wilhelm Gaßmann, Grünthalerstr. 64/65. — **Rosenthaler Vorstadt und Schönhauser Vorstadt:** Karl Marx, Kastanien-Allee 95/96. — **Charlottenburg:** Gustav Scharnberg, Schillerstr. 94, v. 1 Treppe. — **Deutsch-Wilmersdorf:** Frau Kübler, Sigmaringenstr. 34, und Frau Heinemann, Sigmaringenstr. 35. (Hier ist auch die „Brandenburgische Volks-Zeitung" zu erhalten.) — **Rixdorf:** Ostermann, Erkstraße 6. — **Schöneberg:** Wilhelm Bäumler, Belzigerstr. 59, Seitenflügel part. — **Johannisthal-Nieder- und Ober-Schöneweide:** Otto John, Ober-Schöneweide, Siemensstraße 7, Zigarrengeschäft. Annahmestellen: Nieder-Schöneweide: Karl Weber, Zigarrengeschäft. Johannisthal: Senftleben, Restaurateur. — **Friedenau-Steglitz:** H. Bernsee, Kirchstraße 15 in Friedenau. Bestellungen nehmen entgegen in **Steglitz:** H. Mohr, Düppelstraße 8, und Fr. Schellhase, Hornstraße 15a. — **Baumschulenweg:** Gockel, Baumschulstr. 32 v. III.

Außerdem ist sämmtliche Parteiliteratur, sowie alle wissenschaftlichen Werke dort zu haben. **Auch werden Inserate für den „Vorwärts" entgegen genommen.**

Um **genaue** Angabe der Adresse wird **dringend** gebeten.

**Bitte ausschneiden!**


**Deutscher Metallarbeiter-Verband.**
(Verwaltungsstelle Berlin.)

**Todes-Anzeige.**

Sonntag, den 25. Dezember starb unser Mitglied, der Schleifer

**Reinhard Roth.**

Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, Nachmittag 2 Uhr, von Anklamerstr. 21 nach dem Begräbnißplatz der Zionsgemeinde in Nieder-Schönhausen statt. 278/6

**Die Ortsverwaltung.**

**Todes-Anzeige.**

Den Mitgliedern des Sozialdemokr. Wahlvereins des 3. Berl. Reichstags-Wahlkreises zur Nachricht, daß das Mitglied, der Metallschleifer

**Reinhold Roth**

am ersten Feiertage verstorben ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag nachm. 2 Uhr von der Anklamerstr. 21 nach dem Begräbnißplatze der Zions-Gemeinde in Nieder-Schönhausen statt.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht 241/11] **Der Vorstand.**

**Danksagung.**

Allen Freunden und Bekannten, die meinem lieben Manne

**Ferdinand Dahms**

die letzte Ehre erwiesen, insbesondere dem Gesangverein der Putzer und den Kollegen, sowie für die vielen Kranzspenden sage meinen innigsten Dank. 31629] **Ww. Louise Dahms.**

Allen Freunden und Bekannten die traurige Mittheilung, daß mein lieber guter Mann, der Tischler

**Gustav Arndt**

am 27. Dezember im Alter von 31 Jahren verstorben ist. 31699

Die Beerdigung findet Sonntag, den 1. Januar, nachm. 1½ Uhr, von der Leichenhalle des Thomas-Kirchhofes aus statt.

**Die trauernde Wittwe Bertha Arndt** nebst Kind.

**Erklärung.** 31515

Hiermit nehme ich die Beleidigung gegen Frau **Hennig**, Prinzen-Allee 38, zurück u. erkläre dieselbe als eine reelle Frau. Frau **Pruske**, Soldinerstr. 96.


**Neujahrs-Spitzen** mit Blumen für Kellner billig bei **Baarck**, Rosenthalerstraße 24. 3168b

Schlafst. f. 1 H. Skalitzerstr. 12, 1 r.

Möbl. Schlafst. z. 1. Jan. Manteuffelstraße 115, v. 4 Tr. b. Fr. Winkelmann.

Saub. Schlafst. findet Herr Planufer 27, Mieleck. 3153b

Schlafst., möbl., sep., verm. Ww. Lask, Brunnenstr. 170, v. 2 Tr.

Schlafst., sep., bill., 1 od. 2 H., verm. M. Ziehe, Adalbertstr. 96, H. III.

Schlafstelle Naunynstraße 48 1 Tr. am Oranienplatz. 31635

Möbl. Schlafst. Ritterstr. 3 4. Flur eingang. 31598

Möbl. Schlafst. f. 1 H. Neuenburgerstraße 32 Hof III links. 3156b

Schlafst. a. H. Reichenbergerstr. 155 Quergeb. 3 Tr. l. b. Mühen. 3164b

**Kl. möbl. Zimmer** Borgmannstr. 9, Hof 3 Tr. links.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

## Theater.

Donnerstag, 28. Dezember.

**Opernhaus.** Tannhäuser. Anfang 7½ Uhr.
**Schauspielhaus.** Die Lustspielfirma. Anfang 7½ Uhr.
**Deutsches.** Weh dem, der lügt! Anfang 7½ Uhr.
**Berliner.** Zaza. Anfang 7½ Uhr.
**Lessing.** Mathias Gollinger. Anfang 7½ Uhr.
**Residenz.** Mamselle Tourbillon. Vorher: Der Küchenjunge. Anfang 7½ Uhr.
**Neues.** Hofgunst. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Kindervorstellung. (Schneewittchen und die 7 Zwerge.)
**Westen.** André Chénier. Anfang 7½ Uhr.
**Schiller.** Ehrliche Arbeit. Anfang 8 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Der Traum ein Leben.
**Thalia.** Der Eva-Apfel. Anfang 7½ Uhr
**Metropol.** Die kleinen Michu's (Les petites Michu). Die Engelsjäger. Anfang 7½ Uhr.
**Central.** Die Geisha. Anf. 7½ Uhr.
**Luisen.** Um's liebe Geld. Anfang 8 Uhr.
**Belle-Alliance.** Napoleon. Anfang 8 Uhr.
**Alexanderplatz.** Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr.
**Parodie.** Emma von Falkenstein. Die eingemauerte Nonne. Anfang 7½ Uhr.
**Ostend.** Der Brandstifter. Anfang 8 Uhr.
**Friedrich-Wilhelmstädtisches.** Onkel Toms Hütte oder: Sklavenleben in Amerika. Anfang 8 Uhr.
**Urania.** **Taubenstraße 48—49.** Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: „Die Urzeit des Menschen“.
**Invalidenstraße 57/62.** Täglich abends von 5—10 Uhr: Sternwarte, Operntelephon.
**Apollo.** Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 7½ Uhr.
**Reichshallen.** Stettiner Sänger. Anfang 7 Uhr.
**Feen-Palast.** Spezialitäten-Vorstellung.
**Passage-Panoptikum.** Spezialitäten-Vorstellung.


# Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Donnerstag Nachm. 3 Uhr:
**Der Traum ein Leben.**
Abends 8 Uhr:
**Ehrliche Arbeit.**
Freitag 8 Uhr:
**Hanneles Himmelfahrt.**
Hierauf: **Abu Seid.**
Sonnabend 8 Uhr:
**Mauerblümchen.**

## Metropol-Theater.
**Behrenstr. 57/58.** Dir. **Rich. Schultz.**
Täglich:
**Die kleinen Michu's**
Novitäten! Hierauf: Novitäten!
**Die Engelsjäger.**

## Central-Theater
Direktion: **José Ferenczy.**
**Die Geisha**
oder: **Eine japanische Theehaus-Geschichte.**
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und folgende Tage:
**Die Geisha.**
Sonntag Nachm. zu halben Preisen:
**Nanon,**
**die Wirthin vom goldenen Lamm.**
Operette in 3 Akten von R. Genée.
Abends 7½ Uhr:
**Die Geisha.**
In Vorbereitung: **Die Puppe** (**La Poupée**). Operette in 3 Akten und einem Vorspiel von Ordonneau und Sturges. Musik von Ed. Andresen.

# Thalia-Theater.
**Dresdenerstr. 72/73.**
**Gastspiel Helmerding.**
**Der Eva-Apfel.**
Posse in 3 Aufzügen von B. Jacobson. In freier Umarbeitung des Stückes „La Culotte“ von Sylvane u. Artus.
Anfang 7½ Uhr.
**Voranzeige.**
Sonntag, den 1. Januar 1899:
**Erstes Gastspiel Emil Thomas**
Zum 1. Male:
**Mein Leopold.**
**Weigelt . . Emil Thomas a. G.**

## Luisen-Theater
**34. Reichenbergerstraße 34.**
Novität! **Abends 8 Uhr:** Novität!
**Um's liebe Geld.**
Volksstück mit Gesang in vier Akten von Johannes Eßner.
Musik von F. Krause. Regie: A. Reiff.
Freitag:
**Um's liebe Geld.**
Sonnabend, 31. Dezbr., nachm. 3 Uhr:
**11. Schüler-Vorstellung**
zu besonders ermäßigten Preisen:
**Fröhliche Weihnacht.**
Abends 8 Uhr:
**Um's liebe Geld.**

# Freie Volksbühne.
**I. Abtheilung,** Sonntag, den 1. Januar 1899, nachmittags 2¾ Uhr:
**Wallenstein's Tod.**
Mitglieder zur VI. Abtheilung können sich in allen Zahlstellen melden. Eintrittsgeld 65 Pf. Monatsbeitrag 65 Pf.
231/13 **Der Vorstand.** I. A.: G. Winkler.

# Urania
**Taubenstrasse 48/49.**
Im Theater:
**Die Urzeit des Menschen.**
Im Hörsaal:
**Hr. Goerke:** Malerische Wanderung durch die Provinz Brandenburg.
**Invalidenstr. 57/62:**
Tägl. **Sternwarte.**

## Passage-Panopticum.

Geöffnet von 9 Uhr früh bis 10 Uhr abends.
Von 6 bis 10 Uhr:
**Théâtre variété.**
Um 8 Uhr: **Das Flammenweib.**
Um 9 Uhr: Der Verwandlungs-Schauspieler
**Ugo Paladini.**

## Castan's Panopticum.
Die
**SIOUX-INDIANER**
sind da!

## Ostend-Carl Weiß-Theater.
**Gr. Frankfurterstr. 132.**
Zum 5. Male:
Wirkliches Wasser! Novität!
**Der Brandstifter**
Sensationelles Ausstattungsstück mit Gesang in 5 Akten (12 Bildern) von G. Okonkowsky. Musik von L. Fall.
Anfang 8 Uhr.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.
Im **Tunnel** von 7 Uhr an **Frei-Konzert.** — Morgen und folgende Tage: **Der Brandstifter.** Sonntag Nachmittag: **Onkel Jonas.**

## Olympia-Theater
Karlstr. (Circus Renz) Karlstr.
Heute Nachmittag 3½ Uhr:
**Große Wohlthätigkeits-Vorstellung**
zum Besten des Vereins für Kinder-Volksküchen.
**Dornröschen.**
Besonders hervorzuheben:
**Die Bärenjagd. Der Kampf mit dem Drachen.**
**Die Bonbon-Kanone.**
Abends 8 Uhr:
**Gr. Fest-Vorstellung.**
Zum 100. Male:
**Mene Tekel.**

## Circus Renz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hätt.
**Täglich: Grosses Konzert** der Hauskapelle unter Leitung des Musikdirektors Herrn **Otto Görner** und **Extra**
**Spezialitäten-Vorstellung**
unter Regie des beliebten Humoristen **Gustav Kluck.**
**Das vorzügl. neue Weihnachts-Programm.**
**Ernst und Scherz.**
Anf. Wochent. 6½ Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

## Moabiter Gesellschaftshaus,
**Alt-Moabit 80-81.**
**Jeden Sonntag u. Mittwoch:**
**Konzert, Ensemble-Szenen,**
**Spezialitäten-Vorstellung**
mit darauf folgendem **TANZ.**
Entree 30 Pf.

## CIRCUS BUSCH
**Donnerstag, den 29. Dezember,** abends 7½ Uhr:
**Sport-Abend.**
**PERSIEN.**
Besonders hervorzuheben: **Ritt des Prinzen Mirza Schaffy über die hundert Fuss hohe Burgmauer.** Außerdem: Auftreten der Reitkünstler **Harry und Narrius. Akrobaten-Truppe Manzoni.** Apfel des Paris, geritten von 4 Damen. Die neuen Freiheitsdressuren des Dir. **Busch.** Auftreten des berühmten Schulreiters **Burkhardt-Foottit.** Auftreten des Gigerl-Clowns **Alfred Daniels** sowie des beliebten Clowns **Boganowski.**
Morgen 7½ Uhr: **Persien.**

# A. Frankl's Théâtre Variété
**Köllnischer Fischmarkt 6.**
Grosse
**Spezialitäten-Vorstellung.**
**Neues Dezember-Programm.**
Auftreten der russ. Fürstin
**von Dragomann.**
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 5 Uhr.

# Apollo-Theater.
Direktion **E. Waldmann.**
Nur noch wenige Tage das
**ausgezeichnete Dezember-Programm.**
Kassenöffnung 6½ Uhr, Anfang der Vorstellung 7½ Uhr.
**Sonnabend, den 31. Dezember 1898:**
**Grosse humoristische Sylvesterfeier.**
**Clara die Marode.**
Anfang 8 Uhr.
**Sonntag, 1. Januar 1899:**
**Cäcilie Carola**
**Albany Débriège.**

## Alcazar-Theater
**Dresdenerstr. 52/53. City-Passage.**
Direktion: **Richard Winkler.**
**Großer Erfolg!**
**Höllenqualen.**
Schwank von Bernhard.
**Neu! Miss Mieke Neu!**
mit ihren dressirten Tauben.
Ferner:
**Balance-Produktionen auf einer Krystall-Pyramide.**
Zum Schluß:
**Seemannsglück.**
Liederspiel von O. Victor-Röder.
**Anfang:** Wochent. 7½ Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
**Entree:** Wochentags 30 Pf. Sonntags 40 Pf.
Vorzugsbillets haben Giltigkeit.

## Concerthaus
**Leipzigerstr. No. 48.**
Täglich: **Hoffmann's**

**Quartett- u. Humoristen**
Freitag einmalige Wiederholung des am 1. Feiertag so beifällig aufgenommenen Charakterbildes
**Heinrich Heine.**
Sonnabend, den 31. Dezbr.:
**Sylvesterfeier**
mit **Ball,**
unter Mitwirkung des
**Tyll Eulenspiegel.**
**Ballorchester II. Garderegiment.**
Anfang 9 Uhr.
Entree 3 M. Gesellschaftstoilette.

# Reichshallen.
**Stettiner Sänger**
(**Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.**)

Anfang 8 Uhr.
**Entree 50 Pf. Vorverkauf 40 Pf.**
**Num. Balkon 75 Pf. Balkon-Loge 1 M.**
**Orch.-Loge 1,50. Fremden-Loge 2 M.**
Tageskasse von 11—1 Uhr.
Sonnabend, 31. Dezember:
**Grosse Sylvester-Ulk-Soirée** und **Tanzkränzchen.**

# Feen-Palast-Theater
**Burgstr. 22. Burgstr. 22.**
Wiederholung der riesengroßen Weihnacht-
**Festvorstellung.**
Freitag, den 30. Dezember:
Zum letzten Male:
**Das Blumenmädchen vom Hacke'schen Markt.**
Sonnabend (Sylvesterabend):
**Eine fidele Sylvesternacht.**
**Vorstellung und Tanz.**
Abschieds-Auftreten des ganzen **Spezialitäten-Personals:**
**Das alte u. das neue Jahr.**
Lebendes Bild.
Große Ueberraschungen.
Anf. 7½ Uhr. Tanz 11 Uhr.
Ende nichts zu sagen.


## Berliner Genossenschafts-Bäckerei. (G. m. b. H.)

**Bilanz per 30. September 1898.**

| Activa. | Mark | Pf. |
|---|---|---|
| An Waaren-Konto (Waarenvorräthe) | 3 190 | 20 |
| " Betriebs-Unkosten-Konto (Vorrath an Holz rc.) | 240 | — |
| " Gespann-Unkosten-Konto (Vorrath an Fourage rc.) | 234 | 50 |
| " Inventar-Konto 824,65 M. Abschreibung 224,65 M. | 600 | — |
| " Gespann-Konto 4805,— M. Abschreibung 805,— " | 4 000 | — |
| " Kassa-Konto (Bestand) | 173 | 30 |
| " Effekten-Konto (Kurswerth) | 8 121 | 50 |
| " Bankguthaben | 3 552 | 50 |
| " Guthaben bei der Gasanstalt (Kaution) | 60 | — |
| | 20 172 | — |

| Passiva. | Mark | Pf. |
|---|---|---|
| Per Konto der Genossenschafter (Antheile) | 95 | — |
| " Steuer-Reserve-Konto (für Steuern, die auf den Gewinn pro 1897/98 noch zu zahlen sind) | 1 000 | — |
| " Unterstützungsfonds-Konto | 2 000 | — |
| " Reservefonds-Konto | 2 000 | — |
| " Baufonds-Konto | 6 090 | 55 |
| " Gewinn- u. Verlust-Konto M. 13 316,10; Abschreibungen auf: Inventar-Konto M. 224,65, Gespann-Konto " 805,—; Ueberweisung an: Unterstützungsfonds-Konto M. 2000,—, Reservefds.-Konto " 1300,— = 4329,65; Gewinn-Saldo-Vortrag | 8 986 | 45 |
| | 20 172 | — |

Verbacken wurden im Laufe des Geschäftsjahres insgesammt 7796 Sack mit 779 600 kg Roggenmehl im Betrage von 167 513,10 M. Der Kassenumsatz stellte sich auf 236 192,61 M., worin 220 743,79 M. Einnahmen für Backwaaren enthalten sind. Die Zahl der Mitglieder betrug am Schluß des Geschäftsjahres 19, ausgeschieden ist ein Mitglied. Das Guthaben der Genossen betrug 95,— M., die Haftpflichtsumme der Genossen betrug 95,— M.

**Berlin,** den 28. Dezember 1898.

**Berliner Genossenschafts-Bäckerei.** (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.)
**Der Vorstand.** Richard Kelm, Kassirer. Karl Petersohn, Geschäftsführer.


# Mähr's Theater
**Oranienstr. 24.**
Täglich: **Gr. Vorstellung.**
**Das Weihnachtspräsent.**
**Sportsmädel.**
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Bons haben Wochentags Giltigkeit.
**Avis!** Sonnabend, 31. Dezember:
**Gr. Sylvester-Vorstellung** und **Ball.**

## Volks-Theater im Welt-Restaurant
**Dresdener-Straße 97.**
Dir.: **A. Kolig.** Art. Leiter: **A. Runge**
Täglich:
**Große Gala-Spezialitäten- und Theater-Vorstellung.**
Novität! **Durch die Blume.** Große Ausstattungs-Operette.
**Unter Polizei-Aufsicht.** Gesangsp.
**Rudi Saberto,** phänomen. Jongleur.
**Rudinis,** Zauberparodisten.
Anfang 6 Uhr. Ende 11 Uhr.

# W. Noack's Theater
**Brunnenstr. 16.**
Heute Donnerstag, den 29. Dezember:
**Neu! Neu!**
**Das Alpenröschen.**
Märchen-Posse mit Gesang und Tanz in drei Akten von E. Linderer. Musik von Conradi.
Nach der Vorstellung: **Tanzkränzchen.**
**Am Sylvester:**
**Grosser Familien-Ball.**

Großer
# Möbelverkauf
**Oranienstraße 73,** an der Kommandantenstraße (früh. Schützenstr. 2), in meinem vier Etagen hohen Fabrikgebäude, großes Möbel-Spezialgeschäft für kleine und mittlere Wohnungs-Einrichtungen. Brautleute, welche eine dauerhafte und billige Einrichtung kaufen wollen, bitte ich, ohne jeden Kaufzwang mein kolossales Lager vor Einkauf zu besichtigen. Verlangen Sie mein Musterbuch gratis und franko. Durch größere Masseneinkäufe und Ersparung der theuren Ladenmiethe bin ich im stande, hübsche und geschmackvolle Wohnungseinrichtungen schon für 100, 200, 300—400 Mark, hochelegante von 500—5000 Mark zu liefern. Fertige Musterzimmer zur Ansicht. Wohnungseinrichtungen auf Theilzahlung unter den koulantesten Bedingungen. Beamten ohne Anzahlung. Eigene Tapezier- und Dekorateurwerkstatt. Brautleute erhalten hübsches Luxus-Möbelstück als Zugabe. Kleiderspind 18, Waschtoilette, Küchenspind 18, Kommode 15, Spiegel 7, Muschelkleiderspind 35, Sopha 25, Bettstelle mit Matratze 18 M., Nußbaum u. Mahagoni fournirte Kleiderspinden, Vertikow 32 M., Muschelbettstelle mit Sprungfederboden 40, elegante Säulentrumeaux 45 M., Salongarnitur 60, 75 und 105 M., Paneelsophas mit Satteltaschen 75, Herrenschreibtisch 45, reichgeschnitztes Buffet 100 M. Zu ganz billigen Preisen werden die großen Vorräthe verliehen gewesener, zum theil sehr wenig benutzter Möbel verkauft, darunter ganze Speisezimmer, Salons und Schlafzimmer. Täglicher Eingang gebrauchter, einfacher u. feiner Möbel. Gekaufte Möbel werden 3 Monate kostenfrei aufbewahrt, durch eigene Gespanne in die Wohnung gebracht und aufgestellt, auch außerhalb. [*

# Deutscher Porter
**Dessert- u. Malzkraftbier I. Rang. Brauerei Burghalter,** gegr. 1736,

besond. für Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. rc. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., beeh. beff. Gesichtsf. u. Gewichtszunahm. Überr. 14 Fl. drei, 50 zehn M. exkl. Jn Geb. (⅛, ⅙, 1/10) zum Selbstabz. wesentlich billiger. Allein. Versandtst. für Berlin u. Prov. Porterkellerei **Kingler, Berlin, Brunnenstr. 132.** Ferner gr. Lager von echt **engl. Porter und Pale-Ale.** Nicht Flaschenzahl, Qual. entscheidet!

**Billig! Knabenanzüge! Billig!** Paletots, Mädchenkleider u. Mäntel. **O. Hoffmann,** Veteranenstr. 14. *

# Schonung der Pferde

Sicheres Fahren u. Reiten
auf glatten Wegen (Eis, Schnee, Asphalt, Holz etc.) kann nur erreicht werden durch Benutzung der
**Hufeisen-H-Stollen (Patent Neuss)**
**Stets scharf! Kronentritt unmöglich!**
Um vor werthlosen Nachahmungen zu schützen, ist jeder einzelne unserer H-Stollen mit nebenstehender Schutzmarke versehen, worauf man beim Einkauf achten wolle.
Schutz-Marke. L C°
**Preislisten und Zeugnisse gratis u. franco.**
Patent-Inhaber und alleinige Fabrikanten:
**Leonhardt & Co., Schöneberg-Berlin.**

**Zähne 2 M.** 10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen 1 M. Plomben 1,50 M. Theilzahl. wöchentl. 1 M. **Zahnarzt Wolf,** Leipzigerstr. 22. Sprechst. 9-7.

## Neujahrs-Karten!
**Billigste und direkte Bezugsquelle für Händler und Wiederverkäufer. Scherzkarten** in 50 verschiedenen recht orig. Mustern, à 100 St. 35 Pf. **Humoristische Postkarten,** à 100 St. 40, 65 u. 90 Pf. **Jahreszahlkarten** mit u. ohne Glimmer, Prosit Neujahr 1899! à 100 St. 2,50, 3,—, 3,50, 4 Mk. **Neu! Jahreszahl-Postkarte,** Prosit Neujahr 1899! 100 St. 4 M. **Neu! Gratulationskarten-Sortimente,** enthaltend 100 Stück sortirte Karten zum fabelhaft billigen Preise von 3 u. 5 M. pro Sortiment.
**S. & G. Saulsohn,** Berlin C. 25, **Kaiser Wilhelmstr. 19a.** (unweit der Münzstraße). 4392*

**Unfallsachen,** Klagen, Eingaben **Putzger, Steglitzerstr. 65.**

**Lebende Karpfen!**
**Hasen 3 M.,** gespickt von 3,25 M. an.
**Hirschfleisch** 25, 30, 40 Pf.; Blatt 50 Pf.; Keule u. Rück. 70 und 80 Pf.

**Oderbrucher Gänse 55 Pf.**
**Enten, Hühner, Tauben, Kaninchen.**
**A. Ritschl, Dresdenerstraße 61. Wild- u. Geflügelhdl.**

# Cacao
**Aerzte empfehlen ihn!,**
# van
**Weil er nahrhaft und leicht verdaulich ist**
# Houten

**Ausschneiden! ? 5% Rabatt!**
**Warum** verdient die Privat-Zahn-Klinik von **F. Steffens,** Rosenthalerstr. 61, die besondere Aufmerksamkeit aller Zahnleidenden?
**Ausschneiden! ! 5% Rabatt!**
**Weil** sie auch weniger Bemittelten künstl. Zähne auf Theilzahlung pro Woche 1 M. schmerzlos einsetzt.
**Spezialität:** Behandlung ängstlicher und empfindlicher Personen.

## Dr. med. Schaper,
prakt. homöopath. Arzt u. Spezialarzt f. **Haut-, Harn-, Geschlechtsleiden. Frauenkrankheiten.** Spr. 9-1, 4-8. **Schöneberger Ufer 25.**
**Homöopath. Poliklinik:**
**Montag, Mittwoch, Sonnabend** Ab. 7-8.
**Friedrichstraße 114. I.** [2530*

**Betten,** Steppd., Gardin., Portièren, Stores, Wäsche, Waffeldecken. **Winterpaletots,** Anzüge, Hosen, Regulat., Remontoir-Uhren, Operngl. verkauft spottbillig **Pfandleihe Neanderstraße 6.***


## General-Versammlung
der
**Kranken-Unterstützungs- und Begräbniß-Kasse der Lederzurichter Berlins**
(E. H. Nr. 50)
**am Sonntag, 15. Januar 1899, vormittags 10½ Uhr, Weinstraße 11** bei **Feind.**
Tagesordnung:
1. Rechnungslegung vom 4. Quartal 1898. 2. Revisionsbericht. 3. Vorstandswahl: a) einen zweiten Vorsteher, b) einen Kassirer, c) einen Kontrolleur. 4. Wahl der Ersatzmänner. 5. Geschäftliches. [3167b
**Der Vorstand.** J. A.: **G. Busse.**


**Jede Uhr** zu repariren kostet bei mir außer Bruch nur **1,50 Mark.** 3160b
**M. Broh, Wrangelstr. 4.**
**!!Schriftliche Garantie!!**

## Vereinen, Gesellschaften
geben jetzt nach Schluß der Engros-Saison Kotillon-Artikel, besteh. aus Knallbonbon, Scherz-Artikel rc. zu Engros-Preisen ab. **Luxuspapier-Fabr. Blumenstr. 70.**

**Saal,** 150 Pers., zum 21. Januar, sucht Irrgang, Mittelstr. 17. [3155b

Gutgehendes Obst-, Gemüse- und Räucherwaaren-Geschäft preiswerth zu verk. Auskunft ertheilt Restaurateur Vogel, Belle-Alliancestr. 85. [3154b


# Arbeitsmarkt.

## Achtung, Holzarbeiter!
Bei der Firma
**Fork, Kretzschmar & Co.**
**Barnimstr. 13,**
(Magazin Jannowitz-Brücke), haben sämmtliche **Tischler** wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt.
**Zuzug fernhalten!**
108 **Die Ortsverwaltung.**

## Korrektur-Lithograph,
welcher genügende Erfahrung in prima Anstalten der Chromolithographie gesammelt hat und daher im Fertigmachen von Maschinen-Umdrücken firm ist, zum sofortigen Antritt gesucht von **Wilhelm Bernhard & Co.,** Wilhelmstrasse 29.

**Plätterinnen** auf Blousenhemden im Hause verlangen **Gebr. Kuben,** Poststraße 9. 4270*

**Maschinenmeister,** [3165b Anleger und Bogenfänger für die Steindruck-Schnellpresse verlangt **Wilh. Boehme,** Reichenbergerstr. 158.

**Mädchen,** älteres, sucht Aufwartestelle für ganzen Tag. Manteuffelstraße 16 bei Bachmann.

## Ein Lappenfärber,
der auf Lappen und chemische Wäsche gut bewandert ist, kann sofort Platz bekommen und vielleicht später das Geschäft übernehmen.
**Elof Ohlson,** Kopenhagen V.


Verantwortlicher Redakteur: **August Jacobey** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.